

7. HEFT / JULI 1906

## JULIUS BRUHNS · OBERSCHLESISCHE REICHSTAGSWAHLEN

**D**ER Ausfall der Reichstagsnachwahl in einem Wahlkreise des oberschlesischen Industriebezirks, Beuthen-Tarnowitz, nahm dieser Tage das politische Interesse grösserer Kreise in Anspruch: Ein Wahlkreis, der seit mehr als dreissig Jahren ununterbrochen im Besitze des Zentrums war, liess den Kandidaten dieser Partei mit nicht mehr als 16 % der abgegebenen Stimmen in hoffnungsloser Minderheit und wählte mit überwältigender Mehrheit den Vertreter einer für Oberschlesien ganz neuen Partei, der Polen, zum Abgeordneten. Das verdient jedenfalls Beachtung und eine Erörterung der Ursachen, um so mehr, als mit dem Sieg des polnischen Kandidaten in einem fast rein industriellen Wahlkreise ein bedeutender Rückgang der sozialdemokratischen Wählerstimmen zu verzeichnen ist.

Betrachten wir zunächst die eine Seite dieses Wahlergebnisses, die Verdrängung des Zentrums aus seinem *angestammten* Sitz durch die Polen. Bis vor gar nicht langer Zeit waren die Polen, besonders treue Söhne der allein-seligmachenden katholischen Kirche, auch politisch völlig im Schlepptau des Zentrums, im Reichstage selbst nicht viel mehr, als ein Anhängsel der Zentrumsfraktion. Dies ideale Verhältnis aber wurde allmählich mehr und mehr getrübt, weil die politische Entwicklung einen nicht auszugleichenden Gegensatz schuf. Das Zentrum ist seit längerer Zeit *Regierungspartei*. Die Regierung aber geht seit einem Jahrzehnt schärfer und immer schärfer gegen die Polen vor, indem sie deren nationale Empfindungen und Bestrebungen in harter und ungerechter Weise bekämpft und, allerdings ganz erfolglos, zu unterdrücken sucht. Die Polen erwarteten mit Recht, dass das Zentrum seinen grossen Einfluss bei der Regierung zu gunsten seiner bisher immer getreuen polnischen Gefolgschaft geltend machen werde; diese Erwartung aber wurde nicht erfüllt und konnte nicht erfüllt werden, weil das ehemals *reichsfeindliche* Zentrum zu einer *hochpatriotischen* Säule des Reiches geworden ist und daher Rücksicht auf seine Reputation als *deutsche* Partei nach verschiedenen Seiten hin nehmen muss. Die Polen waren unzufrieden, an eine glatte Trennung vom mächtigen Zentrum

aber dachten sie nicht; daran denken sie, oder wenigstens ihre Führer, auch heute noch nicht, da die tonangebenden, gut katholischen Grossgrundbesitzer aus der Provinz Posen etc. viel zu eng mit ihren gesamten politischen und wirtschaftlichen Interessen an das Zentrum gebunden sind. So ist es denn auch im Reichstage zwischen Polen und Zentrum bisher nur zu kleinen, kaum bemerkbaren Unfreundlichkeiten gekommen, während in allen grösseren Fragen beide Fraktionen immer noch zusammen stimmen.

Anders gestaltete sich das Verhältnis zwischen Zentrum und Polen jedoch in Oberschlesien, wo letztere nicht, wie in Posen die polnischen Kleinbürger und Bauern, unter dem Einfluss im Grunde ganz konservativer, nur polnisch sprechender Junker stehen, sondern wo die polnischen Industrieproletarier von demokratisch schillernden Journalisten, Rechtsanwälten und Ärzten geführt werden. Hier trat mit dem Wachsen der polnischen Bewegung — die früher in Oberschlesien völlig unbekannt war und im wesentlichen durch die aufreizende Polenpolitik der Regierung und die unglaublich kleinlichen Polizeimassnahmen gegen alles Polnische hervorgerufen wurde — eine immer schärfere Spannung zwischen den Polen und dem bisher herrschenden Zentrum ein. Während ein Teil der ober-schlesischen Polen unter der Führung des jetzt in Beuthen gegen das Zentrum gewählten Napieralski, des Herausgebers des seit fast vierzig Jahren erscheinenden polnischen Blattes *Katolik*, ein friedliches Verhältnis zum Zentrum zu erhalten strebte und mit bald milden, bald schärferen Worten das Zentrum zur besseren Vertretung polnischer Rechte und Interessen anzufeuern suchte, traten die Radikaleren unter den Polen unter Führung Korfantys bald in schärfsten Gegensatz zum Zentrum. Sie machten sich völlig selbständig, und es gelang ihnen bekanntlich auch, bei den Hauptwahlen von 1903 mit Hilfe der Sozialdemokraten dem Zentrum einen bisher nie bestrittenen Sitz, Kattowitz-Zabrze, abzunehmen und für Korfanty zu erobern. Als auf Betreiben des erbitterten Zentrums Korfantys Wahl vom Reichstage annulliert wurde — die *Gründe* dafür waren mehr als fadenscheinig —, eroberte Korfanty im vergangenen Herbst seinen Wahlkreis im ersten Gange mit grosser Mehrheit wieder und brachte dem Zentrum eine vernichtende Niederlage bei. Auch die sozialdemokratischen Stimmen erfuhren dabei einen starken Rückgang.

Das aufsehenerregende Kattowitzer Wahlresultat mit seinem gewaltigen Aufschwung der radikalpolnischen Bewegung bestimmte die gemässigten, bisher immer noch zentrumsfreundlichen Polen von der *Katolik*gruppe, gemeinsame Sache mit dem radikalen Flügel zu machen. Herr Krolik, der bisherige Zentrumsabgeordnete für Beuthen-Tarnowitz, trat der polnischen Fraktion bei und legte dann, in eine unhaltbare Situation gebracht, sein Mandat nieder. Die versöhnten Polen stellten darauf Herrn Napieralski auf, der denn auch gewählt wurde, trotz aller Mühen des Zentrums, so dass jetzt die Führer beider Flügel der ober-schlesischen Polen im Reichstage sind.

Die Leitung der Zentrumspartei in Oberschlesien hat sowohl bei der Kattowitzer, wie bei der Beuthener Nachwahl nach Kräften laviert, um die Niederlage zu verhüten oder doch nicht gar zu schwer ausfallen zu lassen. Ihre Aufgabe war nicht leicht zu erfüllen, besser gesagt: sie war überhaupt nicht zu erfüllen. Diese Aufgabe bestand darin, sowohl in Kattowitz, wie in Beuthen, Kandidaten zu präsentieren, die den Polen, wie den Deutschen national und

patriotisch genug erscheinen konnten, um gewählt zu werden. Dies Kunststück brachte aber auch der verschlagenste Zentrumsführer nicht fertig, und so wählten die polnischen Wähler ihren nationalen Kandidaten, und die burgerlichen deutschen Wähler wählten in Beuthen, wie seinerzeit in Kattowitz, einen *echten deutschen Mann*, was in Oberschlesien heisst: einen in der Wolle gefärbten Hakatisten, der nebenbei aber auch Vertrauensmann des oberschlesischen Grubenkapitals ist. In beiden Kreisen erzielten die Kandidaten dieser für Oberschlesien neuen Parteigruppe, der sich die oberschlesischen Freisinnigen unentwegt anschlossen, ungefähr eben so viele Stimmen, wie die Kandidaten des Zentrums, der vorher herrschenden Partei. Die bislang meist immer erfolgreiche Schaukelpolitik des Zentrums hat in Oberschlesien zuerst, und zwar gründlich, Misserfolg erzielt.

Allerdings, sehr gross wird der tatsächliche Verlust des Zentrums nicht sein, denn der neue Abgeordnete für Beuthen, Herr Napieralski, ist in der Tat seiner ganzen bisherigen politischen Tätigkeit und Stellung nach nichts weiter, als ein eingefleischter Zentrumsmann, und er wird auch im Reichstage getreu den Spuren des Zentrums folgen. Das gleiche gilt ja auch vor dem Demagogen Korfanty, der sich nicht ungeschickt ein demokratisches Mäntelchen umhangt, im Grunde aber reaktionär und bigott ist, wie nur ein echter Zentrumsmann es sein kann. Die Zehntausende polnischer Proletarier, die diesen Volksvertretern ihre Stimmen gaben, sind ebenso betrogen, wie sie es beim Zentrum waren. Denn sie haben zum sehr grossen Teile nicht polnisch gewählt lediglich der nationalen Fragen wegen, sondern weil sie tief unzufrieden sind mit ihrer ganzen Lage, mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen, der Behandlung durch die *Herren*, dem Knappschaftswesen, den hohen Lebensmittelpreisen u. s. w. In allen diesen Fragen haben die neuen polnischen Abgeordneten den Arbeitern wohl grosse Versprechungen gemacht — unter gleichzeitiger schamloser Verdächtigung und Verleumdung der sozialdemokratischen Bestrebungen —, halten aber können sie, die Mitglieder der polnischen Reichstagsfraktion, in der die polnische Aristokratie massgebend ist, nicht das geringste, selbst wenn sie wollten.

Unter solchen Umständen können wir den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen, der bei der jüngsten Beuthener Nachwahl etwa 40 %, bei der Kattowitzer Nachwahl im letzten Herbst 50 % betrug, mit der ruhigen Gewissheit betrachten, dass er, trotz der Siegesrodontaden in den polnischen Blättern, ein vorübergehender sein wird. Die Ursachen des Rückgangs ergeben sich aus dem vorhergesagten leicht. Die wesentlichste Ursache ist die noch fehlende Aufklärung der Massen. Von mündlicher Agitation konnte bisher mangels Versammlungslokale gar keine Rede sein. Aber nicht viel besser stand es mit der schriftlichen Agitation. Das deutsche Parteiblatt, die Breslauer *Volkswacht*, ist im ganzen, weit über eine Million Einwohner zählenden Industriebezirk in nicht mehr als tausend Exemplaren verbreitet, das nur zweimal wöchentlich im kleinen Format erscheinende polnische Parteiblatt *Gazeta Robotnicza* in noch geringerer Anzahl. Und der Agitation durch Flugblätter bereiten in den räumlich ungeheuer ausgedehnten Riesenwahlkreisen Polizei, Geistliche und Beamte der Gruben und Hütten die denkbar grössten Schwierigkeiten. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter ist nirgends so gross, wie hier, wo längst wohlgefügte, grosse Unternehmerorganisationen bestehen, während die gewerkschaft-

lichen Organisationen der Arbeiter noch in den Anfängen stecken. Nimmt man dazu die sprachlichen Schwierigkeiten, den Mangel an tüchtigen, polnisch sprechenden Agitationskräften, die nationale Verhetzung, den starken religiösen Sinn der grossen Mehrheit der Arbeiter, den dadurch bedingten moralischen und geistigen Einfluss der Priester, den leider durch Jahrhunderte der Knechtschaft anezogenen Sklavensinn der Massen, dann kann es nur wundernehmen, dass es unter solchen Verhältnissen noch möglich war, jene Stimmenzahlen sowohl in Kattowitz, wie in Beuthen zu behalten. Zu alledem aber kam Jahre lang die Spaltung der Sozialdemokraten in zwei streng von einander getrennte, in Feindschaft mit einander lebende Gruppen, einer deutschen und einer polnischen, von denen die letztere, infolge ihrer äusserst geringen Mittel, einen ebenso mühseligen, wie erfolglosen Kampf zu kämpfen hatte.

Ganz allmählich wird die Sozialdemokratie der ungeheuren Schwierigkeiten Herr werden, die ihrer Ausbreitung im oberschlesischen Industriebezirk entgegenstehen. Einen ersten, sehr erfreulichen Schritt zu diesem Ziele bedeutet die kürzlich vollzogene Wiedervereinigung der *Polnischen sozialistischen Partei* mit der deutschen Gesamtpartei, die unter Wahrung möglicher Selbständigkeit unserer polnischen Genossen vor sich gegangen ist und eine ganz andere Arbeitsmöglichkeit, als bisher, schafft. Leicht wird die Aufgabe damit freilich immer noch nicht, dem noch in den eisernen Fesseln der Unwissenheit befindlichen, von nationalen Leidenschaften befangenen oberschlesischen Volke die Aufklärung zu bringen, es zu klassenbewussten Mitkämpfern in den Reihen des internationalen Proletariats zu machen. Aber erfüllt muss diese Aufgabe werden und wird sie werden. Und auch die schwersten Opfer dürfen uns von der Erfüllung dieser Aufgabe nicht abschrecken. Der oberschlesische Industriebezirk, jetzt schon von sehr grosser wirtschaftlicher, wie politischer Bedeutung, wird in den kommenden Jahren, vor allem dann, wenn drüben in Russland das alle wirtschaftliche, kulturelle Entwicklung lähmende Zarentum zu Boden geworfen sein wird, zu noch ganz anderer, gewaltigerer Bedeutung gelangen, er wird ein Industriezentrum werden, das die grossen englischen und amerikanischen Industriezentren weit übertreffen dürfte. Diese kolossale Quelle wirtschaftlichen Lebens mit ihren Hundertausenden von Proletariern muss und wird die Sozialdemokratie sich und ihren Ideen erobern — mag dies vorläufig auch auf grosse Schwierigkeiten stossen.

XX

## ALEXIS NEDOW · DIE NÄCHSTE AUFGABE DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATIE



MEUX vaut tard, que jamais! Nachdem auf dem Einigungskongress der russischen sozialdemokratischen Partei endlich die ganze Taktik des Boykotts der *Duma* entschieden verurteilt wurde, wird nun auch durch positive, glänzende Erfolge, welche die sozialdemokratischen Kandidaten bei den Wahlen im Kaukasus und namentlich in Sibirien soeben erzielt haben, *ad oculus* demonstriert, wie verfehlt diese wirklich selbstmörderische Haltung war.

Allerdings hatten sich alle denkenden Köpfe der Partei von vornherein gegen diese — vom *Vorwärts* hochgepriesene — Taktik erklärt, und vor allem hatte schon längst gerade Plechanow die Idee des Boykotts in der ihm eigenen scharfen Weise allseitig und schonungslos kritisiert. Bereits im Dezember 1905 schrieb er in seinem *Tagebuch eines Sozialdemokraten*:

»Man empfiehlt bei uns, die *Reichsduma* zu boykottieren. Doch wird die Masse der Bauern diesen Boykott niemals begreifen können und unsere pseudoradikale Taktik würde nur dazu führen können, dass wir die beste und unersetzliche Chance, das politische Bewusstsein der Bauern zu beeinflussen, unbenutzt lassen würden. Die Wahlagitation auf dem Lande wurde die Agrarfrage scharf stellen. Dann würden die Bauern leicht einsehen, wo ihre Freunde, und wo ihre Feinde sind. Schon diese Erwägung müsste genügen, um die Unhaltbarkeit der Idee des Boykotts klar zu machen. Und man könnte noch viele andere geltend machen. Hier werde ich mich darauf beschränken, dasjenige kurz zu formulieren, was ich schon mehrmals in Diskussionen mit Genossen über den Boykott der *Duma* gesagt habe: Nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten ermöglicht unsere Beteiligung an der Wahlagitation, unseren Einfluss auf breite Schichten des arbeitenden Volkes bis zum Maximum zu erhöhen. Deshalb bin ich gegen den Boykott. Ich weiss wohl, dass man mich deshalb für einen Volksfeind erklären mag: erinnern Sie sich nur an manche Resolutionen mancher unserer Organisationen! Doch gibt es verschiedene Volksfeinde. Der Ibsensche Dr. Stockmann wurde ja auch für einen Volksfeind erklärt, aber dem Volke hat er eben gar nicht geschadet. Sie wollten meine Meinung wissen, da habe ich sie ausgesprochen: jetzt domert gegen mich, wenn Ihr es für nützlich haltet!«<sup>1)</sup>

Die oben erwähnten Wahlerfolge der Sozialdemokraten im Kaukasus und in Sibirien sind auch in dieser Beziehung lehrreich, dass sie, besonders in Sibirien, namentlich in Omsk, auch in solchen Gegenden erzielt werden, wo sie nur durch die Tatsache erklärlich sind, dass viele bürgerliche Elemente, sogar Beamte, für die sozialdemokratischen Listen gestimmt haben, um dadurch gegen die Reaktion auf das entschiedenste zu protestieren. Selbstverständlich wäre dies auch im eigentlichen Russland geschehen, wenn nicht durch den Boykott dergleichen Mitläufer gezwungen gewesen wären, für die konstitutionellen Demokraten, eben als für die radikalste unter den an den Wahlen beteiligten Parteien, zu stimmen.<sup>2)</sup> Nirgends wurde die Parole *Keine Beteiligung an den Wahlen!* so konsequent durchgeführt, wie in Polen. Das Resultat war, dass in Polen lauter Agrarier gewählt sind, und nun müssen die polnischen Bauern besondere Bevollmächtigte senden, um auf den *Polenklub* eine Pression auszuüben respektive gegen dessen bauernfeindliche Reden während der grossen Agrardebatte ausdrücklich zu protestieren.

Indes, was geschehen ist, ist geschehen. Durch den Boykott und sonstige nicht minder wesentliche taktische Fehler haben die russischen Sozialdemokraten ihrer eigenen Sache so viel Schaden zugefügt, wie es die schlimmsten Feinde

<sup>1)</sup> In der selben Nummer seines *Tagebuches eines Sozialdemokraten* — das, nebenbei bemerkt, unzweifelhaft als eine publizistische Leistung ersten Ranges gelten darf — sagt Plechanow, als Resumé seiner durchaus sachlichen Kritik der Taktik der russischen Sozialdemokratie in den letzten Monaten des Jahres 1905: »Das Leben hat gezeigt, dass die Taktik, die unsere Partei während der letzten Monate beobachtet hat, unhaltbar ist. Um neue Niederlagen zu vermeiden, müssen wir uns eine neue Taktik zu eigen machen«. Nun mag also der *Vorwärts*, auf seine ihm als zuverlässig bekannten russischen Mitarbeiter und zwar in der revolutionären Bewegung stehenden führenden Genossen« (wörtlich so im *Vorwärts* vom 6. Mai!) vertrauend, auch Plechanow gegenüber den Vorwurf »anmassender Schulmeisteri russischer Genossen« erheben; er mag gegen Plechanow donnern — wenn er es für »nützlich« hält!

<sup>2)</sup> Das meint ja eigentlich — wenn man von dem Ballast der allgemeinen Redensarten und Schimpfworte gegen die *Kadetten* absieht — auch der Verfasser des Artikels *Duma und Kadetten* im *Vorwärts* vom 31. Mai und 1. Juni.

der Sozialdemokratie nicht vermocht hätten. Leider ist diese Art von Taktik noch keineswegs wirklich überwunden, und unter Umständen kann sie in der nächsten Zukunft sogar noch schädlicher wirken. Dazu gehört vor allem die recht bedenkliche Art, in welcher auf einigen politischen Versammlungen neuerdings manche Sozialdemokraten (der Leninschen Richtung) gegen die *Duma* Stellung genommen haben. Eben diese Stellungnahme hat den nachstehenden bedeutungsvollen Aufruf Plechanows an die Arbeiter Russlands veranlasst:

Wir wenden uns an euch mit diesen Zeilen in einem Augenblick, dem an Wichtigkeit kein anderer im Leben unseres Landes gleichkommen kann.

Die Regierung mit dem Minister Goremykin an der Spitze hat sich geweigert, die Forderungen der *Reichsduma* zu erfüllen. Sie gibt keine Amnestie denjenigen, die sie für Verbrecher erklärt hat, weil sie für die Freiheit gestritten haben. Sie gibt den Bauern, die durch das Verschulden der Regierung Hunger leiden müssen, kein Land. Was soll nun getan werden? Das ist die Frage, die ihr im Interesse eurer Sache, im Interesse der Freiheit, im Interesse eurer Heimat mit voller Kaltblütigkeit überlegen müsst, so sehr auch in euren Herzen die Flammen gerechter Entrüstung lodern. Ihr müsst Fehler vermeiden, die unserer ganzen Bewegung schweren, ja vielleicht nicht wieder gut zu machenden Schaden zufügen können.

Lasst euch nicht provozieren! Die Macht der Regierung nimmt mit jedem Tage ab, denn mit jedem Tage wird unser Volk immer klarer bewusst, dass es von der Regierung nichts Neues zu erwarten hat ausser neuen und immer neuen Unterdrückungen. Die Regierung sieht, wie die Dinge stehen, und will euch zu einer Schlacht provozieren, solange ihre Macht noch grösser ist, als die eurige. Lasst euch nicht provozieren, lasst euch nicht durch Reden zwar aufrichtiger, aber unbesonnener Leute, die euch zu den Waffen rufen, betören. Jetzt den Kampf aufnehmen heisst eine schwere Niederlage erleiden.

Das ist aber noch nicht alles. Unsere Regierung, die die Metzelleien der *Schwarzen Banden* anstiftet und jede freie Regung unterdrückt, verhindert nicht die Kritik an der *Reichsduma*. Warum, glaubt ihr, geht sie so vor? Weil die Regierung aus euch eine Waffe der Reaktion machen will.

Die Revolutionäre greifen die *Duma* an, sagt sich Goremykin, das ist uns jetzt sehr gelegen, wo unsere Weigerung, die Forderungen der *Duma* zu erfüllen, zu einem Zusammenstoss zwischen uns und ihr führen wird. Je mehr das Ansehen der *Duma* in den Augen des Volkes fällt, desto weniger wird das Volk sie unterstützen, desto leichter wird es sein, ihr das Maul zuzudrücken oder gar sie auseinanderzujagen. Mit den Revolutionären aber werde ich dann schon fertig.

Genossen, Arbeiter! Ihr müsst unbedingt diesen Plan Goremykins vereiteln. Lasst euch nicht dadurch irreführen, dass in der *Duma* die bürgerlichen Parteien herrschen! Nicht deshalb hasst Goremykin die *Duma*, weil die Bourgeoisie in ihr die Oberhand hat, sondern weil die in ihr vorherrschende Bourgeoisie die Freiheit für alle und Land für die Bauern fordert. Nicht gegen die Bourgeoisie ist die Verweigerungspolitik Goremykins gerichtet, sondern gegen das ganze Volk. Und das ganze Volk muss den Herrn Goremykin zwingen, diese Politik aufzugeben.

Jedes Zaudern wäre in diesem Falle unseres Volkes unwürdig, es hätte gezeigt, dass es noch nicht verstanden hat, worin die brennendste politische Aufgabe unserer Zeit besteht. Zu einem erfolgreichen Kampfe für den Sozialismus ist politische Freiheit nötig. Damit wir aber politische Freiheit haben, müssen wir die von der Reaktion geschmiedeten Pläne zum Scheitern bringen.

Wehe euch, wehe dem ganzen Lande, wenn ihr jetzt eure ganze Aufmerksamkeit nicht auf diese Frage richtet. Die Reaktion wird sich eure Fehler zu nutze machen und wird einen schrecklichen Schlag gegen die Freiheitssache führen.

Wundert euch nicht, dass wir uns an euch mit diesem Aufrufe wenden. Schon seit Beginn der achtziger Jahre haben wir euer Erscheinen auf der weltgeschichtlichen Bühne vorausgesagt und haben darauf gewartet, wie die Juden den Messias erwarten. Wir wurden nicht müde, immer und immer wieder zu wiederholen, dass die revolutionäre Bewegung bei uns als Bewegung der Arbeiterklasse siegen wird

oder aber gar nicht siegt. Und nun, wo die Tatsachen unsere Erwartungen bestätigen, jetzt, wo dank dem heroischen Kampfe der Arbeiterklasse unsere Freiheitsbewegung schon ihrem Sieg nahe ist, können wir nicht mehr schweigen, wir halten es für unsere Pflicht, auf die politische Falle hinzuweisen, in die die Reaktion euch locken will.<sup>3)</sup>

Der Aufruf Plechanows ist auch von der konstitutionell-demokratischen Presse als ein höchst erfreuliches Symptom begrüsst worden. Leider bleibt Plechanow mit seiner Auffassung, die doch sowohl für die nächsten, wie für die weiteren Interessen des russischen Proletariats die einzig richtige ist, vorläufig ziemlich isoliert. Statt, wie er empfiehlt, die *Duma* kräftig und in richtiger Weise zu unterstützen, debattieren die geistigen Führer der russischen Sozialdemokratie mit ernster Miene darüber, ob die *Kadetten* als Vertreter der Grossbourgeoisie, die *Arbeitsgruppe* als Repräsentantin des Kleinbürgertums zu betrachten sei, oder ob die beiden Parteien als *schlechthin kleinbürgerlich* gelten sollen.

Nicht minder, als dieser unverbesserliche Doktrinarismus, ist für die sozialdemokratische Partei der — leider auch nach dem Einigungskongress fort-dauernde — Zwist der feindlichen Brüder, die sich wütend selbst zerfleischen, der *Mehrheit* und der *Minderheit*, sehr schädlich. Für die Stimmung in den beiden Lagern ist schon der Umstand recht charakteristisch, dass man sich nicht einmal darüber einigen konnte, ob der Einigungskongress als der dritte oder als der vierte legitime Parteitag der russischen Sozialdemokratie gelten sollte: im ersten Falle würde ja der dritte Parteitag, woran allein die Leninianer beteiligt waren, als *nul et non avvenu*, als gar kein Parteitag der einen und unteilbaren russischen Sozialdemokratie gelten! Solange man noch mit derartigen Dingen beschäftigt ist, solange der Zank der beiden Richtungen nicht endgültig vorbei ist, kann die russische Sozialdemokratie nicht einheitlich handeln, wozu es wirklich höchste Zeit wäre.

Schon vor einigen Monaten hat Plechanow hervorgehoben, dass die von der Intelligenz geschaffene Parteiorganisation für die revolutionäre Bewegung der Arbeitermassen schon zu eng geworden ist. . . . Das Proletariat selbst versucht, die für seine Praxis geeigneten Formen ausfindig zu machen. Bei dieser Sachlage klingt es wirklich sonderbar, wenn es zum Beispiel im *Prisyt* (einem privaten Organ Leninscher Prägung) heisst:

»Vor allem soll und muss das Proletariat alle Arbeitergruppen, Organisationen und Verbände, die sich am politischen Kampfe betätigen wollen, fragen: wer bist du, was sind deine Kampfprinzipien, was für ein Programm hast du? Alle diejenigen, welche nicht auf diese Frage präzise antworten: ich bin ein Sozialdemokrat, Mitglied der Parteiorganisation, soll das Proletariat entweder für seine Feinde, Spitzel, Betrüger halten oder annehmen, dass sie noch nicht zum klaren Bewusstsein ihrer Klassenaufgaben gekommen sind.«

Wie aus der Schlussbemerkung des zitierten Artikels erhellt, sind damit die Mitglieder der *Arbeitsgruppe* gemeint. Wenn die russische Sozialdemokratie nicht etwa die Rolle der englischen *Sozialdemokratischen Föderation* zu spielen beabsichtigt, sondern ihre grosse Mission in der bevorstehenden Periode ernst nimmt, muss sie vor allem, in sich geeint, von dergleichen sektiererischen Präntentionen sich freimachen und die vorläufig nicht zu ihr gehörenden, aber ihr verwandten Organisationen auf anderem Wege zu gewinnen suchen, sie muss

<sup>3)</sup> Dieses wichtige Dokument brachte auch der *Forwärts* am 14. Juni in aller Harmlosigkeit zum Abdruck, anscheinend ohne zu empfinden, dass es die denkbar scharfste Desavouierung der von ihm bisher vertretenen Taktik darstellt.

eben vor allem selbst zum klaren Bewusstsein ihrer Klassenaufgaben kommen. Auch wäre es angebracht, endlich mit dem System der abgeschmackten Verleumdungen zu brechen, wie sie zum Beispiel der Leninsche *Wpered* zum besten gibt, indem er behauptet, dass »die *Kadetten*, um die Interessen der Gutsbesitzer sicher zu stellen, die Vertreter der Staatsgewalt, das heisst die Herren Goremykin und Durnowo zu Hilfe rufen, hinter welchen Dubassow mit den Maschinengewehren steckt«. Wie kann man solches Zeug schreiben nach den Debatten über die Agrarfrage in der *Duma*? Eigentlich stehen ja die Sozialdemokraten dem Agrarprogramm der konstitutionellen Demokraten viel näher, als etwa dem Programm der *Sozialisten-Revolutionäre*, da weder die *Kadetten*, noch die Sozialdemokraten die Illusionen der letzteren in Bezug auf den quasosozialistischen Charakter der bevorstehenden Agrarreform teilen. Auch auf das Agrarprogramm der *Arbeitsgruppe* sind diese Illusionen nicht ohne Wirkung geblieben. Von diesen utopistischen Bestandteilen und von manchen *revolutionär* klingenden Ausdrücken abgesehen, ist aber das Agrarprogramm der *Arbeitsgruppe* mit dem der konstitutionellen Demokraten ziemlich identisch. Und von dem Zusammenarbeiten der konstitutionellen Demokraten, der Sozialdemokratie und der *Arbeitsgruppe* hängt die nächste Zukunft der Demokratie in Russland ab.

XX

## FRITZ WINTER · NATIONALITÄT UND GEWERKSCHAFT

**D**IE österreichischen Gewerkschaften sind in einer mächtigen Entwicklung begriffen. Gerade im abgelaufenen Jahr sind namentlich in den Industriezentren Schichten der gewerkschaftlichen Bewegung gewonnen worden, die bisher weitab von ihr standen. Es sind dies vorzüglich die Arbeiter aller jener Branchen, in denen eine eigentliche Qualifikation nicht erforderlich ist. Aber auch die qualifizierten Arbeiter strömen — man kann diesen Ausdruck ohne Übertreibung gebrauchen — geradezu in die Gewerkschaften. Der Bericht der österreichischen Reichskommission weist für das Jahr 1905 einen Zuwachs von 244 674 Mitgliedern auf, von denen 323 099 bis zum Ende des Jahres in den Organisationen verblieben. Die Zunahme der Mitglieder betrug beinahe 71 %. Sie erstreckte sich auf beinahe alle Gewerkschaften. Im Jahre 1901 hatten alle österreichischen Berufsgenossenschaften 119 000 Mitglieder, am Ende des Jahres 1905 war diese Zahl auf 323 099 gestiegen. Mit dieser Steigerung ging eine ausserordentliche Festigung der inneren Organisation einher. Die bedeutendsten Industriezweige sind in straffen Zentralorganisationen in der leicht beweglichen Form der Unionen, also in gleichwertigen, von einer Zentralleitung abhängigen Ortsgruppen organisiert. Die österreichischen Gewerkschaften sind so allmählich ein mächtiges Gebilde geworden, das einen bedeutenden Einfluss auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ausübt.

Seit einiger Zeit nun beschäftigt die österreichischen Gewerkschafter eine Frage, die zu lösen wohl die Gewerkschaftsbewegung keines anderen Landes genötigt ist. Es handelt sich darum, die Bedürfnisse einer starken gewerk-



schäftlichen Organisation in Übereinstimmung zu bringen mit den nationalen Ansprüchen einzelner ihrer Mitglieder. Im Wesen der Gewerkschaften an und für sich liegt ein solcher Widerspruch nicht. Die Gewerkschaft ist die Berufsorganisation der Arbeiter eines bestimmten Industriezweiges. Die Gemeinsamkeit dieser Arbeiter wird nicht durch ihre Sprache, nicht durch ihr nationales Gefühl, sondern durch ihre gemeinsame Not, ihre Abhängigkeit von den selben Unternehmern, ihr Arbeiten unter den selben Arbeitsbedingungen begründet. Nicht die Sprache, sondern die Arbeit des Mitgliedes ist entscheidend für seine Betätigung in der Gewerkschaft. Nicht die Sprache, sondern der Kampf gegen die Unternehmer ist entscheidend für die Wahl der Organisationsform. Nicht Gefühle und Träume, sondern harte Tatsachen und Wirklichkeiten sollen die Leitsätze im gewerkschaftlichen Kampf sein. Das ist bei der nüchternen Arbeit und Aufgabe der Gewerkschaften so selbstverständlich, dass es banal erscheint, darüber auch nur zu reden. In Österreich aber, diesem merkwürdigen Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten, sind gerade die Selbstverständlichkeiten nicht banal. Die nationale Frage ist derzeit tatsächlich ein Problem der österreichischen Gewerkschaftswelt. Sie stellt sich heute dar als eine Frage der Organisationsform, und sie ist auch in ihrem richtigen Kern nichts anderes. In dem Lande des Nationalitätenstreites wird aber diese Frage unweigerlich aus einer organisatorischen eine politische. Die österreichischen Gewerkschaften vor dem Unheil zu bewahren, dass eine politische, der Gewerkschaftsarbeit gleichgültige Sache die mühsam aufgebaute Arbeit zerreisst, das ist die Aufgabe, die sich jedem stellt, der sich an die Lösung des Problems macht.

Die Arbeiterbewegung, die politische, wie die gewerkschaftliche, war ursprünglich in ihren bewussten Anfängen eine Bewegung der deutschen Arbeiterschaft, weil die Industrie in Österreich sich in den deutschen Gebieten zuerst entwickelte. Die Landflucht des österreichischen Proletariates und die Industrialisierung der nichtdeutschen Gegenden Österreichs trug die Bewegung auch unter die anderssprachigen Arbeiter. Mit der politischen entstand auch die gewerkschaftliche Bewegung. Aber die nationalen Verschiedenheiten machten sich anfangs deshalb nicht geltend, weil es nur kleine lokal abgegrenzte Berufsvereine gab, die auch zumeist einsprachig waren. Die erste nationale Frage kam auf dem zweiten österreichischen Gewerkschaftskongress zur Behandlung. Sie hatte schon damals den selben Charakter, wie heute. Sie war nicht eine Frage gewerkschaftlicher Natur, sie ging nicht darauf aus, eine bessere gewerkschaftliche Organisation zu schaffen. Sie war auch damals schon eine Frage der Repräsentation der Nation, eine politische Frage. Die Forderung der Tschechen ging auf eine Zweiteilung des Sekretariates der Reichskommission in ein deutsches und tschechisches. Der Kongress antwortete auf diese Forderung damit, dass er nicht das zentrale Sekretariat teilte, sondern territorial abgegrenzte, der Reichskommission unterstehende, aber in ihrem Wirkungskreis selbständige Sekretariate für einzelne Industrieländer und damit auch für die darin wohnenden verschiedensprachigen Arbeiter schuf. Die tschechischen Genossen gründeten darauf eine eigene Kommission in Prag, die die Aufgabe haben sollte, sämtliche gewerkschaftlich organisierten Arbeiter tschechischer Sprache unter ihre Leitung zu vereinigen. Diese Aufgabe wurde niemals erfüllt, obwohl das damals noch leichter war, als heute, da nur

einzelne kleinere, selten über die Grenzen des Kronlandes sich erstreckende Organisationen bestanden. Nichtsdestoweniger war trotz alles anfänglichen Strebens die Prager Kommission nie mehr, als die oberste Instanz der tschechischen Arbeiter Böhmens. Die Tschechen Mährens und Schlesiens waren niemals ihrem Einfluss unterworfen.

Inzwischen veränderte sich die Stellung der Reichskommission überhaupt. An die Stelle der Kronlandsvereine, der Verbände, der losen, nur wenig zusammenhängenden Gebilde entstanden die straffen, über das ganze Reich sich erstreckenden Zentralorganisationen. Sie nahmen der Reichskommission viel von ihren Arbeiten ab. Die einzelnen Branchen wurden selbständig in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit. Aus einer Leiterin der gesamten Organisationen wurde die Kommission die oberste Beraterin, aber die gewerkschaftliche Detailarbeit wurde ihr abgenommen. So wurden auch die einzelnen Landeskommissionen in ihren Aufgaben beschränkt. Auch sie wurden nur mehr verwendet für die Beratung und die Erledigung von Dingen, die alle Arbeiter des Landes gemeinsam angingen. Der Gedanke, für die einzelnen Nationalitäten einzelne von einander unabhängige, wenn auch mit einander in Zusammenhang stehende Sekretariate zu schaffen, die ohne Rücksicht auf die Kronlandsgrenzen über das ganze Reich wirkten, war von der Entwicklung überholt worden. Deshalb gab es eine Zeit, wo die Einfügung der Prager Kommission in das einheitliche Gepräge der ganzen österreichischen Gewerkschaftsorganisationen in naher Aussicht stand.

Dieser natürliche Prozess wurde nun plötzlich unterbrochen, als die Leitung der Prager Kommission in die Hände von Genossen gelangte, die den Gang der Gewerkschaftsbewegung nicht praktisch mitgemacht hatten, und die die aus der natürlichen Entwicklung der Industrie sich ergebende Tendenz zur Zentralisation auch heute noch nicht begriffen haben. Im Grunde sind die Bestrebungen der tschechischen Genossen Böhmens, die heute den Gegenstand der Sorge aller österreichischen Gewerkschafter bilden, nichts anderes, als ein Irrtum über die heutigen Aufgaben der Reichskommission und der Landeskommissionen. Man begreift nicht, dass mit dem Entstehen und Emporblühen der zentralen, über das ganze Reich sich erstreckenden Gewerkschaften die Stellung und die Aufgabe der Reichskommission eine andere geworden ist, als früher. In dem Moment, wo die grossen Organisationen die Kronlandsgrenzen abgestreift haben, wo die Organisationen nicht mehr aus Verbänden bestehen, die sich nur auf einzelne Kronländer erstrecken, sondern wo jede Ortsgruppe einer Gewerkschaft, mag sie in welcher Gegend des Reiches immer liegen, gleich abhängig oder unabhängig ist, in dem Augenblick ist gar keine andere oberste Instanz sämtlicher Gewerkschaften mehr möglich, als eine einheitliche Reichskommission.

Wenn nun die Genossen der Prager Kommission auf der Konferenz, die am 15. Oktober 1905 in Brünn stattfand, um die schwebenden Differenzen zu lösen, als den obersten Grundsatz ihres Organisationsgedankens hinstellte »die Anerkennung und Gründung autonomer Gewerkschaftskommissionen mit dem Wirkungskreis für alle Angehörigen ihrer Nationalität«, so griffen sie dabei nicht nur einen alten, längst überlebten Gedanken wieder auf, sondern sie stellten sich in strikten Gegensatz zu dem Entwicklungsgang der gewerkschaftlichen Organisation in Österreich überhaupt. Die

autonome Organisation der Gewerkschafter nach der Nationalität ist heute nicht mehr möglich ohne Zerreiſung der bereits bestehenden und festgefügtten Zentralen, dieser die Arbeiter eines ganzen Produktionszweiges umfassenden Organisationen. Es sind zwei Prinzipien, die da mit einander streiten, wobei das von der Prager Kommission aufgestellte das gegen sich hat, dass es den Entwicklungstendenzen der gewerkschaftlichen Organisation, die sich den Entwicklungstendenzen der Industrie mit so vielem Glück anpassen, widerspricht. Die selbstverständliche Folge dieses verfehlten Grundprinzips sind dann Forderungen, die heute überhaupt nicht mehr verwirklichungsfähig sind. Die Formen der Gewerkschaftsorganisationen, die nach dem Programm der Prager Kommission bestehen sollen, sind »die Organisationen nationaler Gewerkschaftsvereine und Verbände, der Reichsunionen, Reichsverbände und Reichsvereine und internationalen Kartelle«. Das ist eine Aufzählung, die jeder Ordnung entbehrt. Es sind zweierlei Einteilungsgründe, die da neben einander laufen. Die Reichsunionen, Reichsverbände und Reichsvereine sind ein und die selbe Sache, sind verschiedene Formen einer Zentralorganisation, sind deren verschiedene Entwicklungsstufen. Daneben haben aber Organisationen nationaler Gewerkschaftsvereine keinen Platz, weil die Arbeiterschaft einer Branche einheitlich eben nur nach einem Prinzip organisiert sein kann. Es kann nicht eine Union der Textilarbeiter bestehen, deren Ortsgruppen ohne Rücksicht auf die Nationalität, der die Mitglieder angehören, einem einheitlichen Vorstand unterstehen, und daneben ein deutscher und ein tschechischer Textilarbeiterverein. Ebenso absurd und mit dem Stand der gewerkschaftlichen Entwicklung unvereinbar sind dann die übrigen Folgerungen, die Schaffung von nationalen Gewerkschaftskommissionen, die Entscheidung über Streiks durch die nationalen Komitees und dergleichen.

Was ist nun die Veranlassung, was das Ziel aller dieser Vorschläge? Schon vor dem ausserordentlichen Gewerkschaftskongress, der gegen Ende des vergangenen Jahres in Wien stattfand und das Brünner Programm der Prager Kommission mit gewaltiger Mehrheit ablehnte, hörte man einiges darüber, auf dem Kongress selbst wurde ähnliches vorgebracht. Es sind vor allem Klagen darüber, dass in manchen Gewerkschaften die sprachlichen Verschiedenheiten nicht genug berücksichtigt, dass nicht genügend viel oder nicht genügend gut ausgefertigte Drucksachen in tschechischer Sprache vorhanden seien, dass in manche tschechische Gegenden Schriftstücke in deutscher Sprache hinausgehen, dass bei der Agitation, bei der Anstellung von Beamten nicht die Individualität und das Selbstbestimmungsrecht der tschechischen Mitglieder berücksichtigt werde. Doch in all diesen Richtungen wurden nur einzelne Fälle vorgebracht, und dies nicht einmal in grosser Anzahl, Fälle, die durch eine Beschwerde bei der betreffenden Zentralleitung rasch und glatt erledigt werden können, wenn man nicht aus jedem eine Affäre machen will. Von tschechischer Seite aber brachte man in die Dinge eine Tendenz hinein. Es war der selbe Vorwurf, der in dem bekannten Schreiben der Prager Kommission an Genossen Legien als internationalen Sekretär gerichtet war, der Vorwurf der gewalttätigen Germanisierung der tschechischen Arbeiter. Es ist eine derartige Tendenz niemals bewiesen worden. Sie konnte auch gar nicht bewiesen werden, weil sie nicht bestand. Die Zentralorganisationen, in deren Leitungen Dutzende von tschechischen Genossen sitzen, würden sich ins eigene Fleisch

schneiden, wollten sie absichtlich und mit Bewusstsein die sprachlichen Bedürfnisse ihrer Mitglieder missachten. Der Urgrund der Forderungen der Prager Kommission ist nicht in den Bedürfnissen von Gewerkschaftern, sondern von Politikern zu suchen. Den Bedürfnissen politischer Agitation, namentlich Repräsentationsbedürfnissen und dem Bedürfnis, gewissen bürgerlichen Parteien den Rang abzulaufen, ist das ganze Programm der Prager Kommission entsprungen.

Dieses Programm ist vorläufig freilich in den Hintergrund getreten. Der Streit geht jetzt um etwas anderes, um die Form der Ablieferung der Beiträge an die Gewerkschaftskommission. Bis jetzt sind sämtliche Beiträge an die Reichskommission gegangen, die an die Prager Kommission diejenigen Beiträge abführte, die aus den tschechischen Ortsgruppen kamen. Die Prager Kommission wünscht die Abführung der tschechischen Beiträge direkt durch Ortsgruppen an sie. Auch diese Frage, die eine reine Organisationsfrage zu sein scheint, ist im Grunde eine politische. Für die Reichskommission bedeutet die direkte Ablieferung der Beiträge den Verlust der Kontrolle über die Anzahl der tschechischen Mitglieder, für diese letzteren bedeutet sie den Verlust der Teilnahme an den allgemeinen Gewerkschaftskongressen, für die Politiker in der Prager Kommission aber bedeutet sie die Möglichkeit, gleichzeitig mit den Kommissionsbeiträgen auch von ihren Mitgliedern eine Parteisteuer einzuheben. Insofern hat Genosse Hue mit seinen letzten Auseinandersetzungen im *Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* recht. Er hat aber nicht recht damit, dass er die Ursache dieser Forderungen in dem innigen Zusammenhang zwischen Partei und Gewerkschaft erblickt. Im Gegenteil, gerade weil in Oesterreich zwischen den beiden Richtungen der Arbeiterbewegung ein so inniger Zusammenhang besteht, hat die ganze Frage bis jetzt noch kein Unheil angerichtet. Die eigentliche Ursache des ganzen Problems ist die Gestaltung der Nationalitätenfrage im bürgerlichen Lager in Österreich. Dort geht jedes nationale Problem im Grunde darauf hinaus, dass die eine Nation die andere zu beherrschen sucht, und dass jede Nation bei ihren Forderungen von dieser Voraussetzung ausgeht. In dieser Anschauung ist auch die Prager Kommission befangen, und sie bekundet damit nur, dass sie sich von den Vorgängen im bürgerlichen Lager allzuviel beeinflussen lässt. Sowohl das Programm der Kommission, als auch die Art, wie es begründet wird, widerspricht daher den politischen Anschauungen der Sozialdemokratie und den praktischen Bedürfnissen der Gewerkschaftsbewegung.

Aber damit soll nicht gesagt werden, dass die durch die Prager Kommission hervorgerufene Bewegung nicht einen gesunden Kern enthält. Wäre dies nicht der Fall, hätte sie niemals so anhaltend und weitgreifend wirken können. Die Prager Genossen haben sich nur nicht als geschickte Gewerkschafter und weitsichtige Politiker erwiesen. Die von ihnen hervorgerufene Bewegung kann, in die richtigen Bahnen gelenkt, sogar der Gewerkschaftsbewegung nützlich sein und den Bestrebungen der Gewerkschaften dienstbar gemacht werden. In der Gedenkschrift der Amsterdamer Konferenz nimmt die Prager Kommission das Recht für sich in Anspruch, durch ihre Forderung nach einer Vertretung auf der internationalen Konferenz das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu wahren. Wir stimmen ihr vollkommen zu;

darin eines der obersten Prinzipien einer demokratischen Partei zu erblicken. Allein die Durchsetzung des Prinzips darf nicht so weit gehen, dass darüber die Partei selbst zu Grunde geht. Die Prager Genossen haben einen grossen Fehler damit begangen, dass sie für die Durchsetzung der nationalen Ansprüche der tschechischen Gewerkschafter keine andere Form fanden, als diejenige, die sich bei der Ordnung der nationalen Angelegenheiten der Sozialdemokratie in Österreich bewährte. Da aber Partei und Gewerkschaften ganz andere Ziele haben, so kann auch ihre Organisationsform nicht die gleiche sein. Die Zentralorganisationen haben sich vor allem in zweierlei Richtung bewährt. Einmal ist der ganz ausserordentliche Aufschwung des Unterstützungswesens nur möglich gewesen durch die Schaffung der grossen einheitlichen Organisationen, die Tausende von Mitgliedern umfassen. Das Unterstützungswesen ist eine Abart des modernen Versicherungswesens. Je grösser der Kreis der Versicherten, je zentralisierter die Leitung ist, desto besser funktioniert der Apparat, desto mehr werden alle Risiken ausgeglichen, desto billiger und einheitlicher ist die Verwaltung. Die Schaffung nationaler Gewerkschaften bedeutet eine Vernichtung des Unterstützungswesens und damit eben auch eine Schwächung der Gewerkschaften. Wenn von Land zu Land andere Unterstützungsbedingungen gelten, so werden damit die Mitglieder nur geschädigt. Die zentralen Gewerkschaften haben sich aber auch noch in anderer Richtung bewährt, in dem direkten Kampf gegen das Unternehmertum. Der Kampf um die besseren Arbeitsbedingungen kann mit Erfolg gar nicht anders geführt werden, als von grossen, die ganze Arbeiterschaft umfassenden Organisationen, weil die Gegner in eben solchen Organisationen vereinigt sind, und weil nur bei einer zentralen Organisation sich die nötige Übersicht und die nötige Ansammlung grosser Fonds herstellen lässt.

Die zentralen Gewerkschaften haben dagegen in anderer Hinsicht manche Mängel. Sie sind vor allem für eine intensive Agitation zu plumpe Körperschaften. Eben weil sie nur den Blick auf das grosse Ganze richten, weil sie die Details in allen einzelnen Ortsgruppen nicht übersehen können, weil sie nicht mit allen örtlichen Verhältnissen vertraut sind, deshalb bilden sie vielfach noch wenig intensiv agitierende Körperschaften. Die geographische Verteilung der Gewerkschaftsmitglieder in Österreich zeigt gewaltige Lücken in einzelnen Ländern. Die zentralen Organisationen stellen, wenn man eine gewisse Übertreibung anwenden will, vielfach einen grossen Rahmen dar, der erst mit dem Mosaikbild ausgefüllt werden muss. Die Schaffung dieses Bildes, die Verlebendigung der grossen Gewerkschaften wird nun, das ist unsere innerste Überzeugung, am besten bewirkt werden können durch die Entfesselung ihrer nationalen Kräfte. Die nationale Autonomie kann in den Gewerkschaften, nicht in den obersten Körperschaften, kann nicht durch die Nationalisierung der Gewerkschaftskommissionen erreicht werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker kann nur in den Unterorganen der Zentralorganisationen verwirklicht werden. Nüchtern und praktisch gesprochen heisst das, dass die zentralen Gewerkschaften ihr Geltungsgebiet in national einheitliche Agitationsbezirke zerteilen müssen, in denen die einheitliche Leitung der Agitation in Wort und Schrift durch die Genossen der betreffenden Gegend, die alle Nationsgenossen sind, völlig autonom in die Hand genommen wird. In den Grundzügen lässt sich diese Entwicklung bereits heute erblicken.

Fast alle grösseren Gewerkschaften sind im Begriff, das Reich in mehr oder minder grosse Agitationsbezirke zu teilen, die eine von den Ortsgruppen der Gegend selbstgewählte Leitung haben, die, wo ein Blatt erscheint, ihren Redakteur selbst wählen, die über die notwendigen Gelder selbst verfügen, kurzum, die das Selbstbestimmungsrecht haben, das die Prager Kommission mit Recht für ein so wertvolles Gut hält. Dabei kann man ohne weiteres zugestehen, dass auch in den Leitungen der Zentralen selbst Genossen sitzen sollen, bei denen die Nationalität neben ihrer Eignung für die gewerkschaftliche Arbeit berücksichtigt wird, nur darf die Rücksicht auf die Nationalität nicht die Eignung zum Gewerkschafter überwuchern. Die Prager Kommission hat die Sache gerade umgekehrt gemacht. Sie legt das Hauptgewicht auf die äussere Repräsentation, auf den äusseren Schein, nicht auf die Arbeit im Inneren, und sie schreibt das nationale Organisationsstatut der Partei für die gewerkschaftliche Organisation ab. Damit setzt sie sich in Widerspruch mit den Tendenzen der gewerkschaftlichen Bewegung und muss damit unfruchtbar bleiben.

Eines passt nicht für alle. Die Gewerkschaften müssen gewisse Agenden zentralistisch organisiert haben, sie werden aber auch eine gewisse Dezentralisation, ein grösseres Mass von Autonomie in den unteren Gliedern herstellen müssen, und sie stellen es bereits her. Das scheint uns der Weg zu sein, der gegangen werden müsste zum Nutzen der Gewerkschaften, der einzelnen Mitglieder und des grossen Zweckes der Arbeiterbewegung selbst. Die Gewerkschaftsorganisation muss die höhere Einheit bilden aus den Tendenzen zur Zentralisation und zur Dezentralisation. Die *nationale Autonomie* bei der Agitation, der *starre Zentralismus* beim Unterstützungswesen und bei der Führung von Lohnkämpfen, das scheint uns das richtige Programm zu sein für die Stärkung der Gewerkschaftsorganisation und die Befriedigung der nationalen Ansprüche der einzelnen Mitglieder.

XX

## EDUARD BERNSTEIN · VOM KLASSENKAMPF

**V**OM Klassenkampf wird heute viel gesprochen, in der Sozialdemokratie hat das Wort stehenden Kurs, kaum ein politischer Vortrag, in dem es nicht in der einen oder anderen Weise eine Rolle spielte, so dass man anzunehmen geneigt ist, es müsste so ziemlich jedem Sozialdemokraten, wie jedem Besucher sozialdemokratischer Versammlungen und jedem Leser sozialdemokratischer Schriften und Zeitungen, namentlich wenn er der Arbeiterklasse angehört, nicht nur einer der geläufigsten Ausdrücke, sondern auch einer der klarsten Begriffe sein. Ein Brief, den ich vor etlicher Zeit von einem Arbeiter erhielt, den ich seit Jahren als fleissigen Besucher sozialdemokratischer Vorträge und aufmerksamen Leser sozialdemokratischer Schriften kenne, belehrte mich eines anderen. Dieser Arbeiter erklärte mir da, dass ihm an den Begriffen *Klassenkampf* und *Klassenbewusstsein* noch recht viel unklar sei, und im späteren mündlichen Gespräch erfuhr ich dann von ihm, dass bei seinen Arbeitskollegen, soweit sie sich überhaupt mit der Frage abgaben, die weitestgehenden Meinungsverschiedenheiten über den Sinn dieser Begriffe zu finden seien. Eine Probe in Form einer persönlich vor-

genommenen Umfrage wird dies bestätigen. Und zwar nicht nur, soweit Arbeiter mit durchschnittlich mässiger Schulbildung in Betracht kommen. Nein, auch von Leuten mit guter akademischer Bildung wird man recht verschiedene Antworten erhalten. So einfach die Sache scheint, so stösst der Gefragte, sobald er genauer definieren soll, meist sehr bald auf einen Punkt, wo es für ihn heisst: hier stock' ich schon, wer hilft mir weiter fort? Stellte der Leser nur die Probe bei sich selbst an. Dass der Klassenkampf der Kampf von Klassen ist, würde auch der biedere alte Bräsig schon geantwortet haben, der die Armut von der grossen *Poverleh* ableitete. Aber was sind Klassen, was sind ihre Merkmale, wann findet Klassenkampf statt, was bedingt ihn, und woran erkennt man ihn?

Dies vorausgeschickt, wage ich es, die Fragen meines Interpellanten hier zum Abdruck zu bringen, da ich nunmehr wohl hoffen darf, dass der Leser nicht ob ihrer anscheinend paradoxen Form mit vornehmem Lächeln über sie hinweggehen, aus ihnen nicht lediglich Zeichen der naiven Denkweise eines noch ziemlich jungen und mit wenig Schulbildung ins Leben getretenen Arbeiters, sondern vielmehr Beweise einer Anlage zu subtilem Nachdenken herauserkennen wird. In dem vorerwähnten Brief heisst es:

»Ich habe seit 1899, seit ich organisiert bin, ja schon vieles gelesen, kann mich aber nicht in alles richtig hineinflnden. So zum Beispiel die Worte *Klassenkampf* und *Klassenbewusstsein*. Was heisst *Klassenkampf*? Das ist meine Frage an Sie. Heisst *Klassenkampf* einen Kampf führen von einer Klasse aus, beispielsweise der Sozialdemokratie, gegen eine zweite oder dritte Klasse, um diese zweite oder dritte Klasse zu bekämpfen oder richtiger: zu unterdrücken? Oder heisst das auch *Klassenkampf*, wenn es nur eine Klasse gäbe — die Sozialdemokratie —, welche zwar noch kämpft, aber jetzt natürlich keine andere Klasse mehr bekämpfen kann, weil keine mehr vorhanden ist, sondern bloss noch um eigene Interessen kämpft, auf dass diese nicht mehr verloren gehen? Kurzum, heisst *Klassenkampf* einen Kampf einer Klasse bloss um die eigenen Interessen kämpfen, ohne dabei eine andere Klasse damit in Betracht zu ziehen, oder heisst *Klassenkampf* einen Kampf führen, um eine andere Klasse zu unterdrücken? Und nun *Klassenbewusstsein*! Was bedeutet dies? Auch das ist mir nicht ganz klar. Heisst *Klassenbewusstsein*, dass eine Klasse ihrer selbst, über ihre eigene Lage u. s. w., ohne aber dabei eine andere Klasse in Betracht zu ziehen, bewusst ist? Oder heisst *Klassenbewusstsein*, dass eine Klasse weiss, dass es mehrere Klassen gibt? Also würde man das Wort *Klassenbewusstsein* auch noch brauchen, wenn es bloss eine Klasse, zum Beispiel bloss die Sozialdemokratie, gäbe?»

So weit der Fragesteller. Auf den ersten Blick scheint es, als ob er den Wald vor Bäumen nicht sehe, und die Antwort ungemein einfach sei. *Klassenkampf* heisst offenbar Kampf zwischen Klassen respektive von Klassen gegen eine Klasse oder Klassen, es kann von ihm also nur die Rede sein, wo es mehrere oder mindestens zwei gesellschaftliche Klassen gibt. Dem Begriff des Wortes *Klasse* liegt eine Unterscheidung, eine Abgrenzung zu Grunde, wie dies schon seine sprachliche Herkunft zeigt. Von einer einzigen Klasse zu reden, ist daher begrifflich ein Unding: wo es nicht mindestens zwei unterschiedene Klassen gibt, gibt es überhaupt keine Klasse mehr, sondern nur noch Menschen, die sich zwar in Alter, Geschlecht, körperlichen und geistigen Anlagen und dergleichen, nicht aber auf Grund ihrer Geburt, ihres Besitzes oder ihrer Stellung in ihren gesellschaftlichen Rechten oder ihrer gesellschaftlichen Macht dauernd von anderen unterscheiden. Denn letzteres bildet das Merkmal von Gesellschaftsklassen. *Klassenbewusstsein* heisst demgemäss zunächst das Bewusstsein von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten, von anderen Gesellschaftsklassen unterschiedenen Gesell-

schaftsklasse. Das schliesst aber schon das Erfordernis einer gewissen Klarheit über das Wesen der eigenen und das der anderen Klassen ein, wozu auch Klarheit über die Interessenunterschiede und die sich aus ihnen ergebenden besonderen sozialen Forderungen und Ziele der eigenen Klasse gehört. Ob diese Interessen oder Ziele Unterdrückung anderer Klassen erheischen oder bloss ihre Bekämpfung zu dem Zwecke nötig machen, Vorrechte aufzuheben und die Durchsetzung von Forderungen und Ansprüchen zu verhindern, bestimmt sich nach den Eigenheiten der in Betracht kommenden Klassen und dem Höhegrad der Produktionsentwicklung. So erheischte das Interesse der Bourgeoisie seinerzeit wohl die Abschaffung gewisser Privilegien des Adels, aber noch keineswegs die Unterdrückung des Adels selbst, ebenso wie das Interesse des Adels nur die Bekämpfung gewisser Ansprüche der Bourgeoisie, aber keineswegs die Unterdrückung dieser Klasse verlangte. Der Feudalherr des Spätmittelalters und der frühkapitalistischen Ära konnte die ihm aus manchen Gründen verhassten Pfeffersäcke oft sehr gut brauchen, gleichviel ob sie beschnitten oder unbeschnitten waren, und ebenso sehen wir seinen Abkömmling, den modernen fideikommisslich feststehenden Grossgrundbesitzer, in unseren Tagen zeitweilig die Lanze schwingen, um Interessen der industriellen Bourgeoisie wahrnehmen zu helfen. Vergleiche die Reden und Taten des Grafen von Kanitz, dieses so oft an die Wegezoll erhebenden Ritter gemahnenden Gutsherrn von Podangen.

Diese Hinweise drängen sich zunächst als Antwort auf die obengestellten Fragen auf, und es mag auf den ersten Blick scheinen, als seien letztere damit im wesentlichen erledigt. Indessen ist dem in Wirklichkeit durchaus nicht so. Fast alles, was hier gesagt ist, war dem Schreiber des zitierten Briefes der Sache nach nicht unbekannt; wie kam er dazu, müssen wir uns fragen, damit die Erklärung der Begriffe *Klassenkampf* und *Klassenbewusstsein* nicht für erschöpft zu halten?

Einen Fingerzeig hierfür gibt uns der Umstand, der jedem leidlich theoretisch Denkenden ohne weiteres aufgefallen sein wird, dass der Briefschreiber als Beispiel einer Klasse stets und nur die Sozialdemokratie anführt, die, wie sehr sie auch ihren Charakter als Partei einer bestimmten Klasse betont und zu bekräftigen sucht, doch faktisch nicht diese Klasse selbst, sondern eben eine politische Partei ist, die auf der einen Seite doch nicht diese Klasse völlig umfasst und auf der anderen auch Angehörige anderer Klassen zu Mitgliedern zählt. Der Briefschreiber ist Lohnarbeiter eines Baugewerbes und als solcher ebenso, wie als sozialdemokratisches Parteimitglied, organisiert. Dass er die Körperschaft seines spezifischen Gewerbes nicht als eine *Klasse* bezeichnet, war selbstverständlich richtig. Aber dass er nicht die Gesellschaftsklasse, der er zugehört, nämlich das Lohnproletariat, als das nächstliegende Beispiel einer Klasse auswählt, ist überraschend. Die Maurer, die Zimmerer, die Bauklempner etc. sind natürlich so wenig Klassen im sozialen Sinne, wie etwa die Buchdrucker, die Lithographen, die Mechaniker, die Bildhauer, die Maler u. s. w. Die Berufsbezeichnung umschliesst noch immer — obgleich heute schon weniger, als vor etwa zwei Jahrzehnten — Angehörige verschiedener Gesellschaftsschichten: Unternehmer, Meister, Zwischenmeister, einfache Lohnarbeiter. Der Berufsunterschied, so scharf er auch sein mag, bildet noch nicht schlechweg den Klassenunterschied. Das weiss selbst der ungeschulteste Arbeiter, oder er



hat es sozusagen im Gefühl. Wo ihm dieses sagt, dass er einen Klassengenossen vor sich hat, da wird er den Betreffenden in der Regel ohne jede Umstände duzen, und bei der grossen Masse der Lohnarbeiter ist der unterschiedslose Gebrauch des *Du* denn auch noch so allgemein, dass man kaum daneben trifft, wenn man sagt, dass das *Sie* selbst heute noch nur bei einer Minderheit der Bevölkerung die Anrede an einen Fremden bildet. Doch gibt es auch hier Ausnahmen. In gewissen Berufen ist auch unter den Lohnangestellten das unterschiedslose *Du* nicht mehr zu finden, und vielfach bildet die Berufsgrenze auch die Abscheidung, wo Lohnarbeiter den Lohnarbeiter nicht mehr schlechtweg duzt. Hier scheint mir die Erklärung dafür zu liegen, warum der Begriff *Arbeiterklasse*, der dem sozialistisch denkenden Theoretiker der Sozialwissenschaft heute durchaus geläufig ist und ihm als der Ausdruck der konkretesten Wirklichkeit dünkt, Arbeitern selbst etwas Abstraktes ist, mit dem sie nicht ohne weiteres zu operieren lieben. Der wenig im Abstrahieren geübte Arbeiter wird ihm, sofern er von der sozialistischen Propaganda erfasst ist, den doch viel stärker abstrahierenden Ausdruck *Proletariat* vorziehen, denn ihn kann er sich gerade weil er ein übertragener Begriff ist, so konkret zurechtlegen, wie es seinem Einteilungsbedürfnis entspricht. Hier stört ihn keine Erinnerung an konkrete Unterschiede, die der Ausdruck *Arbeiterklasse* ins Gedächtnis ruft. Ob mit Recht oder nicht, den Worten *Proletarier* oder *Proletariat* haftet die Vorstellung von einer stark bestimmten Einheit der Lage an, wie der Begriff *Sozialdemokratie* Einheit des Wollens ausdrückt.

Was aber bestimmt eine Klasse: die ökonomisch-soziale Lage, oder das sozialpolitische Wollen? Der Bekenner der materialistischen Geschichtsauffassung wird, wenn man ihm diese Frage vorlegt, heute ohne Zaudern antworten: das erstere. Merkwürdigerweise finden wir aber, worauf Tugan-Baranowskij in seiner ausgezeichneten Abhandlung *Theoretische Grundlagen des Marxismus* hinweist, in einer der bedeutungsvollsten Schriften der Begründer dieser Theorie einen Satz, der das Gegenteil besagt. Im *Kommunistischen Manifest* von Karl Marx und Friedrich Engels wird als »nächster Zweck« der Kommunisten bezeichnet »Bildung des Proletariats zur Klasse«. Hier erscheint also das ökonomisch-sozial schon bestimmte Proletariat nicht schlechthin als Klasse, sondern wird erst durch Organisation, die nur auf Grund eines bestimmten Wollens möglich ist, zu einer solchen. Wissenschaftlich halte ich das für sehr anfechtbar, es steht auch logisch wenig im Einklang mit einer Lehre, die das sozialpolitische Wollen aus der sozialökonomischen Lage ableitet, es bei grösseren Massen durch diese bestimmt sein lässt. Nicht dadurch, dass er dieses oder jenes will, dieser oder jener Verbindung angehört, wird jemand Mitglied einer bestimmten Gesellschaftsklasse, sondern dadurch, dass er sich dauernd in einer bestimmten ökonomischen Lage oder vielmehr Stellung befindet. Auch der unorganisierte Lohnarbeiter gehört der Klasse der Lohnarbeiter respektive dem Proletariat an. Alle soziologische Klassifizierung verliere ihren Sinn, wenn er auf Grund seines Wollens oder Tuns einer anderen Gesellschaftsklasse zugewiesen würde. Indes, bei dem Einfluss, den die programmatischen Ausserungen von Marx-Engels heute auf das sozialistische Denken und Handeln ausüben, ist es jedenfalls von Wichtigkeit, sich darüber klar zu werden, welche Deutung sie in ihrer grundlegenden programmatischen Schrift dem Begriff der *Klasse* beilegen. Hier ist *Klasse* identisch mit *Klassenpartei*, und unser

Briefschreiber kann sich auf das *Kommunistische Manifest* berufen, wenn er als Beispiel einer Klasse die Sozialdemokratie herausgreift.<sup>1)</sup>

Er hat dafür noch eine andere, stärkere Entschuldigung. Klassen als soziologische Einheiten kämpfen nicht. Nirgends noch hat die Bourgeoisie das Proletariat, oder umgekehrt, bekämpft. Mehr oder weniger grosse Gruppen des Proletariats haben mit mehr oder minder grossen Gruppen der Bourgeoisie wirtschaftliche oder politische Kämpfe geführt, und solche Kämpfe werden sich wiederholen, aber niemals ist es vorgekommen und niemals wird es vorkommen, dass die Bourgeoisie als Einheit mit dem als ebensolche Einheit formierten Proletariat Kampf führt. Das darf man aussprechen, ohne befürchten zu müssen, von den Ereignissen Lügen gestraft zu werden. Denn eine solche Gegenüberstellung wäre nur möglich, nachdem das Rad der Geschichte soweit zurückgedreht wäre, dass wir wieder die geschlossene Ständewirtschaft des Mittelalters vor uns hätten. Und das ist in unserem Zeitalter des Verkehrs eine so offenbare Unmöglichkeit, dass selbst der extremste Schwärmer für Feudalismus und Zünftlertum nicht mehr an sie glaubt. Stände konnten einst, und Berufsstände können unter Umständen auch heute noch als geschlossene Einheiten kämpfen, aber Klassen, die nicht so abgegrenzt sind, dass sie mit Berufsständen zusammenfallen — und das trifft weder von der Bourgeoisie, noch von dem Proletariat zu — können das nicht. Was wir *Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat* nennen, spielt sich entweder in Teilkämpfen zwischen bestimmten Gruppen ab, die Elemente dieser Klassen bilden, oder — auf politischem Gebiete — durch das Mittelglied von Parteien, die zwar mit mehr oder weniger Berechtigung sich als Vertreter von Klassen bezeichnen mögen, aber nie die Klasse selbst sind. Es liegt dies im Wesen des politischen Kampfes, bei dem das Klasseninteresse nie ausschliesslich massgebend ist, sondern stets auch das verselbständigte Interesse der Partei hineinspielt: ein Thema, das ich in anderm Zusammenhang ausführlicher zu behandeln gedenke.

Was ist überhaupt *Klasseninteresse*? Was wir gemeinhin mit diesem Namen bezeichnen, ist zu einem guten Stück eine Unterstellung, die wir vornehmen, um das Bild der Klasse, an die wir dabei denken, aus einer Abstraktion zu einer lebensvollen Wirklichkeit zu gestalten. Das Interesse des einzelnen Fabrikanten gegenüber den von ihm beschäftigten Arbeitern ist etwas ziemlich Bestimmtes, obgleich selbst hier die Individualität des einen Fabrikanten die Sache etwas anders gestalten mag, als im Falle eines anderen Fabrikanten. Diese Unterschiede verwischen sich in der Fabrikantengruppe, sobald diese sich organisiert, aber die Fabrikantengruppe, und selbst die Gesamtheit aller denkbaren Fabrikantenvereine, ist noch immer nicht das, was den Klassenbegriff *Bourgeoisie* deckt. Wie schwer es jedoch ist, auch nur die Fabrikanten als Gesamtheit zu einheitlichem Vorgehen gegen die Arbeiterorganisationen zu bewegen, zeigt das Schicksal der Scharfmacherverbände des Unternehmertums. Es gibt da immer Sonderinteressen aller Art, die sich gegen das

<sup>1)</sup> Marx unterschied, wie Tugan-Baranowskij aus dem *Elend der Philosophie* weiter feststellt, zwei Stadien in der Entwicklungsgeschichte von Klassen: ein erstes, wo sie nur erst Klasse für andere, aber noch nicht für sich selbst ist, und ein zweites, wo sie durch bewusste Konstituierung als Klasse für sich geworden ist; letzteres gibt ihr erst die volle Eigenchaft als Klasse. Eine Marx eigentümliche Gewohnheit, gewisse Ausdrücke abwechselnd in verschiedener Deutung zu gebrauchen, die zu vielem Streit über den Sinn Marxscher Sätze geführt hat und in diesem Falle gar nicht aufrechterhalten werden kann.

vermeintliche Interesse des übrigen Unternehmertums auflehnen, es je nachdem durchkreuzen und seine Wirkungskraft abschwächen. Die Macht der Scharfmacherverbände ist denn auch keineswegs im Zunehmen begriffen. Überall zeigen sich vielmehr Anzeichen der Abbröckelung, des Einlenkens im Verhalten zu den Arbeiterorganisationen. Gelegentliche Rückfälle werden den Blick des aufmerksamen Beobachters darüber nicht hinwegtäuschen.

Man kann das Unternehmertum in seiner Gesamtheit sehr wohl als eine besondere Gesellschaftsklasse auffassen, eben als Unternehmerklasse, aber diese Unternehmerklasse ist, wie bemerkt, noch lange nicht die Bourgeoisie, sondern immer nur ein Teil von ihr, wenn auch der wichtigste Teil. Man wird aber, um das Spiel der Klasseninteressen in der heutigen Gesellschaft richtig einzuschätzen, mindestens zwischen dem industriellen und dem kommerziellen Unternehmertum zu unterscheiden haben, zwischen Fabrikantenwelt und Handelswelt, deren Interessen sich oft schärfer von einander abheben, als die Interessen von Arbeiter und Unternehmer. Wir finden daher in allen Ländern moderner Entwicklung zwar Parteien, die man mit mehr oder weniger Recht als *Bourgeoisparteien* bezeichnen kann, aber nirgends eine Partei, die man als die Partei der Bourgeoisie, als Inbegriff des ganzen selbständig wirtschaftenden oder in höherer Stellung befindlichen Bürgertums ansehen konnte. Versuche, Parteien der bürgerlichen Ordnung schlechthin herzustellen, die das gesamte Bürgertum umfassen sollen, haben hier und da unter dem Eindruck besonders heftiger politischer Erschütterungen wohl zeitweiligen Erfolg gehabt, aber nichts Dauerndes schaffen können. Je grösser der Augenblickserfolg solcher *Nicht-als-Ordnungsparteien* war, umso schneller sind sie vor der Realität der Gegensätze in der bürgerlichen Welt wieder zerfallen.

Eine Partei des Bürgertums war möglich, solange es sich darum handelte, Rechte des Bürgertums gegen die ihm gegenüberstehenden höheren Klassen, Stände und Körperschaften zu erkämpfen, das herzustellen, was man die *bürgerlichen Freiheiten* und das *bürgerliche Verfassungsleben* nennt. Einmal diese Rechte erkämpft, mussten die bürgerlichen Parteien sich andere Zwecke setzen, um ihre Existenzberechtigung zu erweisen, und da es in der bürgerlichen Welt eine gewaltige Vielheit von Zwecken gibt, diese Welt, statt sich zu vereinfachen, sich trotz Trusts, Kartellen und Warenhäusern immer stärker differenziert, mussten die spezifischen Klassenparteien des Bürgertums notgedrungen anderen Parteibildungen das Feld räumen.

Man könnte mir hier vielleicht England entgegenhalten, dieses Musterland der bürgerlichen Freiheiten und des bürgerlichen Verfassungslebens. Dort gerade, wo dieses Verfassungsleben am frühesten verwirklicht wurde, am meisten ausgebildet ist, haben sich die zwei grossen bürgerlichen Parteien am längsten erhalten und alle anderen Parteibildungen immer wieder zurückgedrängt oder aufgesogen. Spricht das nicht gegen das im vorhergehenden Ausgeführte?

Ganz und gar nicht. Denn wer die Geschichte des englischen Parteilebens kennt, der weiss auch, dass die zwei grossen historischen Parteien, die dort sich in der Herrschaft ablösen, ihre Forterhaltung nur um den Preis fortgesetzter Häutung und Verjüngung haben erkaufen können, dass dieser Verjüngungsprozess sich um so häufiger und nachhaltiger vollzogen hat, je mehr das Wahlrecht verallgemeinert respektive demokratisiert wurde, und dass selbst die Verallgemeinerung des Wahlrechts keineswegs ausschliesslich

dem Andrängen der Arbeiter zugeschrieben werden kann, sondern in nicht geringem Grade von den Parteien in eigenem Interesse verfochten und durchgesetzt wurde. Seit mehr als einem Menschenalter ist in England jedes liberale Ministerium ein Stück radikaler ausgefallen, als sein Vorgänger, und zwar nicht zufällig, weil die Parteileiter radikaler waren, sondern in notwendiger Folge der Wandlungen, die sich im Schosse der Partei und ihres Gefolges selbst vollzogen hatten. Ähnlich in der konservativen Partei. Beide Parteien konnten sich als grosse regierende Parteien am Leben erhalten, weil sie von ihrem ursprünglichen Klassencharakter immer grössere Stücke preisgaben, die spezifischen Klasseninteressen ihrer alten Gefolgschaften — worüber es der Klagen genug gegeben hat — schrittweise verrieten.<sup>2)</sup> Grosse bürgerliche Parteien können heute überhaupt nur noch durch den Verrat irgend welcher bürgerlicher Sonderinteressen ihr Leben erhalten. Und wo das Bürgertum sich in kleine Interessentenparteien zersplittert, die sich als Fähnlein der ganz und gar Aufrechten gebenden, da besorgt den Verrat im Notfall die unparteiisch über diesen Aufrechten waltende Regierung. So will es trotz allen Sturmrennens wider Posadowsky die Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens mit der steigenden Zunahme der Arbeiterklasse an Zahl, sozialer Bedeutung und sozialpolitischem Emanzipationsdrang.

Auf seiten der Arbeiter steht es fast umgekehrt, wie auf seiten der bürgerlichen Klassen. So grosse Unterschiede in Bildungsgang, Arbeitsart, Lohnhöhe und Arbeitsweise zwischen Arbeiter und Arbeiter heute bestehen, so dass man mit Fug und Recht auch von Arbeiterklassen, statt von einer einzigen Arbeiterklasse, reden kann, so treten sie in den grossen politischen Kämpfen der Gegenwart doch gegen die Tatsache zurück, dass allen Arbeitern das eine gemein ist: eben Lohnangestellter und nicht Betriebsinhaber zu sein. Der moderne Arbeiter ist am Bestande des einzelnen Unternehmens, in dem er gerade arbeitet, nur sehr mässig interessiert. Solange er jung und unverheiratet ist, macht er sich über den Wechsel der Arbeitsstelle selten Kopfschmerzen. Beim verheirateten Arbeiter ändert sich dies allerdings, aber der Ausbau der Arbeiterorganisationen mit ihren Hilfs- und Versicherungseinrichtungen nimmt dem Arbeitswechsel doch auch für ihn einen Teil seiner Schrecken, und da sein Einkommen durch die allgemeine Marktlage, heute auch immer mehr durch den Arbeitstarif der betreffenden Industrie, nicht aber durch Gewinn oder Verlust des Unternehmens bestimmt ist, in dem er gerade arbeitet, kann das Sonderinteresse an diesem Unternehmen im Gegensatz zu einem anderen, selbst da, wo es vorkommt, immer nur eine untergeordnete Rolle spielen gegenüber der Berufs- und Klassensolidarität, die ihn mit den Arbeitern jenes andern Unternehmens verbindet. Es mag hier und da eine stärkere Form annehmen und zu wirklichen Konflikten führen, aber das sind Einzelfälle, die in der Masse verschwinden und die politische Stellungnahme unberührt lassen. Ebenso mit

<sup>2)</sup> Als Disraeli 1866 bei den Debatten um die damalige Wahlreformbill die Tories bewog, im Parteiinteresse eine der von ihnen ursprünglich im Klasseninteresse verlangten Vorbeugebestimmungen nach der andern fallen zu lassen, wurde dies von einem der klassenbewussteren Führer der englischen Aristokratie, dem späteren Lord Salisbury und damaligen Lord Cranbourne, als »ein in unseren Parlamentsannalen beispielloser politischer Verrat« bezeichnet, und ein Gesinnungsgenosse, Lord Peel, höhnte erbittert, aus diesem Vorgang könne man lernen, dass »nichts weniger vital ist, als eine vitale Bestimmung, nichts unsicherer, als die in der Vorlage gebotenen Sicherheiten, und nichts elastischer, als das Gewissen eines Ministers«. Achtzehn Jahre später bot Lord Salisbury, inzwischen Führer der Konservativen geworden, die Hand zur Durchführung einer Wahlreform, die zehnmal so revolutionär war, wie die Disraelische.

den möglichen Interessengegensätzen von Industrie gegen Industrie. Eine unproportionierte Lohnsteigerung in der einen Industrie kann schon einmal die Wirkung haben, in einer anderen Industrie Stockungen hervorzurufen. Aber da sie und solange sie die Arbeiter nur erst durch das Mittelglied von Unternehmern hüben und drüben trifft, wird sie tiefere, sich ins Politische übersetzende Gegensätze zwischen den Arbeitern hüben und drüben nicht zur Folge haben.

Kurzum, auf seiten der Arbeiter treibt die ganze moderne Entwicklung zur politischen Vereinheitlichung. Gleichviel, welche doktrinären, konfessionellen oder nationalistischen Gegensätze in der Arbeiterschaft noch obwalten mögen, die politische Entwicklung zeigt überall deutlich die Tendenz, sie zu gunsten der gemeinsamen Aktion in den Hintergrund zu drängen. Ob die Arbeiter eigene Vertreter als *rote, blaue, gelbe* oder *schwarze* in die Volksvertretungskörper entsenden, wo nicht direkter Verkauf der anvertrauten Interessen stattfindet, der aber auf die Dauer nicht vorhält, stellt sich mit Notwendigkeit zunehmende Annäherung in den meisten Forderungen heraus. Und ebenso notgedrungen wird diejenige Arbeiterpartei auf die Dauer die grösste politische Anziehungskraft auf die Arbeiter ausüben, welche die Arbeiterinteressen ohne Rücksicht auf die Interessen anderer Klassen wahrnimmt, das heisst die Sozialdemokratie.

Im Gegensatz zur Angriffskraft der bürgerlichen Parteien ist ihre Angriffskraft in allen Industrieländern in stetem Wachstum begriffen. Insofern ist das Bild der politischen Entwicklung in allen diesen Ländern das gleiche. Aber damit hört auch die Ähnlichkeit auf. Die Anschauung oder Theorie — wie man es nennen will —, dass nun auch notwendig die bürgerlichen Parteien immer reaktionärer werden, wird durch die Erfahrung nicht bestätigt. Hier zeigen die verschiedenen Länder die grössten Verschiedenheiten. Obgleich sich allerwärts Interessenkämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern immer grösseren Umfanges und oft in ausserordentlich zugespitzter Form abspielen, sehen wir in den meisten Ländern bürgerlich radikale Parteien sich forterhalten und, statt nach rechts, nach links hin entwickeln. Beispiele dafür wurden oben gegeben und können noch erheblich vermehrt werden.

Woher diese Erscheinung? Warum statt der *einen reaktionären Masse* immer wieder *Blocks* von bürgerlichen Radikalen mit Sozialdemokraten?

Die nächstliegende Erklärung ist die, dass es zwischen der eigentlichen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse noch grosse Zwischenschichten oder Klassen gibt, deren Interessen teils diesem, teils jenem Lager zuneigen. Diese Zwischenschichten werden als solche nicht verschwinden, sind aber fast durchgängig in beständiger Umbildung begriffen und schwanken daher in ihrer politischen Parteistellung. Auf sie üben ideologische Einflüsse, geschichtliche Überlieferungen, Machtverhältnisse in der Staatsverwaltung den grössten Einfluss aus. Sie haben keine scharf abgegrenzten Klasseninteressen und bilden das Rekrutierungsfeld für alle möglichen Parteien. Hierhin gehört das Heer der Beamten aller Art, der Angehörigen der sogenannten *freien Berufe*, die Masse der Detailhändler, der Kleinmeister, der Kleinbauern u. s. w. Aber auch in der eigentlichen Bourgeoisie fehlt es nicht an Elementen, deren Klassen Gegensatz zur Arbeiterbewegung nur ein vermittelter ist und Raum für politische Ideologien aller Art lässt, und wie in der Fabrikantenwelt der Typus des

zu verständigem Verhandeln mit den Arbeitern geneigten Unternehmers nicht fehlt, so fehlt es auch nicht an solchen Bourgeois, die gerade von der politischen Demokratie, wenn nicht die Rettung ihrer Klasse, so doch die Rettung einer friedlichen Weiterentwicklung der Gesellschaft erhoffen.

Damit sind wir bei der zweiten, tieferen Erklärung der obigen Erscheinung angelangt. Tatsächlich zeigt die Erfahrung, dass mit der Macht der Arbeiterklasse die Neigung zu ungestümem Vorgehen keineswegs in gleicher Proportion wächst. Auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbewegung ist das keinem Sachkenner mehr ein Geheimnis. Es ist aber auch auf politischem Gebiete nicht anders. Macht ist, wo es sich um aufstrebende Parteien handelt, immer ein erzieherischer Faktor, weil sie das Verantwortlichkeitsgefühl entwickelt und die zweckmässige Verwendung der erlangten Kraft lehrt. Von einer vorher unorganisierten Arbeitermasse wären in einer Revolutionsepoche die wildesten, rein zerstörerischen Massnahmen zu gewärtigen. Von einer durch die Schule der Gesetzgebung im Staat und in der Verwaltung der Gemeinden gegangenen, als Partei und in Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft ist mit Sicherheit anzunehmen, dass sie, selbst wenn ihr die volle politische Gewalt zufällt, ihre Massnahmen in dem Bewusstsein treffen und auszuwählen verstehen wird, dass an dem Fortgange der Produktion keine Gesellschaftsklasse stärker interessiert ist, als die Arbeiterklasse selbst. An der praktischen Schulung zur Ausübung der politischen Macht hat aber die Arbeiterklasse ebenso ein Interesse, wie an der Organisation. Die Eroberung der politischen Macht, die Entwicklung politisch-demokratischer Einrichtungen ist aber vielfach nur durch Koalitionen der sozialdemokratischen Arbeiterparteien mit den bürgerlichen demokratischen Parteien zu erlangen und sicherzustellen. Daher die sogenannten *Blocks* der Linksparteien, die scheinbar dem Gedanken des Klassenkampfes widersprechen.

Es liegt im Wesen der politischen Kämpfe, dass Nachbarparteien sich oft am erbittertsten befehden, denn sie werben zum guten Teil um die Stimmen der gleichen Bevölkerungskreise, und es sind die einen für ihr Wachstum auf die Schwächung der anderen angewiesen. Dies, während die allgemeine politische Lage oft gerade die gegenseitige Stärkung erfordert. Hier liegt ein Problem, das mit wenigen Worten nicht zu erschöpfen ist. Für die politischen *Blocks* gibt es keine auf alle Verhältnisse passende Formel. So halte ich zum Beispiel die auf einen Block der Linken gerichteten Bemühungen Theodor Barths und seiner politischen Freunde, soweit die Reichstagswahlen in Betracht kommen, in Norddeutschland und speziell Preussen auf lange hinaus für aussichtslos. Dagegen wäre, sofern die freisinnigen Wähler dafür zu gewinnen wären, ein Block der Linken für die Wahlen zum preussischen Landtag etwas durchaus Aussichtsvolles. Bei den Wahlen zum Reichstag sind die Freisinnigen in Stichwahlen — und die kommen ja im Norden nur noch für sie in Betracht —, wo ein demokratischer Freisinniger einem Reaktionär gegenüber steht, der Stimmen der Sozialdemokraten jetzt schon sicher; sie würden also durch einen Block nichts gewinnen und könnten ihrerseits auch nichts geben. Ganz anders bei der Landtagswahl. Hier können die Freisinnigen so gut wie nichts mehr verlieren, und die Sozialdemokraten überhaupt nur gewinnen. Hier sind also, sofern die Freisinnigen ernsthaft eine demokratisch-radikale Politik treiben wollen, die günstigsten Vorbedingungen für eine politische Kooperation ge-


geben. Es handelt sich nur darum, der freisinnigen Wählerschaft diesen Willen beizubringen. Das ist angesichts ihrer heutigen Disposition freilich eine Riesenaufgabe, und man kann dem Mut, mit dem die kleine Garde der Barthschen sie auf sich genommen hat, gewiss alle Anerkennung zollen.

Soll sie Erfolg haben, so gehört dazu auf freisinniger Seite auch richtiges Verständnis für das Wesen des sozialdemokratischen Kampfes. Da ist es nun schwer begreiflich, warum in der *Nation* immer wieder gegen die Klassenkampflehre Sturm gelaufen wird. Gewiss, für bürgerlich-demokratische Parteien hat die Proklamierung des Klassenkampfes heute keinen Sinn, denn als Klasse hat das Bürgertum nach vorwärts kaum noch etwas zu erkämpfen. Gegen die Rechtsparteien kämpft der bürgerliche Liberalismus oder Radikalismus keinen Klassenkampf im grossen emanzipatorischen Sinne mehr, sondern einen Kampf gegen die Sonderansprüche kleiner privilegierter Koterieen, gegen veraltete Staatseinrichtungen und eine falsche bürgerliche Politik. Anders auf seiten der Arbeiterklasse. Sie kämpft einen gesellschaftlichen Emanzipationskampf und muss diesen als Kampf der Klasse auffassen und führen, soll er nicht zur Zersplitterung in kleine Kämpfe von Sondergruppen ausarten, die dann gerade jenen zufünftigen Charakter annähmen, den liberale Pamphletisten so oft in den Bestrebungen der Sozialdemokratie gesucht haben.

Klassenkämpfe — und damit kehren wir zum Ausgangspunkt dieses Artikels und dem dort zitierten Brief zurück — hat es in der Geschichte gegeben, solange es Klassenunterschiede gibt, und wird es geben, solange Klassenunterschiede bestehen. Sie bilden naturnotwendige und zugleich auch zwecknotwendige Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklung. Ihre Formen wechseln mit der Natur der gesellschaftlichen Einrichtungen und den Formen der jeweiligen Klassenherrschaft. Je brutaler diese und starrer jene, um so heftiger, gewalttätiger naturgemäss der Klassenkampf der Unterdrückten. Je mehr dem Gesetz unterworfen die Herrschaft und je biegsamer, das heisst entwickelungsfähiger die Gesetzeseinrichtungen, um so humaner und gesetzmässiger auch die Formen des Klassenkampfes, der in dem Masse verschwinden wird, in dem die Klassenunterschiede durch Schaffung sozialistischer Gesellschaftseinrichtungen beseitigt werden, was freilich nicht von heute auf morgen geschieht.

XX

## GABRIEL DEVILLE ~ BETRACHTUNGEN ÜBER DIE KAMMERWAHLEN UND DIE SOZIALISTEN IN FRANKREICH

 OR anderthalb Jahren legte ich in dieser Zeitschrift die tatsächliche Situation der französischen Sozialisten dar<sup>1)</sup>: da gab es *Reformisten* auf der einen Seite, auf der anderen *Revolutionäre*, und zwischen ihnen eine sehr zahlreiche Kategorie, die die Vorteile beider Richtungen sich zu sichern suchte, indem sie handelte wie die ersten, aber sprach wie die zweiten. Als ich jenen Artikel schrieb, waren alle sozia-

<sup>1)</sup> Vergl. meinen Artikel *Revolutionärer und reformistischer Sozialismus in Frankreich* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, I. Bd., pag. 17 ff.

listischen Abgeordneten *ministeriell*; sie unterstützten das Ministerium Combes, das Gegenstand der immer wiederholten reaktionären Angriffe war. Die Reaktion versuchte, durch fortgesetzte Attacken die Majorität zu erschüttern, die zwar aushielt, aber doch manchmal auf 10, auf 4, ja sogar auf 2 Stimmen zusammenschumpfte. Vom Dezember 1904 ab war es klar, dass sich das Ministerium Combes nur noch mit Mühe längere Zeit halten konnte; gerade zu jener Zeit — ohne dass übrigens ein Kausalnexus zwischen den beiden Vorgängen bestanden hätte — änderte Jaurès seine Haltung, sprach von Austritt aus der Delegation der Linken und hörte schliesslich auf, an ihren Sitzungen teilzunehmen. Wie ihr Name sagt, war diese Delegation eine Vereinigung von Vertretern der verschiedenen Gruppen der Linken in der Kammer, sonst auch *Block* genannt, die sich, mit Ausnahme der damals aus 13 Mitgliedern bestehenden *revolutionären* Gruppe, über die einzuschlagende Marschroute verständigten.

Seit dem Juni 1899, dem Amtsantritt des Ministeriums Waldeck-Rousseau, hatte Jaurès die weitgehende Einigung aller Republikaner gepredigt. Als er in dieser Frage auf dem Amsterdamer Kongress in der Minorität geblieben war, war er wohl als ein Geschlagener, aber nicht als ein Bekehrter zurückgekommen; in der *Humanité* vom 22. August 1904 schrieb er: »Guesde und Vaillant waren gezwungen, sich in die beklagenswerteste und für sie gefährlichste Situation zu begeben, lediglich um den Kampf gegen uns weiterzuführen.« Und noch am 8. Dezember: »Welchen Unverschämtheiten und Gewalttätigkeiten würden wir ausgeliefert sein, wenn die Vereinigung der republikanischen Majorität in die Brüche ginge, wenn ihre Tatkraft erlahmte!« Sechs Tage später, am 14. Dezember, veröffentlichte die *Humanité* die Erklärungen der verschiedenen sozialistischen Gruppen, die eben über die Bedingungen der Vereinigung beraten hatten. Die Partei von Vaillant und Guesde bestimmte »Austritt aus dem Block und Abschaffung der Delegation der Linken«, und die Partei von Jaurès erklärte, »dass die Delegation der Linken nur eine vorübergehende Praxis gewesen sei, die ihr in einer gegebenen politischen Situation nützlich und notwendig erschienen sei, und dass ferner diese Delegation tatsächlich bereits aufgehört habe, zu bestehen, und nicht wieder erneuert werden werde«. Wahr ist freilich, dass die Delegation zu jener Zeit weniger regelmässig funktioniert hatte, als vorher, weil nämlich eine Anzahl von Mitgliedern sich mehr um die Zusammensetzung des zukünftigen Ministeriums, als um die Unterstützung des bestehenden kümmerte. Aber es wurden Zusammenkünfte abgehalten, an denen Jaurès die Beteiligung abgelehnt hat; und ich selbst war eines Tages Zeuge des eigenartigen Schauspiels, dass Vaillant Jaurès hat, er möge sich doch zu einer dieser Zusammenkünfte begeben und dort den Versuch machen, den Block aufrecht zu erhalten und das Ministerium zu retten!

Ende 1904 konnte es niemandem entgehen, dass das Ministerium Combes sich nicht mehr lange halten konnte; man erörterte verschiedene Kombinationen, und bei einigen von ihnen wurde der Name Aristide Briands genannt. Jaurès wollte von dem Eintritt eines Sozialisten in das Ministerium nichts wissen, und ich bin immer der Überzeugung gewesen, dass die Furcht vor dem Eintritt eines solchen Ereignisses viel dazu beigetragen hat, ihn zur Aufgabe der Blockpolitik zu bestimmen und ihn zu allen den Konzessionen



für die Verwirklichung einer sozialistischen Einigung zu treiben: eine solche Vereinigung war nach seiner Meinung, kraft der von ihr statuierten Disziplin, allein geeignet, einen solchen Schritt zu verhindern. Ich brauche nicht ausdrücklich hinzuzufügen, dass nach meiner Überzeugung dabei nicht die geringste persönliche Abneigung gegen Briand mitsprach; ich glaube vielmehr, dass er sich ganz genau so verhalten hätte, wenn es sich um einen anderen gehandelt haben würde: Jaurès war der Beteiligung eines Sozialisten an der Macht in Form der Annahme eines einfachen Ministeriums absolut abgeneigt. Ich glaube ferner, dass er der Bildung des Ministeriums Rouvier, die sich ohne die Teilnahme eines Sozialisten vollzog, gerade deshalb sehr günstig gestimmt war, weil er Angst gehabt hatte, es könne ein Sozialist in das Ministerium eintreten. Ich will nicht in die Einzelheiten der Vorgänge von damals eindringen. Die Einigung vollzog sich gegen den Widerstand der grossen Mehrheit der sozialistischen Parlamentsfraktion, die endlich den unablässigen Anstrengungen Jaurès' nachgab; ohne ihn wäre es bestimmt nicht dahin gekommen. Ende April 1905 wurde die Einigung auf einem Kongress in Paris ratifiziert, zu dessen Einleitung im *Tivoli-Vauxhall* eine grosse Versammlung zur Feier der Vereinigung stattfand. Gerade in dieser Versammlung protestierte Gustave Hervé, der eben erst zum Mitglied der ständigen Verwaltungskommission der Partei ernannt worden war, gegen diejenigen, welche »versucht haben, den Internationalismus und den Patriotismus, die ihrem Wesen nach unvereinbare Gegensätze sind, zu vereinigen«. Das war der Anfang dessen, was man seither den *Hervéismus* genannt hat.

Auf einem nach Chalon-sur-Saône auf Ende Oktober 1905 zusammenberufenen Parteitag musste die Frage der Wahltaktik gelöst werden. Der Parteitag bestimmte, »dass es die Pflicht der sozialistischen Partei ist, überall bei den Hauptwahlen Klassenkampfkandidaturen aufzustellen und überall die Wahlhandlung der Partei zu organisieren«. Er fügte hinzu, dass die Gruppen und Föderationen »den Wahlkampf überall organisieren sollen, wo er nicht unmöglich ist«. Was den Verzicht nach der Hauptwahl anlangt, »so überlässt der Parteitag die Entscheidung über die Haltung bei der Stichwahl den Föderationen, in dem Vertrauen, dass sie ihre Entscheidung zum Wohle des Proletariates und der sozialen Republik treffen werden«. Endlich wurden noch zwei Resolutionen gegen diejenigen angenommen, die die grosse Kühnheit haben, sich *Sozialisten* zu nennen, ohne der geeinten Organisation anzugehören. Die erste bezeichnet man gewöhnlich mit dem Namen *Resolution Cambier*. Sie wurde von der Föderation der Seine am 10. Juli 1905 einstimmig angenommen und lautet folgendermassen:

»Wenn dem Kandidaten der geeinigten sozialistischen Partei ein anderer Kandidat gegenübersteht, der sich als *Sozialist* bezeichnet, so darf er unter keinen Umständen zu dessen Gunsten verzichten.«

Der Pariser Gemeinderat Fribourg fragte nach diesem Beschluss, ob die Kandidaten der geeinigten Partei, wenn sie die meisten Stimmen erhalten sollten, den Verzicht unabhängiger Sozialisten annehmen würden. Auf diese indiskrete Frage blieb die Antwort aus. Die zweite Resolution hat folgenden Wortlaut:

»In allen Wahlkreisen, wo Kandidaten auftreten, die sich als *Sozialisten* bezeichnen, ohne der sozialistischen Partei anzugehören, sollen durch die Föderation oder gegebenenfalles durch den *Nationalrat* Plakate mit der Unterschrift des Parteisekretärs und der Mitglieder der sozialistischen Kammerfraktion angeschlagen werden, wonach diese Kandidaten nichts mit der sozialistischen Partei zu tun haben. Dieser

Aufruf soll durch die ständige Verwaltungskommission verfasst werden, der es auch obliegt, ihn drucken zu lassen und darüber zu wachen, dass er überall angeschlagen wird, wo es nötig ist.«

Mit solchen Angelegenheiten beschäftigt, hatte der Parteitag keine Zeit, ein Programm zu entwerfen, was offenbar seinen Mitgliedern gute Veranlassung gab, später anderen Leuten vorzuwerfen, sie hätten keins; er tadelte die Fraktion der geeinigten Abgeordneten, weil sie »das Ministerium Combes gerettet hätte«; ferner äusserte er den Wunsch, »dass die Einigung der Kammerfraktion die Kraft verleihen möge, sich im Parlament abgesondert zu halten, und dass man von ihr nicht wieder solche Vorschläge ausgehen sehen möge, die auch von Bürgerlichen gemacht sein könnten«. Der *Socialiste* erklärte voll gerechten Stolzes:

»Offen und klar, ohne Umschweife und Zweideutigkeit hat sich die Partei als das erklärt, was sie ist: Partei der Arbeiterklasse, grundsätzlich geschieden von allen Parteien der bürgerlichen Klasse und unentwegt entgegengesetzt ihnen allen, indem sie an die Spitze ihrer Bemühungen die Umwandlung des Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum stellt.«

So die Theorie, die Worte; sehen wir uns nun die Praxis, die Handlungen an. In der früheren Kammer zählte die Fraktion der geeinigten Sozialisten 40 Mitglieder, die der unabhängigen Sozialisten 14 Mitglieder; 2 Sozialisten sind dabei nicht mitgezählt, der eine, ehemaliger Minister, Millerand, der andere, zurzeit Minister, Briand. Da ergibt sich nun, dass die 40 geeinigten Sozialisten so gehandelt haben, dass die sozialistische Einigung die Materialisation des Dogmas von der Dreieinigkeit darstellt, als welches das Dasein eines einigen Gottes in drei Personen behauptet: sie sind drei, aber diese drei sind doch wiederum nur einer. Ebenso offenbarte die sozialistische Vereinigung bei den meisten wichtigen Abstimmungen die Existenz von drei verschiedenen Gruppen; die einen stimmten für, die anderen stimmten gegen, und die dritten enthielten sich. Ich weiss nicht, wie es gewesen wäre, wenn sie nicht geeinigt wären; aber ich stelle fest, dass ihre Einigung mindestens die Dreiheit von Auffassung und Handlung umschliesst. Vom parlamentarischen Standpunkte aus hat also die Einigung tatsächlich keine grosse Veränderung mit sich gebracht. Bei der Konstituierung des Ministeriums Sarrien wurde die Vertrauensfrage für das neue Ministerium von 17 Geeinigten bejaht, einer war beurlaubt, und 22 haben sich der Abstimmung enthalten. Nicht ein einziger hat diesem bürgerlichen Ministerium *unentwegt* opponiert; nicht ein einziger hat dagegen gestimmt; der Klassenkampf der wildesten Intransigenten hat die Form einer Stimmenthaltung angenommen, einer zweifellos sehr *revolutionären* Enthaltung, aber immerhin einer Enthaltung. Am 15. Februar 1906 war es ihnen bei Gelegenheit der Interpellation über die Aufsicht über die Lebensversicherungsgesellschaften möglich, das Ministerium Rouvier zu stürzen; Jaurès erkannte das an; sie haben sich aber sehr wohl gehütet, es auch nur zu versuchen. Durch Herrn Ribot, und nicht durch die Sozialisten, wurde drei Wochen später dieses Ministerium gestürzt. Tatsächlich hat die Einigung, die für viele ihrer Mitglieder eine Sicherung gegen die Gefahren gewisser Angriffe oder der Konkurrenz bei den Wahlen bedeutete, nicht im allermindesten ihre Handlungsweise geändert; sie bemühen sich, die Vorteile der Opposition mit denen des *Ministerialismus* zu vereinigen. Den Klassenkampf betreiben sie öffentlich, in den Ministerkabinetts und in den Wandelgängen der Kammer aber stehen sie recht vertraut mit den *Kommis der herrschenden*

*Klasse*. Der Erfolg ist, dass sie über eine Wählerschaft verfügen, die zum Teil weniger wegen der proklamierten Grundsätze zu ihnen hält, als wegen der Vorteile, die sie sich von ihrem Abgeordneten versprechen.

Sind die von den geeinigten Sozialisten gepredigten Grundsätze die selben während der Zeit des sozialistischen Parteitages und während des Wahlkampfes? Das will ich jetzt einmal untersuchen.

In der *Humanité* vom 15. September 1905 schrieb Jaurès:

»Es ist unser Wille, wie unsere Pflicht, leidenschaftlich dafür zu kämpfen, dass der Kommunismus und der Internationalismus in das Bewusstsein und in die Politik Frankreichs ihren Einzug halten . . . Dass dieser intensive und direkte Versuch der sozialistischen Partei, den Kommunismus und den Internationalismus zu verbreiten, Wahlabmachungen mit den Radikalen viel mehr erschwert, als die Verteidigung der bedrohten Republik und der Kampf für die Trennung von Kirche und Staat, das liegt auf der Hand.«

Müheles von der Wahrheit dieses Ausspruches überzeugt, haben die Kandidaten der vereinigten Partei Sorge dafür getragen, ihren Kommunismus und ihren Internationalismus beträchtlich abzuschwächen oder ganz in der Versenkung verschwinden zu lassen.

Einer der Führer der geeinigten Partei, der durch seine unentwegte Orthodoxie bekannte Louis Révelin, war am 3. Dezember 1905 Kandidat im zweiten Wahlkreis von Reims; am Tage nach der Wahl sagte die *Humanité*: »Der Name des Kandidaten gibt die Gewähr, dass die sozialistische Lehre in aller Vollständigkeit, ohne jeden Rückhalt und jede Zweideutigkeit in Theorie und Taktik dargelegt worden ist.« Im *Socialiste* vom 9.-16. Dezember pries Jean Longuet den Wahlkampf Révelins als einen »musterhaften Wahlkampf« hinsichtlich der Eigentumsfrage. Vor mir liegt das Original des Programmes von Révelin, und ich lese da:

»Bemächtigt Euch der Macht, um zu gunsten der Arbeiter, zu gunsten der geeinten und mit einander versöhnten Menschen das individuelle sozialistische Eigentum aufzurichten, begründet auf der klugen Ausnützung der Naturkräfte, auf der gemeinsamen Tätigkeit, auf der sozialen Kraft der Arbeit, auf dem gemeinsamen Besitz der Produktionsmittel.«

Während der ganze Rest dieses Satzes in gewöhnlichen Lettern gedruckt worden ist, stehen die Worte *das individuelle sozialistische Eigentum* in sogenannten ägyptischen Lettern von fabelhafter Grösse da. Ich behaupte gar nicht, dass der Satz theoretisch falsch sei; tatsächlich sage ich schon lange Zeit das selbe. Aber ich bin ja jetzt auch nur noch ein armer unabhängiger Sozialist, und vor ungefähr acht Jahren wurde ich gerade wegen dieses Satzes und wegen der Behauptung, das individuelle Eigentum könne auch in der sozialistischen Wirtschaftsordnung aufrecht erhalten werden, in der blanquistischen Zeitschrift, die Argyriadès herausgab, heftig angegriffen. Auf alle Fälle kann ich wohl behaupten, dass der von Révelin aufgestellte Satz doch nur mit einiger Schwierigkeit als eine unzweideutige Erklärung des Kommunismus gelten kann. Es ist mir sogar schmerzlich, mir vorstellen zu müssen, welche Qualen Genosse Pressensé bei seiner Lektüre ausstehen musste, der in der *Humanité* vom 26. April 1905 in seinem Purismus »die Unterdrückung der mörderischen Fiktion des individuellen Eigentums« forderte.

Am 10. Dezember 1905 fand eine andere Nachwahl statt, im fünften Wahlkreis von Lyon. Der Kandidat der geeinigten Partei hiess Moutet, und die geeinigte Partei schlug in einer grossen öffentlichen Versammlung nach einer Rede des

revolutionären Abgeordneten Dejeante eine Resolution vor, die auch angenommen wurde:

»In Anbetracht dessen, dass die sozialistische Partei vor allem eine Partei des Friedens, der Vereinigung und der Eintracht ist, dass sie durch den Sozialismus, durch ihren unablässigen Kampf für ihr edles Ziel zur Umgestaltung der heutigen Gesellschaft in eine Gesellschaft erhöhter Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Gleichheit gelangt, haben die Wähler, indem sie Moutet ins Parlament schicken, die feste Überzeugung, dass er immer die Verteidigung der Interessen des Kleinhandels, der Armen und Unterdrückten im Auge haben wird.«

Als kommunistische Erklärung ist das etwas mager, und ich kenne einfache Radikale, die eine solche Resolution unbesehen unterschreiben würden.

Am 17. Dezember 1905 gab es eine dritte Nachwahl, im zweiten Wahlkreis von Toulouse. Der Kandidat der geeinigten Partei ist Gabriel Ellen Prévôt, ein Redakteur der *Humanité*. Da der Wahlkampf Révelins der »musterhafte Wahlkampf« gewesen war, so brauchte sich Prévôt nur nach ihm zu richten. So schlägt er denn auch in seinem Glaubensbekenntnis vor, »das private kapitalistische Eigentum durch das individuelle sozialistische Eigentum zu ersetzen«; er richtet seinen Appell an die »kleinen Händler« und an die »kleinen Eigentümer« und spricht von Klassenkampf nur, um darüber zu sagen: »Vereinigt Euch, um ihm ein Ende zu machen!« Der Kommunismus scheint mir hier doch einer leichten Veränderung unterworfen zu sein.

Was den Internationalismus anlangt, so haben die Kollegen Gustave Hervés — nach meiner Ansicht sehr richtig — ihn überall auf das glücklichste mit dem reinen Patriotismus zu vereinen gewusst; Hervé hatte eben nur das Pech, diese Vereinigung für unmöglich zu erklären. In diesem Punkte haben sich die Kandidaten der geeinigten Partei auf eine Empfehlung einer friedlichen Politik beschränkt.

Sehen wir uns nun die allgemeinen Wahlen an:

Für die allgemeinen Wahlen zur Kammer im Mai hatte der *Nationalrat* der geeinigten Partei ein Manifest an die Arbeiter Frankreichs gerichtet, in dem die Rede davon ist, »das gesellschaftliche Eigentum an die Stelle des kapitalistischen Eigentums zu setzen« und »für alle Produzenten das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln« zu verwirklichen. Das ist, in Ansehung des Kommunismus, ein bisschen klarer, als was wir soeben gesehen haben, ohne indessen gerade sehr weit zu gehen. Aber kein Wort über den Internationalismus, nicht einmal eine Anspielung ausser dem folgenden Satz:

»Die internationale Arbeiterbewegung muss sich rühren und regen sowohl für die Unabhängigkeit der Nationen, wie für den Weltfrieden. Sie muss in der unverletzlichen Freiheit der Völker die freie Entwicklung des Proletariates der ganzen Welt sichern.«

In einer zu Missverständnissen Anlass gebenden Form ist diese Erklärung in Wirklichkeit mehr national, als international, zumal in dem Sinne, den — meiner Ansicht nach mit Unrecht — die Anhänger der geeinigten Partei dem letzten Worte mehr und mehr gegeben haben. Allgemeine Plakate, wie dieses Manifest, auf denen der Name des Kandidaten nur ganz klein unten am Rande neben dem Namen des Druckers in der Form *Gesehen! Der Kandidat* angegeben ist — man macht das so, um einen Stempel zu sparen —, haben übrigens für den Wahlkampf keine grosse Bedeutung; man kann sich in ihnen, ohne Gefahr zu laufen, Stimmen zu verlieren, Behauptungen leisten, die man in den persönlichen Plakaten sorgfältig bei Seite lässt. So hat die Föderation der

Seine ihre Kandidaten der Wählerschaft durch einen Anschlag vorgestellt. Darin sind zwar die Namen grösser gedruckt, die Prinzipienklärungen aber dafür weniger klar ausgedrückt, als in den Plakaten des *Nationalrats*. Über die Frage des Kommunismus sagt sie den Wählern:

»Das Eigentum, die Frucht der Arbeit und die Voraussetzung der Unabhängigkeit, ist das Vorrecht einer Klasse, die sich seiner als ein Werkzeug der Unterdrückung bedient . . . Ihr wollt mit uns jedem Menschen seine Würde und seine Freiheit wiedergeben, indem Ihr ihn zum Eigentümer seiner Arbeitsmittel macht.«

Über die Frage des Internationalismus sagt sie überhaupt kein Wort.

Für die Wähler ausschlaggebend sind lediglich die Erklärungen der Kandidaten selber. Und da muss ich bemerken: Die *revolutionären* Kandidaten waren weit davon entfernt, auf ihren Wahlplakaten frank und frei diejenigen Ansichten auszusprechen, die in der Partei gebräuchlich sind, wenn es sich nicht um Wahlen handelt. Diejenigen, die Aussicht auf Sieg hatten, haben sich vorzugsweise auf die Politik des republikanischen Blocks beschränkt. Der *Klassenkampf* des Genossen Pressensé, der es in der Kammer besonders eilig hatte, aus dem Block auszutreten, hat lediglich die Gestalt eines Kampfes für die republikanische Vereinigung angenommen. Und worauf haben diejenigen sozialistischen Gruppen zu Paris, die die Kandidatur von Paul Lafargue gegen Millerand unterstützten, bei der Wahl den Hauptnachdruck gelegt? Darauf, dass Millerand »der leidenschaftliche Gegner des republikanischen Blocks und des Ministerium Combes«, darauf, dass er mit Herrn Doumer gegangen sei, um »die Präsidentschaft des aufrichtigen Republikaners Fallières unmöglich zu machen«, darauf, dass er »die Republik durch die Pfaffenherrschaft ersetzen« wollte; das war übrigens eine lächerliche Verleumdung, die aber sehr gut zeigt, auf welchen Boden man sich stellte, um »die republikanische und sozialistische Kandidatur« Lafargues zu unterstützen. Diese Gestalt nahm also stellenweise der Wahlkampf an, der nach dem *Socialiste* »von einem Ende des Landes bis zum andern ohne Zweideutigkeit und ohne rednerische Verkläuterungen auf dem Boden der Klasse geführt wurde«. Die sogenannten *Revolutionäre* sind eben gegen sich selbst gerade so nachsichtig, wie gegen die anderen streng.

Auch die Reden, die Jaurès im Wahlkampf hielt, stimmen wenig mit den allgemeinen Erklärungen der geeinigten Partei überein. Die *Humanité* brachte am 9. April einen Bericht über eine Wählerversammlung in Carmaux, der, wie folgt, schliesst:

»Dann setzt Jaurès auseinander, dass die am Vorabend der Wahlen entfesselte Agitation kein anderes Ziel hat, als den demokratischen Aufschwung zu lahmen und die Durchführung tiefgreifender fiskalischer und sozialer Reformen zu hindern, die unbedingt notwendig sind, aber nur durch eine aufrichtig demokratische Mehrheit durchgeführt werden können.«

Die *Humanité* vom 29. April hat unter anderem den Wortlaut seines Glaubensbekenntnisses veröffentlicht. Wir geben hier seine Erklärungen ohne Kommentar wieder.

Über den Klassenkampf: »Ich richte meinen Appell vertrauensvoll an alle Arbeiter, Bergarbeiter und Glasarbeiter, Bauarbeiter und Eisenbahner, an die landlichen Tagelöhner, an die Pächter, an die Bauern, an die kleinen Händler, an die Kunsthandwerker.«

Über die unentwegte Opposition gegen alle anderen Parteien: »Ich habe das Recht, meinen Appell auch an alle demokratischen Republikaner zu richten.«

Über den Kommunismus: »Die Organisation des Gemeineigentums wird das bauer-

liche Eigentum vollkommen respektieren und es, weit entfernt, es abzuschaffen, vielmehr unterstützen, indem es ihm Erleichterung von vielen Steuerlasten, von der Hypothek, vom Wucher, vom Verkauf unter dem Werte bringt und es gegen die Seuchen versichert, gegen alle Krisen schützt.

Über den Internationalismus: »Wir wollen den Frieden durch die Vereinigung der Arbeiter aller Länder, durch die ausgedehnte Anwendung des internationalen Schiedsgerichtes, des Vorspieles der allgemeinen Abrüstung der Völker, aufrechterhalten und sichern.«

Über die Revolution: »Auch diejenigen würden sehr unklug sein und eine schwere Schuld auf sich laden, die die Arbeiterklasse dahin drängen wollten, ihre Befreiung mit Gewaltmitteln, durch Akte der Vernichtung zu versuchen. Die Angriffe gegen das Eigentum und die Personen sind mehr noch Verbrechen gegen den Sozialismus, als gegen das Strafgesetzbuch der bürgerlichen Gesellschaft.«

Von den Prinzipien gehen wir nun zur Taktik über.

Der Parteitag von Chalon hatte, wie wir gesehen haben, bestimmt, dass die geeinigte Partei für die Hauptwahl überall dort Kandidaten aufstellen sollte, wo der Kampf nicht »unmöglich« war. Ich greife vier Departements heraus, wo der sozialistische Kampf keineswegs unmöglich ist, wo man vielmehr schon in allen Wahlkreisen sozialistische Kandidaten gehabt hat, und stelle nach den im *Socialiste* und in der *Humanité* veröffentlichten Listen fest, dass im Departement Aude die geeinigte Partei nur einen Kandidaten, Aldy, aufgestellt hat; dafür hat Aldy keinen radikalen Gegenkandidaten gehabt. In dem Departement Bouches-du-Rhône hat die geeinigte Partei überall Kandidaten aufgestellt, nur nicht gegen die beiden bisherigen sozialistischen Abgeordneten, Gabriel Baron und Antide Boyer, die unabhängige Sozialisten sind; an anderen Orten wurden gerade die unabhängigen Sozialisten mit einem ganz besonderen Eifer bekämpft. Im Departement Tarn blieben nur zwei Wahlkreise von der geeinigten Partei unbesetzt, nämlich der von Lavaur, obschon sich dort in Graulhet ein sozialistisches Zentrum befindet, und der erste Wahlkreis von Albi, wo die bekannte Glasarbeitergenossenschaft ihren Sitz hat. Die Herren Compayré, ein zweifelhafter Radikaler, und Andrieux, ein hervorragender Radikalsozialist, wurden von der geeinigten Partei nicht bekämpft; dafür hatte Jaurès in dem zweiten Wahlkreis von Albi, wo es ausserhalb Carmaux sozusagen überhaupt keine Sozialisten gibt, keinen radikalen Gegenkandidaten. Im Departement Var haben die Geeinigten in allen Wahlkreisen — es gibt deren vier — Kandidaten aufgestellt, mit Ausnahme desjenigen von Louis Martin, des bisherigen radikalsozialistischen Abgeordneten; diesen haben sie nicht nur nicht bekämpft, sondern sogar schon in der Hauptwahl unterstützt.

Übrigens waren schon bei der Hauptwahl zahlreiche Angehörige der geeinigten sozialistischen Partei offiziell zugleich die Kandidaten der Radikalen und Radikalsozialisten; das war zum Beispiel der Fall in Paris bei Brousse, Sembat, Rouanet, Lucas und Dejeante. Ich habe nichts davon vernommen, dass einer von ihnen im Namen des Klassenkampfes gegen diese Unterstützung Protest erhoben hätte. Das war ferner der Fall in der Provinz mit J. L. Breton, dem Abgeordneten von Cher, der mit der Wahrheitsliebe und der anerkannten Ehrlichkeit, die ihn auszeichnen, Wert darauf gelegt hat, in dem Dank an seine Wähler, den er öffentlich anschlagen liess, diese Tatsache festzustellen; er nennt sich darin den Erwählten »des ganzen republikanischen Blocks« und übernimmt die »Verpflichtungen«, die ihm aus dieser Situation erwachsen.

Den Reiz der Neuheit hat diese Wortopposition der vereinigten Sozialisten

gegen die Radikalen, die am letzten Ende in ein Zusammengehen ausläuft, nicht mehr. Genau das selbe hatte sich bei den Senatswahlen im letzten Januar im Departement Hérault in einer Form abgespielt, dass Jaurès nicht hatte umhin können, in der *Humanité* vom 8. Januar über diese Wahl des ersten Senators aus den Reihen der geeinigten Partei ein offenes, kräftiges Wort zu sprechen<sup>2)</sup> und den Parteigenossen zuzurufen:

» . . . Ich muss doch bitten, dass die Föderationen sich daran gewöhnen mögen, nicht zwei Taktiken zu haben: eine intransigente und Paradetaktik für die Parteitage und eine Kompromisstaktik für ihre eigenen Kämpfe. Wenn sie intransigent sind, so mögen sie es ebenso für sich, wie für andere sein; wenn sie aber Kompromisse machen, so mögen sie anderen die Kompromisse erlauben, die sie selbst im Interesse der Partei praktizieren zu sollen glauben.«

Ein Grundsatz der geeinigten Partei verwirft bei der Hauptwahl jeglichen Kompromiss, sowohl mit den Radikalen, wie mit jeder andern bürgerlichen Partei; die Partei soll in einer *splendid isolation* in den Kampf ziehen. Wir haben eben gesehen, wie dieser Grundsatz ausgeführt wurde. Ein anderer schreibt den Abscheu gegen den unabhängigen Sozialisten vor, der ein *Feind* geworden, gegen den jedes Mittel erlaubt ist. Der Vater dieses Grundsatzes, der Genosse Cambier, schrieb in der *Humanité* vom 13. Mai, dass seine Resolution, »wenn sie in seinem Sinne angewandt worden wäre, die Niederlage der Unabhängigen mit Sicherheit herbeigeführt hätte«. Aber auch hier ist das Charakteristikum der Einheit die vollständige Verschiedenheit im Verhalten.

Ich habe weiter oben ausgeführt, dass die Resolution Cambier zuerst am 10. Juli 1905 von der Föderation der Seine angenommen worden war; sie war dann den anderen Föderationen unterbreitet worden, die der Sitzung des *Nationalrates* vom 24. September ihre Entscheidung mitteilten; dort war festgestellt worden, dass nur vier Föderationen sie verworfen hatten, und dass die Föderation des Departements Nièvre nicht mit unter diesen vieren war. Nun fand gerade an diesem selben Tage eine Nachwahl im Departement Nièvre statt. Die der geeinigten Partei angeschlossene Föderation hatte zuerst Dr. Brouiller zum Kandidaten ausersehen; aber da sich dieser weigerte, der Vereinigung beizutreten, so stellte die Föderation ihm den Genossen Roblin entgegen: so stand also unabhängiger Sozialist gegen geeinigten Sozialist. Da Roblin bei der Hauptwahl mehr Stimmen erhielt, als sein Gegenkandidat, so verzichtete Brouiller zu seinen Gunsten; Roblin wurde am 8. Oktober mit der dankbar angenommenen Unterstützung eines Unabhängigen gewählt, dessen loyales Verhalten in der *Humanité* vom 9. Oktober anerkannt wurde. Im Departement Hérault erhielt am 6. Mai der bisherige, zur Vereinigung gehörende Abgeordnete Bénézec die meisten Stimmen; er hatte einen unabhängigen Sozialisten als Gegenkandidaten, der, wie die *Humanité* vom 13. Mai feststellt, zu seinen Gunsten verzichtete. Die Stimmen der unabhängigen Sozialisten dienten also dazu, die Siege der geeinigten herbeizuführen.

Es sei nochmals daran erinnert, dass im Departement Bouches-du-Rhône die geeinigte Partei den beiden unabhängigen Sozialisten Baron und Boyer keine Kandidaten entgegengestellt hat. An andern Orten aber haben sie die unabhängigen Sozialisten bekämpft; es war freilich kein Kampf der Ideen, sondern ausschliesslich der Personen. Das war zum Beispiel mir gegenüber der Fall.

<sup>2)</sup> Die Leser dieser Zeitschrift kennen diese Ausführungen Jaurès bereits aus dem Artikel Eduard Bernsteins *Einige Randbemerkungen* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 133.

Bei den Stichwahlen, an denen Geeinigte beteiligt waren, kamen 7 unabhängige Sozialisten an die Spitze. Einer musste zurücktreten; das war ich. Die Artikel des *Socialiste* vom 12.-19. und vom 19.-26. Mai gestatten den Schluss, dass zu meinen Ungunsten die *Disziplin* beobachtet worden wäre, und dann hätte notwendigerweise der Kandidat der Reaktion, der Bannerträger Déroulède, den Sieg errungen. Mein Verhalten hat aber dann glücklicherweise bewirkt, dass er durch den *guten Richter* Magnaud geschlagen wurde; angesichts der Stellungnahme der geeinigten Partei in diesem Wahlkreis war meine Haltung, auch ganz abgesehen von meinem persönlichen Geschmack, das einzige Mittel, um den Sitz einem Republikaner zu erhalten. Unter den 6 anderen gibt es einen, mit dem sich die geeinigte Partei nicht befasst hat, da sie infolge von Spaltungen den Kampf im Departement Loire vorläufig aufgegeben hatte, das ist Ledin, der Erwählte von Saint-Etienne. Ein anderer, Desfarges, im Departement Creuse, hatte die kleine Stimmenzahl der geeinigten Parteien zu seiner Wahl nicht nötig, und die Haltung der Geeinigten ist unbemerkt geblieben. Bleiben noch Lenoir in Reims, Viviani und Grousset in Paris, Cornand in Grenoble. Zu gunsten des ersten hat sein Gegenkandidat aus der geeinigten Partei, Révelin, offen Verzicht geleistet, wobei er allerdings vermied, seinen Namen zu nennen, eine unwichtige Konzession an die Resolution Cambier; Lenoir ist denn auch gewählt worden. Für Viviani und Grousset hatte man nur einen einfachen Verzicht. Die *Dissziplin* der Geeinigten gestattete nicht, gegen den Erzklerikalen Auffray einen Mann wie René Viviani zu unterstützen, gestattet aber auf der anderen Seite, für Herrn Reinach einzutreten. Nicht an dem letzten Verhalten nehme ich Anstoss, sondern an dem Widerspruch zwischen den beiden. Trotz alledem wurden Grousset und Viviani gewählt. Im Departement Isère, wo es sich darum handelte, Pichat, den Vertrauensmann der Mönche von Chartreux, zu schlagen, haben endlich die Geeinigten zuerst ihren Kandidaten Brizon aufrecht erhalten, obschon er nur 3906 Stimmen hatte, während Pichat mit 7215 Stimmen an der Spitze stand, und der unabhängige Sozialist mit 6332 der zweite war; zum Schluss haben sie dann freilich, gezwungen von der allgemeinen Missbilligung ihres Verhaltens, einfach den Rückzug angetreten, und Cornand ist gewählt worden.

Wenn der Fall, von dem ich oben bei der Betrachtung der Nachwahl im Departement Nièvre gesprochen habe, sich bei den Hauptwahlen ereignet hätte, wenn von dem Verhalten eines unabhängigen Sozialisten das Schicksal eines bekannten Geeinigten abgehängt hätte, dann würde man fast überall die Resolution begraben haben. Was den unabhängigen Sozialisten nicht begegnet ist, dass haben die Radikalen erreicht; sie hatten es in der Hand, über Sieg oder Niederlage von Allemane, Groussier, Veber und mehreren anderen zu entscheiden. Da hat denn Gnade gewaltet. Die Organisationen der Geeinigten, die in dieser Hinsicht am strengsten gesinnt sind, wie die im Departement Nord, wo man, wie Delory uns erzählt hat, früher systematisch die Reaktionäre hat sieger lassen, zeigten sich diesmal als — Träger des echtsten republikanischen Geistes: hingen doch 5 Mandate von einer genauen Beobachtung der republikanischen Disziplin ab.

Für die Föderation der Seine hatte eine Bezirkskonferenz, von der ich noch nicht gesprochen habe, und die in Pré-Saint-Gervais am 17. Dezember 1905 tagte, die Regel aufgestellt — wie man sieht, fehlt es der geeinigten Partei



nicht gerade an Regeln —, dass der Verzicht zu gunsten der »republikanischen Demokraten und Radikalen« an die formelle, vor dem ersten Wahlgang abzugebende Versprechung gebunden sein sollte, »die Sicherung des Wahlgeheimnisses, Listenwahlen mit proportionaler Vertretung und gesetzliche Einführung des Achtstundentages zu verlangen«. Da sie aber angesichts der Lage mehrerer ihrer Kandidaten ein Interesse daran hatte, sich den Radikalen gefällig zu erzeigen, so hat sich die Föderation der Seine für den Verzicht aller Geeinigten, »die im ersten Wahlgang nicht die Mehrheit der republikanischen Stimmen bekommen hatten«, ausgesprochen, ohne auch nur daran zu denken, den Beschluss von Pré-Saint-Gervais auszuführen. Aber in zwei Wahlkreisen von Paris haben die Gruppen auf diesem Ohre nicht gehört. Im zweiten Wahlkreis des 13. Arrondissements hat der Kandidat der geeinigten Partei den Kampf gegen den Radikalsozialisten Buisson fortgesetzt, der im ersten Wahlgang 6902 Stimmen, gegen 7750 für den Nationalisten Paulin Méry und 2737 für den Geeinigten Coutures, erhalten hatte; Jaurès qualifizierte das Verfahren von Coutures als ein »skandalöses Manöver«. Im ersten Wahlkreis des 15. Arrondissements hat der Geeinigte Aubriot seine Kandidatur gegen den Radikalsozialisten Chautard aufrecht erhalten, der 6399 Stimmen gegen 6297 für Aubriot und 3950 für den Nationalisten Caron erhalten hatte; erfreut über diese Zersplitterung, verzichtete Caron zu gunsten Aubriots, des Internationalisten: nichtsdestoweniger haben Buisson und Chautard den Sieg davongetragen; die Disziplin der Wähler hat den Geeinigten das erspart, was Jaurès »den Sieg des Nationalismus und der Unehrllichkeit« nannte. In beiden Fällen hat Jaurès vom Standpunkte des gesunden Menschenverstandes, der Ehrlichkeit und der Liebe zur Republik aus recht; aber er hat unrecht vom offiziellen Standpunkte der geeinigten Partei aus. Die beiden Widerstrebenden haben ihm mit Recht die Parteitagsbeschlüsse entgegengehalten und ihn gefragt, warum man sie denn eigentlich fasste, wenn sie in der Folge doch nur tote Buchstaben sein sollten. Die Quelle aller dieser Schwierigkeiten ist der fundamentale und dauernde Widerspruch zwischen der Theorie und der Praxis, auf dem die Einigung beruht, und der, wenn kein Ausgleich geschaffen wird, schliesslich die Einigung wieder sprengen muss.

Insgesamt ist in diesem Wahlkampf in keiner Weise und von keinem Gesichtspunkt aus die sozialistische Einheit durch die Einheit der Aktion bekräftigt worden.

Die allgemeinen Wahlen fielen in Frankreich mit Ereignissen zusammen, die die Hoffnungen der Reaktion und des Klerikalismus auf das äusserte gespannt hatten. Man spekulierte zunächst auf den Einfluss des Gesetzes über die Trennung der Kirchen und des Staates und auf die ebenso heftige, wie unnatürliche Agitation aus Anlass der durchaus nicht provokatorischen Formalität der Inventarisierung des Kirchenvermögens. Die katholische Kirche verschob die Verhaltensvorschriften für ihre Getreuen in Bezug auf das neue Gesetz bis nach den Wahlen und setzte alle Hebel in Bewegung, um eine Majorität wählen zu lassen, die entschlossen war, es wieder abzuschaffen. Nach der schrecklichen Katastrophe in den Bergwerken von Courrières war ein Sympathiestreik ausgebrochen. Dazu kam die von der *Confédération générale du travail* ins Leben gerufene Maifeierbewegung. Die Reaktion beabsichtigte, die beiden letzten Ereignisse gerade so auszuschlachten, wie die Inventarisierung.

In Lens und im Kohlenbassin gab es Aufstandsversuche. Der Bergarbeiterkongress, auf dem die Geeinigten die Mehrheit hatten, erliess am 20. März ein Manifest, in dem es heisst:

»Die Delegierten zum Kongress, die eine 20jährige geduldige Arbeit für die Bergleute hinter sich haben, sind bestrebt, den Gesellschaften so viel Vorteile, wie möglich, zu Euren Gunsten zu entreissen. Währenddessen versuchen gewisse Menschen, eine Arbeitermasse, die sie durch immer wiederholte Verleumdungen täuschen und durch gewalttätige und undurchführbare Versprechungen entflammen, zum Kriege gegen die organisierten Arbeiter zu verführen . . . Nun schaut Euch einmal an, was das für Leute sind, und woher sie kommen! Der eine ist ein stellenloser Lehrer, der andere ein Glasarbeiter, der dritte ein anarchistischer Schriftsteller, der vierte ebenfalls Anarchist und stadtbekannter Dieb. Kein einziger stammt aus dem Kohlenrevier, alle kommen von Paris oder anderswoher, ohne von irgend jemandem gerufen zu sein, ausgerüstet mit Geldmitteln, deren Quelle man nicht kennt, um Zwietracht zwischen den Arbeitern zu säen.«

Am Tage darauf richtete der Bürgermeister von Lens, Genosse Basly, einen Aufruf an die Einwohnerschaft, in dem es hiess:

»Ohne das Eingreifen der öffentlichen Gewalt würden wir heute wahrhaft bestialische Szenen zu beklagen haben. Man kann die Urheber dieser Ordnungswidrigkeiten nicht scharf genug brandmarken. Man kann die Nichtswürdigen nicht mit der genügenden Entrüstung kennzeichnen, die zur Befriedigung ungesunder Begierden in gehässiger Weise das Unglück von Courrières, bei dem so viele unserer braven Kameraden den Tod gefunden haben, ausschlachten.«

Die Gewerkschaft, an deren Spitze die beiden Abgeordneten Basly und Lamendin von den Geeinigten stehen, kam am 19. und 20. April auf die Sache zurück:

»Die Agenten der Reaktion haben die Wirren von Lens hervorgerufen. Hütet Euch im schwarzen Lande vor diesen fremden Agitatoren . . . Die öffentliche Meinung steht auf Eurer Seite und wird Euch ihre Sympathie bewahren, wenn Ihr versteht, die anarchistischen Theorien abzuweisen, und wenn Ihr es ablehnt, Euch mit den Parteigängern der *direkten Aktion* solidarisch zu erklären.«

Am 11. April brach in Paris unter den Postbeamten ein unsinniger Streik aus: ein gewisser Marquis de Montebello, ein Bonapartist, hatte sich eine Zeitlang Mühe gegeben, unter den Postangestellten zu agitieren. Wenn die Regierung nachgegeben hätte, so würde die von der Reaktion erwartete und ausgenutzte Streikansteckung mehr und mehr an Umfang gewonnen haben. Es war unbedingt nötig, einer zögernden Gruppe der Kammermehrheit und allen Leuten von gesundem Menschenverstand und gutem Glauben zu zeigen, dass Sozialisten sich nicht zu Komplizen derartiger Manöver machen liessen. Obschon ich voraussah, was unanständige Gegner gegen mich daraus für Kapital schlagen würden, beantragte ich aus Anlass dieses Streikes die Tagesordnung, die von der Kammer angenommen wurde und dazu beigetragen hat, die Bewegung, die die Reaktion zu ihren Gunsten ausnutzen wollte, zu beendigen.

Während dieser Zeit setzte die *Confédération générale* ihre Vorbereitungen zur Durchdrückung des Achtstundentages vom 1. Mai ab fort. Alles, was ihre Anhänger schrieben oder sagten, war von der reaktionären Presse ausgenutzt worden, die das, was sie zur Einschüchterung der Bevölkerung für geeignet hielt, dick unterstrich. Der *Eclair*, das *Echo de Paris*, die *Croix*, die *Libre Parole*, der *Gaulois*, die *Autorité* etc. führten einen Feldzug der Einschüchterung und Verängstigung. Man darf nicht vergessen, dass die Hauptwahl nur fünf Tage nach dem 1. Mai stattfand. So haben unsere *Syndikalisten* unbewusst das Spiel der Reaktion gespielt oder es zu spielen riskiert. Im Hinblick auf die Taktik der reaktionären Parteien hätte die *Confédération* es ablehnen müssen,

ihnen den Vorwand, auf den sie sich stürzten, zu geben; zum mindesten hätte sie ihre Bewegung verlangsamen, hätte sie allgemein tun müssen, was zwei ihrer grossen Organisationen an ihrem Teil getan haben. Die städtischen Arbeiter von Paris machten öffentlich bekannt:

»Wenn wir zu denen gehören, die entschlossen sind, ihre Rechte energisch zu fordern, so vergessen wir doch andererseits nicht, dass die wenigen Freiheiten, die wir geniessen, durch die Republik erobert worden sind, und dass wir uns unter keinen Umständen auf Manöver einlassen werden, die ihre Schwachung zum Ziele haben oder geeignet sind, Katastrophen herbeizuführen.«

Die Vertreter der Gasarbeiter

»weisen für den 1. Mai jeden Gedanken an einen Streik der Gasarbeiter ab und wollen, wie bisher, fortfahren, ihre Rechte auf dem Boden der politischen und wirtschaftlichen Organisation zu erkämpfen, eine Methode, die ihnen beträchtliche und unleugbare Vorteile gebracht hat; sie fordern die Gewerkschaftsorganisationen auf, vor allen Dingen das republikanische Prinzip zu retten, das in jeder Beziehung mit dem Interesse des Proletariates übereinstimmt, die Machenschaften der Gegner der Republik zum Scheitern zu bringen, die auf das Elend der Arbeiter spekulieren, um einen Schlag gegen die Prinzipien der Revolution zu führen.«

Die *Confédération générale* aber hat darüber anders geurteilt. Sie hat ihr Werk fortgesetzt. Der Erfolg waren zahlreiche Streiks, aber die Ordnung ist nicht ernstlich gestört worden. Grosse Vorsichtsmassregeln, es ist wahr, waren von der Regierung getroffen worden. Und ganz allgemein haben Reaktion und Klerikalismus am 6. Mai eine starke Enttäuschung erlebt; sie war so stark, dass man niemals zuvor so viele reaktionäre Kandidaten den Kampf in der Stichwahl hatte aufgeben und das Feld damit für ihre republikanischen Gegenkandidaten freigeben sehen.

Wir haben 591 Wahlkreise; die beiden von der Insel Réunion haben nicht zusammen mit den übrigen gewählt, bleiben also 589 Resultate; 433 waren bei der Hauptwahl endgültig. Die Geeinigten zählen für sich 880 000 Stimmen. Hier eine allgemeine Übersicht:

Parteien		Hauptwahl	Stichwahl	Gesamtzahl in der neuen Kammer	Gesamtzahl in der vor- igen Kammer	Gewinn (+) respektive Verlust (-)
Rechte	Reaktionäre	76	2	78	94	-16
	Nationalisten	20	3	32	52	-20
	Fortschrittler	59	12	71	86	-15
Linke	Republikaner der Linken	65	15	80	80	0
	Radikale	84	40	124	103	+21
	Radikalsozialisten	75	54	129	115	+14
	Unabhängige Sozialisten	12	9	21	10	+11
	Geeinigte Sozialisten	33	21	54	40	+14
in summa		433	156	589	589	

Wenn wir so weit gehen, anzunehmen, dass, wie in der früheren, so in der neuen Kammer etwa 30 Abgeordnete zwar auf der Linken eingeschrieben sind, aber mit der Rechten stimmen — ein Verhalten, das bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen und bei seiner daraus entspringenden Nutzlosigkeit sehr zweifelhaft ist —, so kommen wir auf höchstens 211 Stimmen für die Parteien der Rechten und auf mindestens 378 Stimmen für die Parteien der Linken; in der alten Kammer hatten wir hingegen 256 für die Rechte und 333 für die

Linke. Wenn sich die 40 Geeinigten bei einer Abstimmung mit der Rechten zusammentaten, wie beim Sturze des Ministeriums Rouvier, so sieht man, dass infolge dieses Abschwenkens von 40 Stimmen die Linke nicht mehr die Mehrheit besass. Das Charakteristikum der neuen Wahlen ist aber neben dem Gewinn aller fortschrittlichen Parteien die Tatsache, dass der republikanische Block die Stimmen der Geeinigten für eine Mehrheit nicht mehr nötig hat. Schon am 9. Mai schrieb Jaurès in der *Humanité*:


»Die Tätigkeit der sozialistischen Partei in der Kammer wird um so viel freier, um so viel selbständiger sein, je stärker die Mehrheit der Linken sein wird. Was für die Sozialisten im Parlament schrecklich ist, was sie oft lahmlegt, das ist der Umstand, dass sie verpflichtet sind, eine numerisch zu schwache republikanische Majorität gegen die Reaktion zu unterstützen, eine Majorität, die sie doch oft in wesentlichen Fragen verletzt. Für uns wäre das Ideal eine Mehrheit der Linken, die zahlreich, ausgedehnt genug wäre, dass die Sozialisten ihre Meinung ungehindert vertreten und ihr Programm ganz entfalten können, ohne immer daran denken zu müssen, dass ihre Abstimmungen zerstörend auf ein zerbrechliches System einwirken könnten . . .«

Jaurès wünschte, dass das Wahlresultat für die Sozialisten und die Radikalen so ausfallen möge, dass es »die einen von den anderen in der ganzen parlamentarischen und gouvernementalen Aktion der nächsten Legislaturperiode unabhängig machen kann«. Gut, sei dem so. Der republikanische Block hat ohne die Geeinigten die Mehrheit; deren Unabhängigkeit ist also sicher gestellt; und ich hoffe, dass sie in den Privatunterhaltungen mit den Ministern ebenso gut vorhanden sein wird, wie in den Reden auf der Tribüne.

Der neugewählten Kammer drängt sich vor allen anderen eine Pflicht auf: energisch ans Werk zu gehen und soziale Reformen zu verwirklichen, der Arbeiterklasse diejenigen Verbesserungen zu gewähren, die sie erwartet. Die grösste Schwierigkeit liegt freilich nicht darin, diese Reformen vorzuschlagen oder sie in der Kammer durchzudrücken, sondern darin, sie vor dem Senat zum glücklichen Ende zu führen, dessen an sich ehrlicher republikanischer Geist wirtschaftlichen Neuerungen unklugen Widerstand entgegengesetzt. Ich übertreibe nicht, wenn ich an der Schwelle der neuen Legislaturperiode behaupte, dass die Zukunft der Republik, dass die Gewähr einer friedlichen Entwicklung jetzt vom Senat abhängt.

XX

## HUGO LINDEMANN · DEUTSCHER UND ENGLISCHER PARLAMENTARISMUS

 OSEF Redlich, der Verfasser des trefflichen Buches über die englische Lokalverwaltung, das mit Recht als die beste Darstellung dieses umfassenden Gegenstandes gilt, hat uns im Vorjahre mit einem ausführlichen, tiefgrabenden Werke *Recht und Technik des englischen Parlamentarismus* beschenkt. Gegenstand des Buches ist die Geschäftsordnung des *House of Commons* in ihrer geschichtlichen Entwicklung und gegenwärtigen Gestalt. Es bietet aber viel mehr, als der Titel besagt. Es gibt uns nicht nur eine pragmatische Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Geschäftsordnung und eine Besprechung ihrer einzelnen Punkte, wie das zum Beispiel Perels in seinem Buche *Das autonome*

*Reichstagsrecht* für die Geschäftsordnung des deutschen Reichstags getan hat, sondern es fasst in viel tieferer Weise die Geschäftsordnung als ein selbständiges Problem des politischen Lebens, des Parlamentsrechtes und damit der Verfassung auf und zeigt, wie die Änderungen in der politischen Struktur des Landes sich in der parlamentarischen Geschäftsordnung ausgedrückt haben, wie beide aufs engste mit einander zusammenhängen. So musste ihm die Darstellung der Geschichte der Geschäftsordnung zugleich zu einer Darstellung der Entwicklung des Parlaments und der politischen Parteien des Landes werden. In der engen Verknüpfung dieser beiden Reihen von Vorgängen liegt unseres Erachtens der grösste Wert und zugleich der grösste Reiz dieses umfassenden, für jeden Politiker ungeheuer lehrreichen Buches. Entsprechend dem Wesen der Aufgabe zerfällt das Buch in zwei grosse Teile. Der erste sucht die geschichtlichen Grundlagen der Geschäftsordnung als die notwendige Voraussetzung für das Verständnis der gegenwärtigen Ordnung zu erfassen. Das war um so notwendiger, als auch die geltende Geschäftsordnung ein echt englisches Bauwerk ist, in dem nicht nur das historische Grundwerk, sondern noch »mancher Flügel des weitläufigen Gebäudes samt den Zieraten und Schnörkeln der Fassade unversehrt erhalten« geblieben ist. Mit Recht weist Redlich darauf hin, dass der Gedanke, die geltende Geschäftsordnung als System von Rechtssätzen und Normen rein juristisch zu erfassen, von vornherein absurd erscheinen muss. Und mit gleichem Rechte bezeichnet er es als aussichtslos, das Wesen parlamentarischer Institutionen und vollends die Erscheinungen des inneren Parlamentsrechtes durch Abstraktion und rein logische Untersuchung in wissenschaftlich befriedigender Weise zu erklären. Das trifft ganz besonders für England zu, wo in jahrhundertelanger organischer Entwicklung der Parlamentarismus aus dem Leben der Nation herausgewachsen ist, nicht aber, wie in Deutschland, oktroyiert oder in bewusster Tätigkeit als fertiges künstliches Ganze rezipiert worden ist. Der zweite Teil des Redlichen Buches legt das geltende Recht und die herrschende Praxis des Parlamentsverfahrens im Unterhause dar. Der Schlussabschnitt versucht sodann die theoretischen Ergebnisse festzustellen, die sich auf Grund der beiden vorausgehenden Teile gewinnen lassen. Hierzu bemerkt der Verfasser in seiner Einleitung: »Die Tatsache, dass der englische Parlamentarismus nicht nur der Vorläufer und das Vorbild der modernen Repräsentativverfassung überhaupt gewesen ist, sondern dass er bis zur Gegenwart die reifste, ursprünglichste und aus ihren tiefreichenden geschichtlichen Wurzeln heraus stabilste Verwirklichung des grossen Gedankens repräsentativer Selbstregierung bedeutet: diese Tatsache darf von vornherein die Erwartung zeitigen, dass auch das allgemein staatswissenschaftliche Problem der Technik parlamentarischer Arbeit von England aus seine reichste und ergiebigste Aufklärung erfahren wird.«

In einer Vorrede hebt Redlich die veränderte Stellung hervor, die sowohl die Wissenschaft, wie die praktische Politik zur Frage des Parlamentarismus eingenommen haben. Der Kampf um die Grundprinzipien der Repräsentativverfassung, der Kampf des Parlamentarismus gegen den absoluten Staat ist auch in den kontinentalen Staaten in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts zu einem gewissen Abschlusse gekommen, der in Deutschland allerdings sich als ein sehr lahmer Kompromiss darstellt. Auf diese *heroische Epoche* des

kontinentalen Parlamentarismus ist in den letzten Dezennien die Zeit der Dekadenz gefolgt. »Neue Phänomene«, schreibt Redlich, »traten im politischen Leben der modernen Staaten hervor, die alsbald als schwere Gebrechen des parlamentarischen Prinzips beklagt wurden, obgleich sie sich oft genug bei näherer Prüfung als Folgen mangelhafter parlamentarischer Institutionen, des Scheinparlamentarismus, oder als unvermeidliche Folge davon herausstellten, dass es an den ethischen, psychischen, kulturellen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Prinzips repräsentativer Selbstregierung in einem Volke gebrach.« Der Angriff auf den Parlamentarismus ging aber nicht so sehr von den historischen Gegnern der Selbstregierung, als vielmehr von den grossen Volksparteien aus. Der Antiparlamentarismus der nationalistischen Parteien, der Arbeiterparteien, der Sozialdemokratie hat sich in den letzten Jahrzehnten in allen grossen Nationen Europas gezeigt. Diese Parteien negierten die Existenzberechtigung des Parlamentarismus selbst, weil sie die staatsrechtliche Grundlage, auf der Staat und Parlament beruhen, leugnen und bekämpfen. Ihr Kampfmittel ist die Obstruktion, das heisst der bewusste Gebrauch der Formen und Grundsätze des parlamentarischen Verfahrens, die eine Lebensbedingung für die Wirksamkeit des Parlamentes sind, um durch sie dessen Leben zu zerstören. Man hat in England den Kampf gegen die Obstruktion der Iren zunächst durch eine Abänderung der Geschäftsordnung geführt und auch den Erfolg gehabt, sie niederzuwerfen. In der gleichen Weise wurde in Deutschland die sozialdemokratische Obstruktion von den bürgerlichen Mehrheitsparteien lahm gesetzt. In England war aber die parlamentarische Niederwerfung der irischen Obstruktion gewissermassen nur der Anfang einer auch jetzt noch nicht abgeschlossenen langen Reihe tiefgreifender, geradezu umwälzender Reformmassregeln, deren Endergebnis die Erfüllung der politischen Wünsche der irischen Partei im wesentlichen sein wird. In Deutschland dagegen setzen die Mehrheitsparteien die mit dem Zolltarif begonnene Politik in den Handelsverträgen und in der Steuergesetzgebung fort. In der Änderung der Geschäftsordnung zu dem bestimmten Zwecke, einen bestimmten Gesetzentwurf durchzubringen, erschöpfte sich ihre Tätigkeit: sie glaubten, damit der Arbeit des Parlaments wieder die ungehinderte Bahn frei gemacht zu haben, ohne zu begreifen, dass, wie Redlich sich einmal sehr zutreffend ausdrückt, »die Geschäftsordnung gleichsam das politische Manometer ist, das die Kräftespannung in der parlamentarischen Maschine und damit im ganzen Staatsorganismus anzeigt«.

Kein Wunder, dass das Misstrauen gegen den Parlamentarismus kaum in einem anderen Lande so stark hervorgetreten ist, wie in Deutschland und in dem — bis jetzt wenigstens — von den deutschen staatsrechtlichen Anschauungen beherrschten Nachbarlande Österreich. Dieses Misstrauen konnte um so leichter an Umfang und Stärke gewinnen, als nirgends der Parlamentarismus so schwer Wurzel gefasst hat, und nirgends auch »sein Geist sich so wenig in die volksmässige Anschauung vom Staate eingelebt hat, wie auf diesem Boden«. Dazu kommt, dass kaum in einem anderen Lande eine stärkere, selbstbewusstere Bürokratie vorhanden ist, die mit wunderbarer Zähigkeit und Rücksichtslosigkeit an der Verkleinerung und Herabdrückung der Selbstregierung und Selbstverwaltung tätig ist. Die geschichtlichen Wurzeln dieser Erscheinungen liegen unseres Erachtens vor allem darin, dass die Bourgeoisie nie-

mals bestrebt gewesen ist, aus der herrschenden auch die regierende Klasse zu werden. Es ist nicht allein die Furcht vor der Arbeiterklasse, die sie daran gehindert hat, rücksichtslos die politischen Konsequenzen ihrer wirtschaftlichen Machtstellung zu ziehen. In dieser Schwächlichkeit kommt auch die politische Unfähigkeit der deutschen Bourgeoisie zum Ausdruck, die durch das schrankenlose Walten des Absolutismus in Jahrhunderten erzeugt worden ist. Es scheint fast, als ob der Grad dieser politischen Unreife der deutschen Bourgeoisie mit ihrem Alter nicht ab-, sondern zunimmt. Der fast gänzliche Mangel an Fortentwicklung, den das parlamentarische Verfahren des Reichstages während der mehr als dreissig Jahre seiner Existenz aufweist, ist ein schlagender Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung. Die ganze Armut an politischem Sinn hat sich in den letzten Jahren bei zwei Gelegenheiten gezeigt, die gerade den Anlass zu einer Weiterentwicklung des parlamentarischen Verfahrens hätten geben müssen. Wir meinen die bereits erwähnte sozialdemokratische Obstruktion bei den Verhandlungen über den Zolltarif im Jahre 1902 und die Einführung von Diäten im Mai dieses Jahres. Es ist sehr interessant, anlässlich dieser Vorgänge die parlamentarische Praxis des deutschen Reichstages, das heisst seiner Mehrheitsparteien, mit der des englischen Parlamentes zu vergleichen.

Die Gewährung der Aufwandsentschädigung, die der Reichstag Jahrzehnte lang vergeblich gefordert hat, ist schliesslich erfolgt, weil die Beschlussunfähigkeit der Versammlung zu einer ständigen Erscheinung geworden ist und die prompte Erledigung der Geschäfte verhindert hat. Ist es doch sogar in den letzten Jahren mit Schwierigkeiten verbunden gewesen, die erforderlichen Kommissionen zu besetzen. Einzelne besonders tätige Mitglieder sassen gleichzeitig in mehreren Kommissionen, und um ihre Teilnahme an den Verhandlungen zu ermöglichen, war eine weitgehende Rücksichtnahme auf die verschiedenen Kommissionen bei der Ansetzung ihrer Sitzungstage notwendig. Dass dabei die weniger wichtigen Kommissionen den Kürzeren zogen, und die Geschäftserledigung im allgemeinen leiden musste, braucht kaum bemerkt zu werden. Sowohl für die Führung der Geschäfte im Plenum, wie in den Kommissionen ist die Anwesenheit einer bestimmten Zahl von Abgeordneten notwendig, und die Minimalgrösse dieser Zahl ist durch die von der Verfassung vorgeschriebene Beschlussfähigkeitsziffer bestimmt. Die ganze Regierungsvorlage, an deren Wesen durch die Beschlüsse des Reichstages nichts geändert wurde, ist auf die Erreichung dieser Minimalanwesenheitsziffer zugeschnitten. Durch die Gewährung einer Aufwandsentschädigung, den Abzug für versäumte Tage und namentliche Abstimmungen, die Einteilung der Pauschalsumme in Raten, durch alle diese Mittel soll eine grössere Frequenz der Abgeordneten erzielt werden. Mit dem rein äusserlichen Mittel einer Geldentschädigung glauben also sowohl die verbündeten Regierungen, wie die Mehrheitsparteien den besseren Besuch erzielen zu können. Die nähere Prüfung aller Verhältnisse aber, vor allem der Berufszugehörigkeit der Reichstagsabgeordneten, hätte von vornherein zeigen müssen, dass die Gewährung von Diäten allein nicht im stande sein kann, das angestrebte Ziel dauernd zu erreichen. Wir wollen hier gar nicht die Frage aufwerfen, ob es, von den Kommissionsverhandlungen abgesehen, für eine ganze Anzahl der Plenarverhandlungen notwendig ist, die grosse Mehrheit der Abgeordneten im Hause

festzuhalten. Der schlechte Besuch des Reichstags hängt aufs engste mit der geringen Bedeutung dieser Institution, deren Schwächung von den verbündeten Regierungen und bestimmten politischen Parteien planmässig betrieben wird, und mit der gesamten Lage unserer politischen Verhältnisse überhaupt zusammen. Solange diese Faktoren nicht geändert sind, werden auch die Diäten nicht viel helfen. In dieser meiner Auffassung bestärkt mich die Geschichte der Frequenz des englischen Parlamentes, auf die ich nunmehr, an der Hand des Redlichschen Buches, mit einigen Worten eingehen will.

Der Besuch des Unterhauses ist in allen Epochen der englischen Parlamentsgeschichte unregelmässig und oft sehr schlecht gewesen, obwohl für jeden Abgeordneten die Pflicht zur Anwesenheit bestand. Für Abwesenheit war eine Urlaubsbewilligung seitens des Hauses oder des Sprechers erforderlich. Wer ohne solche Entschuldigung ausbleibt, macht sich des *contempt of court* schuldig. Sehr alt sind auch die Mittel, die Frequenz zu heben. Das älteste ist wohl die Institution des namentlichen Aufrufes der Abgeordneten an einem bestimmten, durch Beschluss des Hauses festgestellten Termin. Wer an diesem Tage ungerechtfertigt ausbleibt, gilt als *defaulter* und wird in Strafe genommen. Die schwerste Strafe war der Befehl an den *serjeant of arms*, den betreffenden fehlenden Abgeordneten zu verhaften. Diese Strafe ist aber selbst in älterer Zeit selten ausgeübt worden. Doch fand eine solche Verhaftung noch im Jahre 1781 statt. Im grossen und ganzen hat jedoch das Mittel des Aufrufs, das während des XVI. und XVII. Jahrhunderts häufig angewendet wurde, wenig Erfolg gehabt, da insbesondere die Verhaftung nur selten anwendbar war. Sehr früh treten daher Geldbussen als Zwangsmittel auf, und die älteste Form der Geldstrafe für mangelhafte Frequenz bildet die Verfallserklärung der Diäten. Unter Heinrich VIII. wurde sogar ein Gesetz erlassen, dass jeder ungerechtfertigt ausbleibende Abgeordnete seine Diäten verliere. Mit dem Aufhören der Diäten, die im XVII. Jahrhundert verschwinden, wird auch diese älteste Form der Geldstrafe für faule Abgeordnete hinfällig. Das Haus setzte daher von da ab in immer wiederholten Resolutionen besondere Geldbussen für unentschuldigtes Ausbleiben fest. Die Strafen waren in den verschiedenen Sessionen sehr verschieden hoch, bisweilen 20, ja sogar 40 Pfund Sterling, in anderen Sessionen 6 Shilling 5 Pence, auch 5 Shilling für den Sitzungstag etc. Es werden sogar Geldstrafen für Zuspätkommen und frühzeitiges Verlassen des Hauses festgesetzt. Wiederholt wurde angeordnet, dass die Türen des Sitzungssaales versperrt werden, um das Ausreisen der Abgeordneten zu verhindern. Alle Strafen und Beschlüsse sind aber wenig erfolgreich geblieben. Hatsell, ein früherer Sekretär des Hauses, gibt auf Grund des Berichtes eines im Jahre 1744 zum Studium der Frequenzfrage eingestzten Ausschusses der Meinung Ausdruck, dass alle zur Hebung der Frequenz in Übung stehenden äusseren Mittel wenig helfen, vielmehr nur das aufrichtige Bestreben der Parlamentarier, ihre Pflicht zu erfüllen, hier Besserung schaffen könne.

So sind denn im Lauf der Jahre alle Zwangsmittel, die Besuchspflicht der Abgeordneten zu erreichen, als fruchtlos aufgegeben worden. Trotzdem ist der Besuch des Hauses nicht schlechter, sondern besser geworden, und zwar in dem Masse, wie sich das Unterhaus zum Zentrum der staatlichen Autorität ausbildete. Neue und wirksamere Faktoren sichern nunmehr den Besuch des Hauses mehr, als dies der Aufruf und die Geldstrafen jemals zu wege gebracht haben. Unter



diesen Faktoren ist in erster Linie das erhöhte Gefühl der Verantwortlichkeit der Abgeordneten der Wählerschaft gegenüber zu nennen, das, wie Redlich sehr richtig bemerkt, eine Folge der unwiderstehlich gewachsenen Abhängigkeit der Abgeordneten von ihren politischen Mandanten ist. Dazu kommt die ungeheure Publizität des ganzen politischen Lebens, die in England infolge der Teilnahme der gesamten Bevölkerung viel grösser ist, als in Deutschland. Schliesslich muss hier wohl als ein nicht minder wichtiger Faktor der Einfluss des Parteiwesens genannt werden. Da das englische Unterhaus der politische Souverän, die Regierung nur der geschäftsführende Verwaltungsausschuss der Parlamentsmehrheit ist, so ist es Herrschaftsbedingung für die regierende Partei, dass eine solche Mehrheit stets vorhanden ist. Die regierende Mehrheit muss präsent sein, um ihre stets bedrohte Stellung behaupten zu können. Ebenso liegt es im Interesse der Opposition, möglichst stark vertreten zu sein, um günstige Konstellationen der Frequenz ausnutzen zu können. Aus diesen Bedürfnissen heraus hat sich das Institut der *Einpeitscher* entwickelt, deren Aufgabe es ist, die Abgeordneten zum regelmässigen Besuche der Sitzungen und speziell zum Eintreffen und Verweilen in bestimmten Stunden, in denen gefährliche Abstimmungen zu erwarten sind, anzuhalten. Die *Einpeitscher* üben eine strenge Disziplin aus, um die Partei einig, kompakt und kampffähig zu erhalten.

Ist also eine gewisse Frequenz des Hauses sowohl vom Standpunkte der Regierung, wie der Oppositionspartei unbedingt notwendig, und sind, wie wir sahen, bestimmte Einrichtungen getroffen, um diese Frequenz zu sichern, so ist auf der anderen Seite wiederum das Bestreben deutlich erkennbar, diese ständige Frequenz nicht unnötig hoch zu halten. Auch hierin zeigt sich wieder der praktische politische Sinn des englischen Volkes. Und diese Frequenz ist weiter vollständig unabhängig von der Beschlussfähigkeitsziffer, da sie in der Regel weit über diese hinausgeht. Beträgt doch das Quorum des englischen Unterhauses nur 40 Abgeordnete, eine Ziffer, die während der Amtsdauer des *Langen Parlaments* festgesetzt und seitdem unverändert beibehalten wurde, während die Zahl der Abgeordneten 658 beträgt. Die Vermeidung einer unnötig hohen Frequenz hat ihre triftigen Gründe. Die Abgeordneten sind nicht allein Abgeordnete, sondern haben auch in der Regel noch einen praktischen Beruf und können daher nur einen Teil ihrer Zeit der Politik und dem Besuche des Parlamentes widmen. Diese Kräfte zweckmässig zu verwerten, die von den einzelnen Abgeordneten für die Parlamentsgeschäfte aufwendbare Zeit nützlich anzuwenden, ist die wichtige Aufgabe der Fraktionsleiter, von der die glatte Arbeit der Parlamentsmaschine zum grossen Teile abhängt. Die Niedrighaltung der Frequenz durch die *Parteiinpeitscher* ist aber nur dann möglich, wenn durch das Fehlen der Abgeordneten keine Verschiebung in den Stärkeverhältnissen der Parteien eintritt. Je strenger die Besuchdisziplin ist, desto stärker muss sich das Bestreben geltend machen, die Zufallswirkungen, die aus dem Fehlen der einzelnen Abgeordneten entstehen können, zu eliminieren. Hier hat nun die Einrichtung des *Abpaarens*, die allerdings nur auf der Basis des Zweiparteiensystems möglich war, die notwendige Stabilität in dem Stärkeverhältnis gebracht.

Aus den englischen Erfahrungen ergeben sich die folgenden Resultate: Durch Diäten und die mit ihrer Gewährung verbundenen indirekten Geldstrafen der

Abzüge kann allein die ausreichende Frequenz des Reichstages nicht auf die Dauer erzielt werden. Es ist ferner unsinnig, eine regelmässige Frequenz der Abgeordneten über die für die Führung der Geschäfte notwendige Frequenzziffer hinaus anzustreben, wie das das Diätengesetz tut. Sicher und dauernd kann die notwendige Frequenz des Reichstages nur durch eine parlamentarische Regierungsform gesichert werden, bei der sich jeweils das Zweiparteiensystem oder das System zweier einander gegenüberstehenden Gruppen von Parteien herausbilden muss. Der Kampf um die Regierung macht das Haus präsent.

Die Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstages war in den Zolltarifkämpfen des Jahres 1902 aktuell geworden. Anlass dazu gab das Bestreben der Mehrheitsparteien, der Obstruktion der Sozialdemokratie Herr zu werden und den Tarif noch vor Weihnachten zu erledigen. Es gab also nicht der einzelne Fall, wie das ja stets die Regel sein wird, den Anstoss zu einer Abänderung der Geschäftsordnung, die schon seit längerer Zeit als notwendig empfunden wurde, sondern es wurde die Geschäftsordnung abgeändert in dem einzelnen Fall ausschliesslich für den einzelnen Fall. Es handelte sich dabei um zwei Punkte, einmal um eine Auslegung, und zwar des Begriffes *Artikel* (Antrag Kardorff), und zweitens um eine eigentliche Abänderung der Geschäftsordnung, nämlich der Bestimmungen über die namentliche Abstimmung (§§ 58 und 59), sowie die Neuregelung der Wortmeldungen zur Geschäftsordnung (§ 44). Wenn man von der Ordnung der namentlichen Abstimmungen absieht, die sicherlich als eine Verbesserung und Zeitersparnis bezeichnet werden muss, handelt es sich in den anderen Punkten um Dinge, die von den Mehrheitsparteien nach Erledigung des Zolltarifes in der Praxis überhaupt nicht aufrecht erhalten werden.

Die parlamentarischen Vorgänge haben zu weitläufigen Diskussionen über die Frage der Abänderung der Geschäftsordnung geführt. Mit ihr beschäftigt sich auch ein kürzlich erschienenenes Buch von Dr. B. Weiss *Der deutsche Reichstag und seine Geschäftsordnung*. Weiss steht auf dem Standpunkt, dass eine Abänderung der Geschäftsordnung innerhalb der Formen stattzufinden hat, wie sie durch § 22 in Verbindung mit § 35 der Geschäftsordnung festgelegt sind. Er ist ferner der Ansicht, dass eine Suspension der Geschäftsordnung im einzelnen Falle, wie sie sich gewohnheitsmässig herausgebildet hat, falls kein Widerspruch aus der Mitte des Hauses erhoben wird, ebenfalls nicht zulässig ist. Die Geschäftsordnungsnorm bindet nach ihm den Reichstag, solange sie besteht, unbekümmert um Mehrheitswillen oder Einstimmigkeitswillen des Reichstages. Auch hier ist nach ihm also nur der formelle Weg der Abänderung möglich. In der Praxis würde die Anerkennung dieser Auffassung, die auch von der Sozialdemokratie bei den Kämpfen um den Zolltarif begreiflicherweise als von der in der Opposition befindlichen, der Vergewaltigung ausgesetzten Minorität vertreten wurde, dahin führen, dass eine Abänderung der Geschäftsordnung innerhalb der Session fast unmöglich gemacht, auf jeden Fall sehr erschwert würde, dass nur ein Zusammentreffen aussergewöhnlich günstiger Umstände sie ermöglichen würde. In der Praxis des Reichstages hat man bisher bei Einstimmigkeit Suspensionen der Geschäftsordnung für den einzelnen Fall ohne Bedenken vorgenommen, bei Widerspruch hat in den Kämpfen um den Zolltarif die Mehrheit auf Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung (Aichbichler und Gröber) die Bestimmungen jenes § 35 keine Anwendung

finden lassen. Man hat dies Vorgehen durch eine Interpretation des Wortlautes der Geschäftsordnung ebenso zu rechtfertigen gesucht, wie den Antrag Kardorff. Weiss sieht in diesen Vorgängen den Ausdruck einer gewissen »Unstimmigkeit«, die zwischen dem Grundgedanken der Geschäftsordnung, das heisst ihrem autonomen Moment, und der Unmöglichkeit besteht, sie nach den Bedürfnissen der Geschäftslage abzuändern: »Der deutsche Reichstag gibt sich seine Geschäftsordnung selbst. Er kann die Norm nach eigenem freien Ermessen festsetzen. Da sollte man denn meinen, dass er auch im stande sein müsste, die selbe jederzeit nach Gutdünken abzuändern. Nach den positiven Bestimmungen unserer Geschäftsordnung ist dies aber in der Tat nicht der Fall. § 35, Absatz 3, steht hindernd im Wege. Das mag *de lege ferenda* bedauerlich sein. *De lege lata* darf man aber diese Tatsache deswegen nicht verschleiern: der Reichstag kann eben nicht jederzeit nach Belieben die Geschäftsordnung abändern.« Um diese Unstimmigkeit zu beseitigen, schlägt daher Weiss vor, in die Geschäftsordnung eine Bestimmung des Inhalts aufzunehmen, dass Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung jederzeit im Laufe der Debatte gestellt und sofort zur Beratung gebracht werden dürfen; dem Reichstage müsse gestattet sein, durch *incidenter* erfolgenden Mehrheitsbeschluss die Geschäftsordnung abzuändern. Weiss begründet diese Forderung damit, dass die Mehrheit jederzeit den Geschäftsgang nach ihrem freien Willen müsse bestimmen können und daran nicht mittels der Geschäftsordnung von der Minderheit gehindert werden dürfe. Die Geschäftsordnung beruhe auf Mehrheitswillen, freiem, bedingungslosem Mehrheitswillen, stelle den Mehrheitswillen dar, sei aber durchaus nicht ihrem Wesen nach ein Schutzmittel der Minderheit. Der Zweck der Geschäftsordnung sei vielmehr die Vereinfachung und glatte Erledigung der parlamentarischen Verhandlungen, die in der Hauptsache in den Händen der Mehrheit liege. Aber diese Vereinfachung des Geschäftsverfahrens dürfe nur so erfolgen, dass dabei stets der Reichstag, das heisst dessen jeweilige Mehrheit, mit dem eingeschlagenen Verfahren einverstanden sei. Der Zweckgedanke der Geschäftsordnung müsse also stets hinter ihrem Grundgedanken, ihrem autonomen Moment, zurücktreten. Dieses aber fordere, dass bezüglich des Geschäftsganges die Mehrheit des Reichstages der Minderheit ihren Willen diktiere. Und so kommt Weiss zu dem Schluss: »Die Minderheit hat keinerlei Anspruch auf Schutz. Wenn ihr einmal von der Mehrheit irgend ein Recht eingeräumt wird, so dankt sie dies dem freien Willen der Mehrheit, und darum muss die Mehrheit auch in der Lage sein, der Minderheit das gewährte Recht jederzeit wieder nehmen zu können. Selbständige, freie Rechte hat nur die Mehrheit. Ihr Wille, ihr Tun ist Recht.«

Der Grundgedanke der Weiss'schen Ausführungen, die rein juristische sind, lässt sich in die kurzen Worte zusammenfassen: Der Reichstag ist bei der Aufstellung der Geschäftsordnung autonom, also muss er auch autonom bleiben, und es ist ein Widerspruch gegen diese Autonomie, wenn der Reichstag durch die von ihm gesetzte Geschäftsführung seine Autonomie beschränkt. Die Minderheit kann nach Weiss keine Rechte haben, solange die Aufstellung der Geschäftsordnung ein autonomes Recht des Reichstages ist. Will man ihr durch die Geschäftsordnung einen Schutz verleihen, so muss die Aufstellung der Geschäftsordnung der Autonomie des Reichstages entzogen werden und im Wege der Gesetzgebung erfolgen, die sorgsam abwägt, welche Rechte und welcher

Schutz der Minderheit zweckmässigerweise einzuräumen sei. Hier zeigt sich der politische Pferdefuss der Weiss'schen Schrift. Die Autonomie des Reichstages kann nach ihm nur zügellose Herrschaft der Majorität und Unterdrückung der Minorität sein. Um die Minderheit zu schützen, müssen die Rechte des Reichstages beschränkt werden. Das sind Vorschläge, die ganz im Geiste der offiziellen, antiparlamentarischen Staatsrechtslehre liegen. Als ob nicht die Ereignisse der letzten Jahre gerade zur Genüge bewiesen hätten, dass der Schutz der Minderheit bei den verbündeten Regierungen und dem Reichstage gemeinsam ebenso schlecht aufgehoben ist, wie beim Reichstage allein. Die Ausführungen Weiss' sind auch insofern echte Früchte der genannten Staatsrechtslehre, als sie in einige juristische Formeln den reichen Inhalt des politischen Lebens, hier im speziellen des Parlamentarismus und seiner Geschäftsordnung, einzuzwängen suchen, und alles das für sie nicht existiert, was ihnen nun einmal nicht den Gefallen tut, sich in diese Formeln pressen zu lassen. Politische Institutionen lassen sich nicht rein juristisch behandeln, so wenig, wie man die Vorgänge des Lebens durch einige physikalische und chemische Formeln beschreiben kann. Der Physiker und der Chemiker erheben auch diesen Anspruch gar nicht; sie sind sich der Begrenztheit ihrer Wissenschaft bewusst. Der deutsche Staatsrechtslehrer tritt dagegen mit der Präention auf, dass, was in seinen juristischen Formeln nicht zum Ausdruck kommt, überhaupt nicht existiert.

Wie steht es nun mit der Geschäftsordnung des englischen Unterhauses? Auch dieses ist hinsichtlich des Parlamentsverfahrens vollständig autonom. Darin stimmt es mit dem Reichstage überein. Während aber für diesen die gegebene Geschäftsordnung die ausschliessliche Rechtsgrundlage des Verfahrens ist, hat das Unterhaus eine solche Geschäftsordnung niemals gekannt. Die modernen, zu einem Kodex von Normen vereinigten Bestimmungen seiner Geschäftsordnung bauen sich durchweg auf der breiten Unterlage des ungeschriebenen Gewohnheitsrechtes auf, das bis in die Mitte des XIX. Jahrhunderts vorherrschend war. Das Gewohnheitsrecht aber wird aus den Journalen des Parlaments und anderen Urkunden, sowie durch den Nachweis von Präzedenzfällen und fort-dauernde Übung erhärtet. Zu dieser aus altem Herkommen fliessenden Rechtsquelle treten die vom Unterhause ausdrücklich gefassten Beschlüsse, *orders*, die von ihm zur Ordnung seiner Geschäfte erlassen wurden. Erprobt befundene *orders* wurden konstant wiederholt. Aus ihnen bildete sich der Komplex der sogenannten *standing orders*, die vom Hause ausdrücklich, also auch für jedes weitere Parlament, bindend festgesetzten Bestimmungen und Regeln. Diese Verfügungen können jederzeit durch einfachen Beschluss wieder aufgehoben werden. Neben ihnen stehen die sogenannten *sessional orders*, Beschlüsse, die vom Hause ausdrücklich zu Beginn jeder Session erneuert werden und daher nur für die Dauer der Session bindend sind. Ihre Zahl ist niemals gross gewesen, und viele von ihnen nähern sich durch die fortgesetzte Wiederholung der anderen Gruppe der *standing orders*. Die bindende Kraft der *orders* kann nur durch eine ausdrückliche gegenteilige Willensäusserung, durch einen besonderen Beschluss des Hauses aufgehoben werden. Doch besitzt das Haus ein Mittel, um im einzelnen Fall ein Hindernis fortzuräumen, nämlich die Suspension der *standing orders*. Durch einfachen Antrag kann das Unterhaus aufgefordert werden, eine einzelne oder die Gesamtheit der *standing orders* aufzuheben. Dieser Antrag bedarf vorgängiger Anmeldung, doch hat man sich

in dringenden Fällen auch über diese Formalität hinweggesetzt. Ausserdem gibt es noch ein indirektes Verfahren der Suspension, dass nämlich das Haus auf Antrag ohne vorgängige Anmeldung eine konkrete *order* beschliesst, die ein mit den *standing orders* in Widerspruch stehendes Verfahren vorschreibt. Dadurch werden diese im einzelnen Fall mittelbar ausser Kraft gesetzt. Für eine Reform der Geschäftsordnung gibt es keine besonderen Vorschriften. Die Abänderung erfolgt durch einen einfachen Beschluss, und nur für die Erhebung eines solchen Beschlusses zu einer *standing order* bedarf es noch eines zweiten Beschlusses. Für den Beschluss genügt einfache Majorität. Infolgedessen hat die Regierung, das heisst also die Vertreterin der Mehrheit, niemals, auch nicht in den Zeiten schärfster Obstruktion, besondere Schwierigkeiten gehabt, ihre Geschäftsordnungsanträge zur Behandlung und Annahme zu bringen. Durch einfachen Antrag und Beschluss kann auch diesen die Priorität vor allen anderen gesichert werden. In dieser Leichtigkeit jederzeitiger und rascher Abänderung der Geschäftsordnung sieht Redlich eins der charakteristischen Momente des englischen Parlamentsverfahrens, und er führt auf diese Tatsache jene »Elastizität der gesamten inneren Ordnung des englischen Parlamentarismus zurück, welcher die wiederholte Überwindung kritischer politischer Zustände sowohl innerhalb, wie ausserhalb des Hauses nicht am wenigsten zuzuschreiben sei. Rein formell betrachtet gewährt also die englische Geschäftsordnung der Minorität überhaupt keinen Schutz, da jede in ihr enthaltene Schutzbestimmung durch einfachen Beschluss, der an kein besonderes Verfahren gebunden ist, von der jeweiligen Mehrheit aufgehoben werden kann. Aber auch nur, wenn man die Geschäftsordnung rein juristisch ansieht, kann man zu einer derartigen Auffassung kommen, und sie würde eben nur beweisen, dass man mit den dürren Formeln des Staatsrechtes, wie Redlich öfter sehr zutreffend bemerkt, die Bedeutung parlamentarischer Institutionen niemals begreifen kann.

Die scheinbare Leichtigkeit, mit der die Geschäftsordnung geändert werden kann, erweist sich durchaus nicht als gleichbedeutend mit der Unterdrückung der Minorität oder mit Mangel an Schutz für diese. Man muss eben bei der Beurteilung der Geschäftsordnung des Unterhauses niemals vergessen, dass sie aufs engste mit der Geschichte des Parlamentes verknüpft ist. Das gesamte System der parlamentarischen Regierung beruht in England auf der Existenz zweier gleichberechtigter Parteien, die beide so und so oft sowohl Regierungspartei, wie Minoritätspartei gewesen sind. Beide Parteien haben abwechselnd die Regierung zu tragen. Und selbst die Oppositionspartei ist indirekt an der Erledigung der Staatsgeschäfte im Parlamente mitbeteiligt. Sie ist ein Stück der parlamentarischen Maschinerie so gut, wie die Regierungspartei. Beide Parteien betrachten daher auch die Geschäftsordnung des Unterhauses als ein ihnen gemeinsames Regierungswerkzeug. In dem Masse, wie sich im Unterhause die gesamte politische Macht konzentrierte, und es infolgedessen dem Ministerium als dem Ausschuss der regierenden Mehrheit des Unterhauses die gesetzgeberische und administrative Initiative und die öffentliche Exekutive übertrug, musste auch die Geschäftsordnung mehr und mehr den Charakter der rein politischen und administrativen Nützlichkeit erhalten. Seit den letzten drei Dezennien wird daher, wie Redlich zum Schluss seiner geschichtlichen Darstellung zusammenfasst, die Geschäftsordnung vom Unterhause als blosse Frage der Technik des Regierens angesehen. Es ist also ausgeschlossen, dass die

Geschäftsordnung als ein Kampfwerkzeug erscheint, dessen Umgestaltung die Majorität benutzt, um die Minorität zu unterdrücken. Sie bildet vielmehr einen Komplex von Kampfregeln, nach denen sich der Kampf der beiden Parteien abspielt. Mit diesem Charakter der Geschäftsordnung hängt es zusammen, dass die Minorität den weitestgehenden Schutz genießt, und dass dieser Schutz, um Redlichs Worte zu zitieren, »im englischen Parlamente nicht ein Privileg der jeweiligen Minderheitspartei, sondern ein im höchsten Interesse der vom Parlamente regierten Nation ausgebildetes, lebenswichtiges Institut« ist. Wenn die Oppositionspartei ein notwendiges Glied der Staatsmaschine ist, so müssen ihr auch durch die Geschäftsordnung alle Rechte zustehen, um ihre Ansichten frei zum Ausdruck bringen und ihre Bestrebungen fördern zu können. Dieser Schutz der Minorität ist ein fundamentaler Charakterzug der englischen Geschäftsordnung, seit das Parlament besteht. Das ganze Verfahren des Unterhauses, wie es sich in den Kämpfen des XVII. Jahrhunderts ausgebildet hat, ist entstanden zur Verteidigung des sich als Minorität fühlenden Unterhauses gegenüber der Krone und dem Ministerium. Und trotz aller Änderungen in der Stellung des Unterhauses hat die Geschäftsordnung diesen Grundcharakter bewahrt, so sehr auch im einzelnen die Rechte des einzelnen Mitgliedes fortwährend beschränkt, die Rechte der Regierung ausgedehnt worden sind.

Wir haben den unserem Artikel gezogenen Rahmen bereits überschritten. Es wäre zum Beispiel von nicht minderem Interesse gewesen, das Verhältnis der Kommissionen zum Plenum und die Verteilung der Geschäfte zwischen beiden — eine Frage, die mit dem Anwachsen der Geschäftslast von immer grösserer Bedeutung wird — in ähnlicher Weise zu untersuchen. Gerade hierin nimmt das englische Parlament gegenüber denen anderer Länder eine besondere Stellung ein. Das Budget und alle grossen Regierungsvorlagen werden von dem vollen Hause, das sich für die Kommissionsberatung als Kommission konstituiert, in allen Stadien durchberaten. Wir müssen uns hier darauf beschränken, den Leser, der sich für die Probleme der parlamentarischen Geschäftsführung interessiert, auf das Redlichsche Buch zu verweisen. Hier wird er eine Fülle von Anregungen finden, wie sie nur die Jahrhunderte alte Geschichte des Parlamentarismus eines so eminent politischen Volkes, wie es das englische ist, zu bieten vermag. Dabei wird er den Vorzug eines Führers geniessen, der ihm auf Grund umfassender Kenntnis nicht nur der englischen Geschichte, sondern auch des gegenwärtigen politischen Lebens sicher durch die Labyrinth eines durch seine Entstehung selbst so verwickelt gewordenen Baues führen und ihm das Verständnis von Einrichtungen näher bringen kann, die bei den kontinentalen Völkern nicht ihresgleichen haben.

XX

## WALLY ZEPLER · DAS MUTTERSCHAFTSPROBLEM



US allen Diskussionen über das Frauenproblem in Gegenwart und Zukunft schälte sich uns als innerster Kern immer reiner die Frage heraus: Wie weit vermag sich die Mutterschaft mit der Berufsarbeit des Weibes zu verschmelzen? Ist die gesellschaftliche Stellung der Frau wie deren Widerspiegelung in den Beziehungen der Geschlechter in jeder anderen Hinsicht vorwiegend sozial bedingt und deshalb

in Epochen heftiger wirtschaftlicher Umwälzungen, wie der unsern, starken Wandlungen unterworfen, so bleibt dagegen rein naturgeschaffen und somit anscheinend unwandelbar eine tiefe Gebundenheit des Weibes durch die Mutterschaft.

Hier muss man nun — meiner Anschauung nach — von vornherein einräumen, dass die Perioden jeder Schwangerschaft und der Pflege des Kindes bis zum zweiten oder dritten Lebensjahre einer eigentlichen Berufsarbeit der Frau in weitesten Grenzen verloren gehen müssen. In weitesten Grenzen, wenn auch nicht absolut. Von entscheidender Bedeutung ist zunächst die Art der beruflichen Tätigkeit. Liegt sie auf geistigem, wissenschaftlichem oder künstlerischem Gebiete, so brauchten die weiblichen Kräfte auch während dieser Jahre mindestens nicht völlig brach zu liegen. Hier wäre eine gewisse Anpassung an die ungrenzte und unregelmässige Arbeitszeit, wie an die schwächere physische Leistungskraft wohl möglich. Die Künstlerin, die Journalistin, die Lehrerin könnte in eingeschränktem Masse innerhalb der eignen Häuslichkeit auch in diesen Zeiten ihre Tätigkeit üben; die praktisch wissenschaftliche Arbeiterin dürfte jene Perioden beruflicher Musse zur Vertiefung und Erweiterung ihrer Studien, zur geistigen Sammlung nutzen. Immerhin bliebe dies alles — darüber müssen wir uns durchaus klar sein — nur Kompromiss. Für jeden an Arbeitskraft nicht mehr als durchschnittsbegabten Menschen wird eine starke Kraftausgabe nach einer Richtung hin, wie sie die Mutterschaft darstellt, notwendig einen Ausgleich nach andern Seiten suchen, das heisst die sonstige Schaffensmöglichkeit verringern.

In jeder nicht sozialistischen Gesellschaft scheidet die soziale Befreiung der Frau unweigerlich an diesem Punkte, der sie dem Manne gegenüber konkurrenzunfähig erscheinen lässt. Wo dagegen die Mutterschaft als soziale Leistung bewertet wird, liegt für das Weib, rein materiell betrachtet, hier gar kein Problem.<sup>1)</sup> Wohl aber bestände nach wie vor ein solches Problem für das Einzelindividuum vom geistig-psychologischen ebenso, wie für die Gesamtgesellschaft vom soziologischen Standpunkt. Denn hier erwächst naturgemäss die Frage nach dem Einschlag der Frauenarbeit in das Totalgewebe menschlicher Kultur.

Es ist ohne weiteres klar, dass die Lösung dieser Frage sehr abhängig ist von unseren Anschauungen über die mutmassliche Steigerung oder Minderung der durchschnittlichen Kinderzahl unter dem Zusammenwirken der so vielfach gewandelten Lebensbedingungen des modernen Weibes. Ich muss es mir versagen, hier näher auf das Problem des Neomalthusianismus einzugehen, den ich allerdings in irgend einer Form für die unabwendbare Konsequenz sowohl jeder sozialistischen Gesellschaftsorganisation, wie jeder vollen Persönlichkeitsentfaltung des Weibes halte; indes, auch ohnedies wird die Mehrzahl der Sozialisten, wie der modernen Frauen aus den verschiedensten Gründen meiner Ansicht zuneigen, dass die durchschnittliche Zahl der Mutterschaften in der Zukunft keine allzu hohe sein dürfte. Zu dieser Annahme berechtigt — ganz abgesehen von aller Theorie — die einfache Lebenserfahrung, die fast überall

<sup>1)</sup> Die dringende Notwendigkeit, das Weib durch gesellschaftliches Eingreifen während der Zeit der Mutterschaft in ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit zu schützen, hat folgerichtig auch heute schon zu der — in Deutschland zuerst von Henriette Furth propagierten — allmählich immer dringender erhobenen Forderung einer staatlichen Mutterschaftsversicherung geführt.

mit einer Erhöhung des individuellen und sozialen Kulturlevels der Frauen eine starke Verringerung der Kinderzahl aufweist.<sup>2)</sup>

Ausgehend von dieser Grundlage, können wir wohl ohne allzugrosse Willkür eine Zeit von etwa 10 bis 12 Jahren als die durchschnittliche Gesamtdauer derjenigen Lebensperiode des Weibes voraussetzen, die vorwiegend oder ausschliesslich von der Mutterschaft erfüllt sein dürfte. Im Verhältnis zu der voll leistungskräftigen Periode des ganzen Menschenlebens scheint dieser Abzug nicht allzu hoch. Aber es ist dabei zu berücksichtigen, dass es sich gerade um diejenigen Jahre handelt, in denen körperlich und geistig der Mensch in reifster Kraft und Fülle steht, die deshalb für sein Schaffen und Streben wahrscheinlich die reichsten Früchte tragen. Für den Wert und die Höhe der weiblichen Leistungen auf rein geistigen Gebieten scheint dadurch die Mutterschaft bis zu gewissem Grade ein nie zu besiegendes Minderungsmoment. Unabwendbar ist damit die Schlussfolgerung gegeben, dass schon aus dieser Ursache heraus im Vergleich zur Qualität männlichen Schaffens auf völlig gleichem Felde die Frauenarbeit niemals die volle Ebenbürtigkeit erlangen dürfte. Dieser für die Frauen recht traurigen Erkenntnis steht aber einschränkend eine andere Erwägung entgegen.

Je weiter die Frauenarbeit unsere geistige Kultur durchdringt, je tiefer sie in Praxis und Wissenschaft ihre Furchen zieht, desto klarer beginnen wir die intimen Wesensverschiedenheiten männlichen und weiblichen Wirkens zu begreifen. Desto klarer erkennen wir, dass Männer- und Frauendenken, wie Männer- und Frauenarbeit nicht ohne weiteres an einander messbar sind, dass vielmehr die Bedeutung der Mitwirkung des Frauengeistes an dem Anschauungs- und Erkenntnisbesitz der Menschheit gerade auf dessen spezifischer Eigenart beruht. Heute vermöchten wir allerdings nur sehr andeutungsweise diese Besonderheiten herauszuschälen, den Kern der geistigen Geschlechtscharaktere aus dem historisch Gewordenen zu lösen; mit der immer freieren geistigen Entfaltung des Weibes jedoch werden die geistigen Triebe von selbst immer stärker in die ihnen wesensgemässen Bahnen drängen und damit die der weiblichen Natur hervorragend angepassten geistigen Lebensformen mehr und mehr herausentwickeln. Für unser gegenwärtiges Problem bedeutet dies: Trotz der Hemmungen der vollen Kraftentfaltung, die mit der Mutterschaft für die Frau gegeben sind und ewig gegeben sein werden, kann kraft der Besonderheit des weiblichen Wesens und Denkens die allgemeine Mitarbeit der Frau an der Menschheitskultur der Gesellschaft dennoch eine bisher nicht geahnte Fülle fruchttragender Entwicklungskeime bringen.

Rein individuell betrachtet, bleibt dagegen eine starke Herabminderung der persönlichen Leistungsfähigkeit durch die Mutterschaft bestehen, eine Herabminderung, die umso intensiver hervortreten muss, je mehr geistige Elemente der Beruf in sich schliesst. Für die grosse Mehrzahl aller Fälle indessen, in denen die Berufsarbeit eine mehr oder minder rein physische bleibt, kann — wenn die nötige Fertigkeit vorher einmal erlangt ist — auch eine längere Unterbrechung kaum eine allzu schwere berufliche Störung darstellen. Soweit also

<sup>2)</sup> Gewiss spielen dabei heute vielfach rein materielle Gründe, das heisst die Sorge um die Erziehung und spätere Existenz der Kinder mit; daneben aber unbestreitbar sowohl biologische, wie psychologische Tendenzen, die in engem Zusammenhang mit der geistigen Entwicklung des Weibes stehen.



nur die Schwangerschaft und die Pflege des Kindes in den allerersten Lebensjahren in Betracht kommen, werden zwar vielfach neue Anpassungsformen der weiblichen Arbeit an die Mutterschaftsforderungen entwickelt werden müssen: die Wahrscheinlichkeit oder Möglichkeit allgemeiner beruflicher Tätigkeit der Frau aber ist dadurch kaum gehemmt. Absolut entscheidend für das Frauenberufsproblem sind dagegen unsre Anschauungen über die weitere Erziehungsgestaltung, das heisst die Frage, ob — wie so vielfach behauptet wird — die Mutter nicht in der Tat die unersetzliche, gleichsam von der Natur bestellte Pflegerin und Erzieherin des Kindes auch nach dessen allerersten Lebensjahren bleibt. Mit der Beantwortung dieser Frage im bejahenden oder verneinenden Sinne fällt oder steht naturgemäss das Berufsproblem der Frau.

An diesem Punkte verlässt nun notgedrungen unsre Untersuchung ihren bisherigen Weg und wendet sich nach einer andren Seite. Denn die Richtungslinien zukünftiger Jugenderziehung werden nicht bestimmt durch die schwankenden, sentimental-ethischen Wünsche der Menschen von heute; sie werden nicht bestimmt durch individuelle Gefühle, wie etwa die Sehnsucht der Mutter nach einem dauernden Zusammensein mit ihren Kindern; sie sind vielmehr einzig gegeben durch die allgemeinen sozialen Triebkräfte die sich in unseren Erziehungsidealen und -forderungen, wie in allen anderen Kulturideen bewussten Ausdruck schaffen. Das heisst: das Ausschlaggebende ist hier nicht das Interesse der Frauen, sondern das der Kinder. Das Interesse der Kinder, das sich ergibt und emporwächst aus dem modernen Ideal des Menschentums, aus dem allgemeinen sozialen Ideal. Es gilt also, den Anfängen einer wirklich modernen Erziehungslehre nachzuspüren, die herausgeboren ist aus den Entwicklungsbedürfnissen der reifenden höheren Organisationsform der menschlichen Gesellschaft.

So wenig in ihren Einzelzügen ausgestaltet diese Erziehungslehre der Zukunft heute ist; so himmelweit entfernt von der erstrebten freien und harmonischen Ausbildung menschlicher Fähigkeiten der traurig-öde, einseitig formale Schuldrill erscheinen muss, wie er gegenwärtig das kindliche Leben noch völlig beherrscht: in verstreuten Keimen, in vereinzelt leisen Versuchen, in der Sehnsucht und der Erkenntnis der fortgeschrittensten pädagogischen Denker bergen sich dennoch auch heute schon die Linien jener einstigen Jugendbildung. Ihr Grundprinzip lässt sich kurz in dem Begriff einer *Sozialpädagogik* zusammenfassen, das heisst der hervorragenden Entwicklung der sozialen Triebe im Menschen, wie sie einer bewusst durchgeführten sozialistischen Gesellschaftsorganisation allein angepasst wären. Ohne die systematische Entfaltung der Gemeinsamkeitsinstinkte in den heranwachsenden Generationen, ohne eine stete, von früher Jugend an geübte Stärkung physischer Kraft und Arbeitsfähigkeit erscheint eine Neuorganisation des Wirtschaftslebens der Menschheit von vornherein ausgeschlossen. Genosse David sagt darüber treffend: »Als Zukunftsideal liesse sich die allgemeine Errichtung von Erziehungsanstalten denken, die allen Kindern eine genügende Ausbildung in der landwirtschaftlichen Arbeit mit auf den Lebensweg geben. Wir meinen Anstalten, wie sie Rousseau, Fichte, Goethe und anderen pädagogischen Idealisten vorgeschwebt haben, Erziehungsheime, die auf der Grundlage eines landwirtschaftlichen Betriebes aufgebaut sind, der von den Schülern selbst bewirtschaftet wird . . . . Dazu muss eine Umgestaltung des Lehrstoffs und der Lehrmethode treten. Die Entwicklung

der Sinne, der Beobachtungsgabe und der Arbeitskraft durch Arbeit an den konkreten Dingen muss den Ausgangspunkt bilden. In Schulgärten und Werkstätten, auf Wanderungen durch die Natur und die Produktionswerkstätten der Menschen muss das Naturleben und die Kulturarbeit zur unmittelbaren Anschauung kommen, und diese mit den Sinnen wahrgenommene, in ihren konkreten Verhältnissen aktiv erfasste Erfahrungswelt muss den Lehrstoff bilden, aus dem die allgemeinen, abstrakten Einsichten in die Zusammenhänge des Natur- und Kulturlebens zu finden sind. Alles Wissen und alles Können, das dem Kinde beigebracht wird, muss in deutlich erkennbarer Beziehung zum eigenen Leben und zum Leben der Gesamtheit stehen.«<sup>3)</sup> Es könnte scheinen, als läge hier eine Umbildung rein pädagogischer Prinzipien nach der willkürlichen Idee hin vor, die menschlichen Fähigkeiten möglichst den Forderungen des Sozialismus anzupassen, die unter Umständen mit der Höchstentfaltung der individuellen Menschenpersönlichkeit nicht zusammenzufallen brauchten. Das heisst, man könnte annehmen, dieses sozialistische Erziehungsideal müsse nicht unbedingt aufgehen in dem menschlich höchsten Kulturideal.

Das ist gleichwohl der Fall. Wie David schon in der angeführten Stelle bemerkt, forderten bereits Rousseau, Fichte, Goethe, es forderte vor allem der Reorganisator der modernen Pädagogik, Pestalozzi, allgemeine Erziehung auf Grundlage produktiver Arbeit, während gewiss an solchen pädagogischen Idealideen der Gedanke an eine sozialistische Menschheitszukunft keinerlei Anteil hatte. Es muss also die Entwicklung des Ideals moderner Menschenpersönlichkeit an sich auf die Arbeitstüchtigkeit als Basis der geistigen Fähigkeiten und andererseits auf Versinnlichung der Erkenntnis, auf ein Ausgehen des Denkens und Wissens aus Anschauungselementen hinweisen. Dass hier auf anscheinend so merkwürdige Art der Ideengehalt fortgeschrittener Pädagogik mit den Erfordernissen einer sozialistischen Erziehungslehre übereinstimmt, darf man wohl als eine interessante Bestätigung der materialistischen Anschauungsweise betrachten, nach der auch die ethischen und intellektuellen Bewusstseinsformen des Menschengestes ihre verborgenen Wurzeln in wirtschaftlichen Notwendigkeiten haben. Wie immer man aber auch darüber denken mag: die Richtung aller zukünftigen Erziehung liegt uns in ihren Hauptzügen deutlich vorgezeichnet.

Unser heutiges Lehr- und Drillsystem ragt als ein dürrer, in seinen Lebenswurzeln längst angefaulter Stamm — als Überbleibsel einstigen humanistischen Fachgelehrtentums — auf dem von neuen Samen schwellenden Boden einer neuen Zeit. Und der armselig dürftige Gedächtniskram der sogenannten *Volksschule* ist nichts weiter, als ein Reis von diesem selben Stamm. Zusammenhanglos und ohne organische Verbindung mit dem Leben des Volkes, wie mit modernem Geistesleben, erscheint diese ganze in lauter Buchstaben ertrinkende Schulweisheit wie ein Hohn auf Vernunft und Menschentum, ein Hohn auf sozialen und kulturellen Fortschritt. Dass sie tatsächlich noch immer besteht und Generation auf Generation jugendfrischer Menschengester langsam unter ihrem Mühlstein zermürbt, geschieht nicht, weil sie irgend ein

<sup>3)</sup> Vergl. Eduard David: *Sozialismus und Landwirtschaft*, I. Bd. /Berlin 1903/, pag. 289-290. Allerdings möchte ich damit nicht ohne weiteres der speziellen Forderung Davids zustimmen, »allen Kindern eine genügende Ausbildung in der landwirtschaftlichen Arbeit mit auf den Lebensweg zu geben«, eine Forderung, die ja im engsten Zusammenhang mit Davids Gesamtanschauungen in der Landwirtschaftsfrage steht.

Denkender noch billigt, sondern weil es auch zu ihrer Zerstörung erst des wachsenden Machteinflusses des Sozialismus, des Trägers alles sozialen Neuwerdens bedürfen wird. Darüber aber, was Erziehung im Sinne des modernen Menschen bedeuten sollte, sind wir uns alle klar.

Jedem, der überhaupt einmal versucht, die Seele des Kindes zu studieren, der Art seines Denkens, seinem inneren Leben nachzugehen, jedem, der je Kinder beobachtet hat, ihren Bewegungs- und Betätigungsdrang, ihre natürliche Neigung zu konkretem Sehen, zum Anschauen von Tier- und Pflanzenleben, zum Aufgehen in der Natur, drängt sich immer von neuem der krasse Widerspruch unserer Erziehungsmethode, die ganze Unnatur des Lebens der Jugend in Schul- und Häusermauern auf. Ich schweige völlig von der Volksschule, wie von dem unsäglich traurigen Dasein städtischer Proletarierkinder in engen Stuben und schmutzigen, sonnenlosen Gassen. Ich spreche nur von den Kindern der Besitzenden, mit deren sogenannter *Erziehung* in Worten und Theorien gerade jetzt beinahe ein Kultus getrieben wird. Wie sieht diese Erziehung aber *in praxi* aus! Welche Sinnlosigkeit liegt in dem nie endenden Lernzwang, dem ewig unfreien, einseitig überhasteten, naturentfremdeten Aufwachsen der Kinder in den Städten! Das ist nicht Entfaltung; es ist fortgesetzte Unterdrückung aller physischen und geistigen Lebenstrieb. Wie anders wäre das Bild einer organisch aufbauenden Erziehung! Wo der kindliche Geist nur mit Zwang und Widerwillen verstandesmassiges Wissen, blutleere Formeln und Abstraktionen in sich aufnimmt, wo der jugendliche Körper nur unter stetem Widerstreben Jahr um Jahr auf der Schulbank festgehalten werden kann, da würde aus den tausend Beobachtungen draussen in freier Natur, in Wald und Feld, der natürliche Erkenntnisdrang immer neue Nahrung saugen, der Geist sich Wissens- und Anschauungsformen in eigener organischer Tätigkeit angliedern; da könnte selbständiges geistiges Leben und individuelle Begabung zu ihrem Rechte kommen, und das Lernen würde wieder zu einem schrittweisen, sokratischen Selbstentwickeln. Und wie die Geisteskräfte, so würden Muskeln und Nerven sich draussen in gesunder Arbeit, in Wind und Wetter, stählen, der Jugend in fröhlichem Wettkampf auch physische Tüchtigkeit, vor allem aber Ehrfurcht vor der Arbeit und das Bewusstsein der Arbeitsverpflichtung erwachsen.

Um sich den Zielen einer solchen Sozialerziehung zu nähern, um nicht zu lehren, sondern, der Selbstentwicklung nachgehend, langsam zu bilden, dazu bedürfte es aber eines weitgehenden Erziehungseinflusses hervorragender Lehrerpersönlichkeiten, dazu bedürfte es der Zeit, um Arbeit und Unterricht, Sport und Wanderungen zu vereinen, dazu bedürfte es vor allem des Miteinanderlebens der Jugend, des Aufgehens in einem zusammenhängenden sozialen Organismus. Das heisst also: dies alles forderte einen Erziehungsplan, der das Leben des heranwachsenden Kindes in weit ausgedehnterem Masse beherrscht und erfüllt, als unsere heutige Schule, der damit den Zentralpunkt des Kindeslebens aus dem elterlichen Hause hinaus in den grossen Kreis der Jugendgenossen verlegt.

Und damit sind wir zu unserm eigentlichen Ausgangspunkt zurückgelangt.

Allerdings bedeutet all das noch nicht die Notwendigkeit oder auch nur Wahrscheinlichkeit einer völligen Trennung des heranwachsenden Kindes von der Mutter. Immer noch könnte ein Teil des Tages, insbesondere die Abend- und

Ruhestunden, die einzelnen wieder in die mütterliche Häuslichkeit führen. Immer noch könnte unter den mannigfachsten Formen den Eltern Anteilnahme und Einfluss an der Erziehung gesichert sein, so dass dennoch ein dauerndes und inniges Zusammenleben Eltern und Kinder vereinte. Aber es ist klar — und das ist der springende Punkt für unser Problem —: ein so weit gedehnter Beschäftigungskreis der Jugend in öffentlichen Erziehungsheimen, wie wir ihn als Grundlage der Zukunftserziehung annehmen, müsste der Mutter rein zeitlich ausserordentlich viel von ihrem Wirkungskreis entziehen und einen bedeutenden Teil ihrer Kraft für eine berufliche Tätigkeit freisetzen.

Nun ist allerdings dieses Endresultat, wie unsere ganze Beweisführung, hinfallig für den, der an die hier vorausgesetzte Entwicklungsrichtung der pädagogischen Anschauungen nicht glaubt. Vor allem werden die Fanatiker der mütterlichen Erziehung uns sofort entgegenhalten, dass kein noch so grosser Fortschritt der pädagogischen Methoden, keine Steigerung der physischen Kräfte des Kindes, ja selbst keine Erhöhung seiner Freiheit und Ungebundenheit je im stande sein können, das Wirken der Mutter, ihr Eingehen auf die kindliche Seele und Eigenart, zu ersetzen. Sie werden zum hundertsten Male behaupten, dass dennoch das beste Jugendglück der Kinder ertötet, ihre seelische Entwicklung gehemmt werden muss, sobald man ihnen die stete, liebevoll sorgende Gegenwart der Mutter entzieht. Steht man auf diesem Standpunkt, glaubt man durchaus an die unfehlbare pädagogische Weisheit jeder Mutter, an die naturgeborene Vollendung ihrer psychologischen Fähigkeiten, sobald sie im Dienste des eigenen Kindes stehen — dann allerdings muss notwendig auch die gesellschaftliche Schätzung der Frauenberufsarbeit eine andere sein. Dann wird keine sonstige Tätigkeit des Weibes — und schüfe sie für die Gesellschaft noch so hohe Werte — an sozialer Bedeutung der mütterlichen Erziehungsaufgabe zu gleichen scheinen. Dann wäre folgerichtig auch zu wünschen, dass selbst nach Aufhebung der Einzelehe als der alleinigen Grundform des Gesellschaftsbaues der Hauptberuf jeder Frau während der längsten Periode ihres Lebens die Pflege und Erziehung ihrer Kinder bliebe, und zwar natürlich als eine jeder andern gleich gewertete und gleich entlohnte Leistung.

In dieser Frage steht sich nun Anschauung und Anschauung gegenüber, ohne dass es im Grunde irgend ein Mittel gäbe, sie anders, als durch spekulative Betrachtungen zu klären. Denn hier ist es tatsächlich noch weit schwieriger, als bei rein wirtschaftlichen Gebilden, unanfechtbare Erfahrungsergebnisse aus den schon bestehenden Keimbildungen für spätere Organisationsformen zu gewinnen. Deshalb schwieriger, weil hier mehr noch, als dort, solchen Keimbildungen gesunde Entfaltungsmöglichkeiten mangeln, und die ihrem Organisationsprinzip feindliche Umwelt ihre Wirkungskraft von allen Seiten lahmlegt. So hat es eine irgendwie massgebende Erfahrung für eine soziale Erziehung in dem geschilderten Sinne kaum je bisher gegeben. Wo leise Anfänge existieren, da sind sie viel zu wenig ausgedehnt, viel zu abhängig von heutigen staatlichen und gesellschaftlichen Forderungen aller Art, als dass ihre Bedeutung zu voller Geltung kommen könnte. Vor allem aber könnte ihr erzieherischer Einfluss erst dann vollendet hervortreten, wenn ihre innerste Grundlage, der Geist des Gemeinsinns und sozialen Pflichtbewusstseins, im

Einklang wäre mit dem Gesamtleben der Gesellschaft. Auf der anderen Seite stehen wir so sehr unter dem Druck des Jahrhunderte lang genährten Gewohnheitsgefühls, sobald an den uralten Fetischismus von Mutterliebe und Mutterkraft auch nur gerührt wird, dass selbst dem objektivsten Beobachter in diesem Punkte meist ein verschwommener Gefühlsnebel die Klarheit des Blickes trübt. Und die durch diesen rosenroten Nebel hindurch die wahren Linien des Bildes nüchterner zu sehen glauben, trifft dann allzu leicht der Vorwurf, unnatürlich oder degeneriert zu empfinden. Genauer betrachtet, gibt es indessen für uns Kulturmenschen, wie oft richtig bemerkt worden ist, gar kein natürliches oder unnatürliches, sondern nur ein historisch gewordenes Empfinden. Wir können also nicht fragen: Entspricht es den natürlichen menschlichen Instinkten, dass die Eltern, respektive die Mutter, mit den Kindern bis zu deren Reife dauernd zusammen leben? Als vielmehr: Ist für unsere heutigen Lebensformen, für das Glück unserer Kinder, wie für unser Weib- und Muttergefühl ein solches Zusammensein durchaus notwendig?

Und ich muss gestehen: Unter diesem Gesichtswinkel erscheinen mir die sentimental fanatischen Lobpreisungen des mütterlichen Einflusses mindestens sehr im Widerspruch mit den wirklichen Tatsachen. Schon Oda Olbergs Behauptung, das Hegen und Pflegen der kleinen Kinder sei ein unbedingtes »Lebensbedürfnis« jedes Weibes,<sup>4)</sup> halte ich für ausserordentlich anfechtbar. Wenigstens möchte ich demgegenüber fragen, weshalb denn beinahe ausnahmslos jede wohlhabendere Frau sich schleunigst bezahlte Kräfte zur Pflege ihrer Kinder engagiert und das Selbsthegen und -pflegen höchst entsagungsvoll auf ein gelegentliches Küssen und Verzärteln der Kleinen beschränkt. Was man auch sonst von der Lebensführung der reichen Bourgeoisdamen denken möge, es ist doch schliesslich nicht anzunehmen, dass sie sämtlich in ihren Weibinstinkten so völlig degeneriert sein sollten, um die allgemeinsten mütterlichen Gefühle nicht mehr zu empfinden. Die Neigung zum Hegen und Pflegen der Kinder ist eben, genauer besehen, eigentlich nur die spielerische Neigung zum Hätscheln der anschmiegenden, zärtlichkeitsbedürftigen Geschöpfchen, die noch so gar keine Regungen zu unbequemem Selbstständigkeitsdrang bekunden. Das ist wohl auch der eigentliche Grund, weshalb die Mütter »nur mit stillem Herzeleid die Kinder ihrer Pflege entwachsen« und gross werden sehen. Herangewachsene Kinder sind sehr viel anspruchsvoller. Sie wollen nicht mehr bloss *geliebt* und um der lieben Eitelkeit willen geistig und physisch herausstaffiert sein. Sie stellen — und zwar ganz abgesehen von den Erziehungs-zwecken, die der Erwachsene ja in ihr Leben erst hineinträgt — an ihre Umgebung selbst gewisse Forderungen. Sie verlangen persönliches Verständnis, Anteilnahme an ihrem krausen, für den weltreifen Menschen höchst seltsamen Innenleben oder auch ruhiges, passives Gewährenlassen.

Sind es nun diese Eigenwünsche der Jugend, denen gerade nur die Mütter volle Gewährung verheissen? Die Antwort geben uns die Erfahrungen des Lebens. Sind es wirklich die Mütter, die die Seelenkämpfe ihrer jungen Töchter und Söhne mit ihnen durchkämpfen? Gibt es eine so grosse Zahl wenigstens unter den gebildeten und nicht arbeitsüberlasteten Frauen, die

<sup>4)</sup> Vergl. Oda Olberg: *Polemischer über Frauenfrage und Sozialismus in den Sozialisten 222 Monatsheften*, 1905, I. Bd., pag. 304.

auch nur ahnen, was in den Seelen ihrer Kinder vorgeht, die mit ihnen wachsen, die die gärenden Kräfte, die vage und irrende Sehnsucht der Jugend begreifend und bewusst in feste Bahnen zu lenken suchen? Oder machen sich allzu viele dieser naturgeborenen Erzieherinnen auch nur jemals die Grenzen und Möglichkeiten bewusster Erziehung klar?

Die geistige Entfaltung ist, wie das körperliche Reifen, ein Wachsen und Werden, ein langsames Sicherschliessen der Seelen- und Geistestriebe, deren Keime von Geburt an in uns schlummern. Im Tummeln und Spielen, im Sinnen und Träumen, in all den losen Phantasieen, die uns Erwachsenen oft so zusammenhanglos und närrisch dünken, erblüht das geistige Leben des Kindes, und wessen es bedarf, das ist auch in geistiger Hinsicht in erster Reihe: Freiheit, Licht und Sonnenschein. Heisser, als der bewusst ringende reife Mensch, begehrt das Kind Heiterkeit und sorgenlose Stille, die es braucht, um die heranstürmenden Eindrücke der Aussenwelt in sich aufzunehmen. Nun mag sicherlich manchem Schosskind des Geschicks solch wolkenlos heiterer Sonnenglanz die Jugend im Elternhause vergoldet haben. Aber dass das Familienheim an sich, das stete Miteinandersein von Eltern und Kindern sonderlich geeignete Bedingungen schüfe, Ruhe und Frohsinn um das Kind zu breiten, wird schwerlich irgendwer behaupten wollen. Gerade, weil das Kind mit unlöslichen Gefühlsbanden an Eltern und Geschwister gekettet ist, muss es alle Sorgen und Kümernisse, allen Schmerz und alles Seelenleid der Angehörigen mittragen helfen, und die Liebe zu ihnen wird deshalb den allermeisten Menschen weit weniger zu einer Quelle des Glückes, als zu einem unversiegbaren Born des Leidens und der inneren Unfreiheit. Ich bestreite gewiss nicht, was Hartwig in einem der Frauenpolemikartikel behauptet, dass die Zärtlichkeit und innige Zuneigung der Mutter dem Kinde auch ein tiefer Glücksbesitz ist und in manchen Momenten der Hingebung ein Gefühl der Geborgenheit auslöst, das kaum durch etwas anderes ersetzbar wäre.<sup>5)</sup> Ja, ich füge hinzu: wahrscheinlich ist sogar das Glücksempfinden der Mutter in Gegenwart eines geliebten Kindes ein noch viel intensiveres, und könnte oder wollte man es ihr rauben, man würde die Menschheit um eine ihrer herrlichsten Empfindungen verkürzen. Aber Hartwig irrt vollkommen, wenn er wirklich glaubt, um diese Liebe wachzurufen, bedürfe es des unaufhörlichen Beisammenseins, oder dies Ancinanderhocken wirke etwa stets vertiefend auf das kindliche Gefühl. Sehr viel eher wirkt es verweichlichend. Das Kind, mit überzärtlichen Worten von der Mutter über jeden leisen Schmerz getröstet, verlernt, sich den Härten des Lebens, wie den Pflichten gegen andere anzupassen und wird in der lauen Zärtlichkeitsatmosphäre leicht zum Schwächling und Egoisten. Die Mutter umgekehrt wird durch das stete Zusammensein, durch die ewige Unruhe und Inanspruchnahme, die ihr kaum jemals Zeit zur Selbstbesinnung lässt, naturgemäss oft nervös und ungeduldig. Und ihre Überreizung wird nicht, wie man vielleicht denken sollte, gemindert, sondern erhöht durch die scheinbare Unabhängigkeit in ihrer Beschäftigung. Eine Unabhängigkeit, die in Wahrheit nur Unreguliertheit und Ziellosgigkeit ist und darum das unschätzbare psychische Äquivalent jeder noch so schweren beruflichen Anstrengung, das befreiende Gefühl methodisch kraftvoller Tätigkeit,

<sup>5)</sup> Vergl. Curt Hartwig: *Einige Randbemerkungen zur Frauenfrage in den Sozialistischen Monatsheften*, 1905, II. Bd., pag. 879.

durchaus vermissen lässt. Deshalb wäre es ganz und gar nicht, wie Genosse Fischer meint, unbedingt unerquicklicher für jede Frau, eine grössere Zahl fremder Kinder während so und so vieler Stunden des Tages zu pflügen und zu beschäftigen, als ununterbrochen die eigenen zu hüten.<sup>6)</sup> Jedenfalls wirkt die *Nervosität* der Mütter, die ohne anderweitige Entlastung den ganzen Tag um ihre Kinder sein müssen, auch auf diese selbst nicht eben erquicklich. Sie prägt sich zuweilen in unmotivierten Heftigkeits-, wie in ebenso unmotivierten Zärtlichkeitsausbrüchen aus, lässt die Kinder unter dauernd wechselnden Stimmungen leiden oder fordert von ihnen um der Ruhe der Mutter willen Unterdrückung ihrer lärmenden Fröhlichkeit und Bewegungslust. Ganz besonders weiss die häusliche Erziehung gar nichts Rechtes mit den noch nicht schulpflichtigen Kleinen anzufangen, die gewöhnlich das ganze Haus tyrannisieren, überall stören, überall unnütze Arbeit bereiten, alle Zärtlichkeit oft mit unwilliger und störrischer Laune erwidern, weil sie ganz anderer Dinge bedürfen, als sie ihnen das Familienheim zu bieten vermag. Mit Altersgenossen in weiten Gärten und Spielplätzen vereinigt, wo es sich tummeln, Tiere und Blumen beobachten könnte, würde auch das 3- bis 7jährige Kind für viele Stunden des Tages sehr gern der Mutter entbehren. Beglückt es doch bekanntlich anfangs sogar die meisten Kleinen, wenn sie aus der Langweile des Hauses in die Schule entrinnen dürfen, obgleich vorläufig dort wirklich nur Öde und Zwang ihrer harrt.

So, scheint mir, vereint sich vollkommen das Interesse der Mutter mit dem des Kindes, wenn nach dessen allerersten Lebensjahren die rein mütterliche Pflege in weitem Umfange zu gunsten anderer gesellschaftlicher Institutionen zurücktritt, die in vollkommenerer Weise, als das Haus, dem Kindesleben angepasste Entwicklungsbedingungen schaffen könnten. Die Frau aber gewänne volle Musse zu einer Berufstätigkeit, die allerdings nicht, wie heute, ein wahn sinniges und ruheloses Hetzen bedeuten kann, und — weit entfernt, dass dadurch die naturgegebene Zärtlichkeit zwischen Mutter und Kind ertötet werden müsste, würde die Liebe zwischen ihnen in den selteneren Stunden des Miteinanderseins, den Feststunden des Lebens, nur umso voller erblühen. Und ebensowenig brauchte dadurch der Einfluss der mütterlichen Persönlichkeit auf die geistige und seelische Entwicklung des Kindes geringer zu werden. Wo die Natur sie entsprechend begabt hat, das heisst, wo gleich gerichtete Individualitäten auf einander treffen, da bedarf es bei dem natürlichen Liebesinstinkt zwischen Eltern und Kindern durchaus nicht des steten Beisammenlebens, um sie in persönlichem Mitempfinden zu verknüpfen, wie trotz eines schweren Berufes auch heute oft genug der Vater den Kindern seelisch weit näher steht, als die Mutter.

Die Entwicklung der ganzen Frauenberufs-, wie der Ehe- und Hauswirtschaftsfrage, stellt jedenfalls ein vorzügliches Beispiel dafür dar, wie infolge des Wirkens gewisser wirtschaftlicher Kräfte soziale und psychische Strömungen zugleich von den verschiedensten Seiten her in einen Punkt zusammenzufließen pflegen, um mit vereinter Gewalt die Gesellschaft nach einer bestimmten Richtung vorwärts zu drängen.

Und dennoch, so klar für unsere Anschauungsweise dies alles sich darzu-

<sup>6)</sup> Vergl. Edmund Fischer: *Die Familie und der Sozialismus im Armen Tentel* vom 2. April 1905.

stellen scheint: welch tiefe Meinungsdivergenzen auch im Lager der Sozialisten in dem Erfassen des Frauenproblems! In Wahrheit tiefere noch, als sie nach aussen in Erscheinung treten. Der innere Grund dieses zögernden Mitgehens auch revolutionär denkender Köpfe gerade in dieser Frage liegt wohl in der heftigen Gefühlshemmung, die alle Vorstellungen einer starken Veränderung der persönlichen Beziehungen der Menschen begleitet. Denn sicherlich, so manche tiefe Empfindungswandlung würde das psychische Bild des Weibes in seinen Linien verändern, wenn wirklich die soziale Entwicklung in Bezug auf Ehe- und Familiengemeinschaft die Bahn verfolgt, die wir vorausszusehen glauben. Und mit dem psychischen Bild des Weibes wird das Geistes- und Seelenleben des Mannes eine Umprägung erfahren. So vollzieht sich, gewaltiger fast, als die wirtschaftliche Revolution, in der wir stehen, um und mit uns langsam eine Auflösung tausendjähriger Gefühlstraditionen, und aus den Tiefen des sozialen Lebens tauchen, verhüllt noch und verschwommen, die Umrisse einer neuen Welt.

XX

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

### Wirtschaft

#### Geldmarkt

Eine gewisse Erleichterung des Leihkapitalmarktes ist endlich eingetreten: die deutsche Reichsbank konnte am 23. Mai mit ihrem Diskont von 5 auf  $4\frac{1}{2}\%$  zurückgehen. Das scheint, im Zusammenhang mit vorangegangenen Diskontfestsetzungen, auf den ersten Blick ein ganz ansehnlicher Erfolg für die kreditbedürftige Geschäftswelt, da vom 11. Dezember 1905 bis zum 18. Januar eine 6prozentige Diskontrate, und alsdann der erwähnte 5prozentige Satz bestand. Aber die Bank von England, in der sich die allgemeine Lage des internationalen Geldmarktes am schärfsten widerspiegelt, hat sich bisher, aus guten Gründen, noch immer nicht entschliessen können, ihren ungewöhnlich hohen Diskont von 4% wieder zu verlassen, und die deutsche Reichsbank verzeichnete vor Jahresfrist nur einen Zinssatz von 3%, während im Vorjahre Ende Mai die englische Bank sich mit einem Diskont von  $2\frac{1}{2}\%$  (1904 3, 1903  $3\frac{1}{2}\%$ ) begnügte.

#### Anleihen

Die früher bereits erwähnte kursdrückende Wirkung des relativ hohen Zinsfußes auf die niedrigverzinslichen öffentlichen Anleihen (vergl. die Rundschau im vorigen Bande, pag. 504) hat sich deshalb in steigendem Masse voll-

Selbst die  $3\frac{1}{2}$ prozentigen Reichsanleihen, die man noch nicht 2 Monate vorher den Zeichnern zu einem Vorzugspreise von 100,10 respektive 100 angeboten hatte, sanken Anfang Juni, als der Reichsinvalidenfonds wieder einmal 17 Mill. M. heimischer Renten aus seinem Kapitalbestand abzustossen sich anschickte, unter Pari (am 9. Juni  $99\frac{1}{4}\%$ , die 3prozentige Reichsanleihe 87,20). Seit 1902 war eine ähnliche Erfahrung nicht gemacht worden, denn die niedrigste Notierung an der Berliner Börse betrug

	für $3\frac{1}{2}$ prozentige Reichsanleihe	für 3prozentige Reichsanleihe
1902	101,20	90,30
1903	101,00	89,20
1904	101,30	89,00
1905	100,30	88,40

Städte und Hypothekenbanken kehren darum mit ihrem Anleihebedarf mehr und mehr zum 4prozentigen Typus zurück, auf den das Reich seit 1885-1886 verzichtete, um schliesslich im Jahre 1897 die 4prozentigen Anleihen in  $3\frac{1}{2}$ prozentige zu konvertieren — in Form von Schatzanweisungen hat das Reich allerdings bereits 1900 seinen vorübergehenden Geldbedarf durch 4prozentige Titres decken müssen. Für den kommunalen Kredit ist die im wesentlichen durch die industrielle Hochkonjunktur erzeugte Kreditbedrängnis natürlich noch fühlbarer. Gleichviel, ob unter den Banken und Bankiers ein förm-



liches Einvernehmen über die offene oder versteckte Ablehnung niedriger verzinslicher Stadtanleihen herrscht, jedenfalls müssen die Gemeinden die für sie unangenehmen Zinsfolgerungen ziehen, wenn sie die Befriedigung ihres Leihkapitalsbedarfs nicht vertagen können oder wollen. So hat sich München entschliessen müssen, zur Ausgabe von 13½ Mill. M. 4prozentiger Titel zu schreiten, was noch kurze Zeit zuvor süddeutsche Blätter für ganz unmöglich erklärt hatten. Ähnlich erging es Ludwigshafen. Die Stadt Cöln erhielt am 12. Juni auf eine Submission von 36 Mill. M. 3½prozentiger Anleihe keinerlei Angebot; die Banken erklärten samt und sonders, die Lage des Geldmarktes mache die Übernahme unmöglich. Das anlagesuchende Publikum kann heute auf absehbare Zeit sein Geld höherverzinslich unterbringen.

× **Bautätigkeit** Auch den Rückschlag auf die Emissionstätigkeit betreffs der Hypothekens-

pandbriefe und damit auf die Bautätigkeit glaubt man bereits konstatieren zu können. In den ersten Monaten sind allerdings noch fast ebensoviel solcher Titres, wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres, an der Berliner Börse zugelassen worden (rund 270 gegen 280 Mill. M.). Aber das Widerstreben des Marktes gegen weitere solche Aufnahmen soll deutlich hervortreten, so dass der Gesamtbetrag der Vorjahrsemissionen (1905 etwa 489 Mill. M., 1904 460 Mill. M., 1903 462 Mill. M.) wohl kaum erreicht werden wird. Da die etwaige Einschränkung der kommunalen einmaligen, ausserordentlichen Ausgaben gleichfalls wesentlich in einer Einschränkung öffentlicher Bauten zum Ausdruck gelangen würde, so könnten die Baugewerbe die Anspannung des Geldmarktes wohl allmählich stärker fühlen. Freilich, eine Menge unmittelbar produktiver und anderer Bauten werden durch den Konjunkturaufstieg mehr gefordert, als durch die Kreditverteuerung gehemmt. Sogar der Bau von Privatwohnungen wird in solch guten Zeiten oft durch Mietssteigerungen mehr angereizt, als durch die Schwierigkeiten der Baugelderbeschaffung abgeschreckt, so dass hier alle Voraussetzungen auf sehr schwankenden Grundlagen ruhen. Man kann sich wohl die neben und gegen einander wirkenden Kräfte vergegenwärtigen; das Schlussergebnis bleibt ein unsicheres.

×

**Hibernia und Reichsgericht** In der Hiberniafrage hat nunmehr, durch die Urteilsverkündung vom 13.

Juni, das Reichsgericht gesprochen gegen den preussischen Fiskus und die *Dresdener Bank* und für die Syndikatsherren, die *Berliner Handelsgesellschaft* und das Bankhaus Bleichröder. Der preussische Handelsminister glaubte bekanntlich vor 2 Jahren, durch Ankauf von 27½ Mill. M. Aktien die beschliessende Mehrheit und damit das ganze wichtige Bergwerksunternehmen in den Händen zu haben. Die Gegner erhöhten im letzten Augenblick mit einem kecken Handstreich das Aktienkapital durch Ausgabe von 6½ Mill. M. neuer Aktien, von 53½ Mill. M. auf 60 Mill. M. und drückten so die Verstaatlichungsgruppe unversehens zur Minderheit herab. Um die Rechtmässigkeit des rettenden Beschlusses der Finanziers und Industriellen drehte sich alsdann der juristische Streit, mit wechselndem Erfolge, da das Landgericht Bochum die Einwände der *Dresdener Bank* zurückwies, und der Registerrichter die Kapitalserhöhung eintrug, während das Oberlandesgericht Hamm als Berufungsinstanz die Kapitalserhöhung als nichtig beurteilte; die Reichsgerichtsentscheidung wiederum ist gegen die Verstaatlichungsaktion ausgefallen, die in ihrer ganzen Entwicklung sicherlich kein Ruhmesblatt für Herrn Möller und das Berliner Handelsministerium bildet. Immerhin ist das letzte Wort in der Angelegenheit durchaus nicht gesprochen. Der Staat mit seinem Aktienbesitz und seinem sonstigen Einfluss würde für jede Hibernialeitung ein Pfahl im Fleische sein, wenn man nicht einen leidlichen Friedensschluss erzielt. Wahrscheinlich wird der Staat die zu seiner beherrschenden Stellung nötige Aktienmehrheit haben können, wenn er noch tiefer, als sonst, in seinen und der Steuerzahler Beutel greift. Wie dann der bergwerkbesitzende Staat und das Kohlensyndikat sich zu einander stellen werden, ist heute noch immer nicht abzusehen, trotz alles jahrelangen Hin- und Hergeredes.

× **Kohlensyndikat** In der Zechenbesitzerversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats am 8. Juni wurde beschlossen, die Beteiligungsquote für das III. Quartal 1906 für Kohlen auf 95%, für Koks auf 95% und für Briketts auf 90% (gegen bisherige 80, 85 beziehent

lich 82 %) festzusetzen. Im Monat April hat, wie seitens des Vorstandes mitgeteilt wurde, der rechnermässige Absatz 4 911 516 t (im Vorjahr 4 571 609 t), mithin 339 707 t oder 7,43 % mehr, als im Vergleichsmonat des Vorjahres, betragen. Die Förderung des April belief sich auf 5 741 353 t und der Gesamtversand an Kohlen, Koks und Briketts auf 5 212 209 t. Im Monat Mai betrug der rechnermässige Absatz an Kohlen bei 26 Arbeitstagen 5 608 767 t, somit 215 722 t arbeitstäglich gegen 5 418 163 t bei 27 Arbeitstagen oder 200 670 t arbeitstäglich im Vergleichsmonat des Vorjahres. An Koks wurden abgesetzt 1 041 730 t (im Vorjahr 792 318 t) oder 96,13 % gegen 79,03 % der Beteiligung in 1905. Vielfach ertönen schon wieder, in erster Linie im Eisengrossgewerbe, die Klagen über *Kohlennot*, über ungenügende Brennstoffzufuhr, die durch chronisch werdenden Wagenmangel der Eisenbahnen noch verschlimmert wird.

× **Eisenindustrie** Welche günstige Konjunktur die Eisenproduktion fortdauernd beherrscht, geht am besten aus dem Mitte Juni dem Beirat des Stahlwerksverbandes erstatteten Geschäftsbericht hervor. Danach sind die Werke nach wie vor ausserordentlich angespannt beschäftigt. Der absolute Maiversand blieb nur wenig hinter dem bisher absolut höchsten Versand des Monats März zurück, übertrifft jedoch pro Arbeitstag noch den des Monats März. In Halbzeug werde die Nachfrage von Tag zu Tag dringender; die Werke könnten den Anforderungen kaum noch nachkommen; für das IV. Quartal liegen bereits zahlreiche Aufträge vor. Im Interesse des Inlandsgeschäfts ist das Auslandsgeschäft bereits seit Monaten eingestellt; auch für das IV. Quartal werden Auslandsgeschäfte nur in beschränktem Masse hereingenommen, und hierbei wurden Preise erzielt, welche den Inlandspreisen völlig gleichkommen. In Eisenbahnmaterial sei den Werken volle Beschäftigung bis Ende des Jahres gewährleistet. Besonders starke Nachfrage liege aus dem Inlande vor, doch auch im Auslande halte die Bewegung an. Im Formeisengeschäft nehmen die Spezifikationen und Versendungen fortgesetzt zu, so dass der Monat Mai hierin bisher die grösste Versandziffer aufzuweisen hat. Die pro III. Quartal hereingegebenen

Mengen seien zu den erhöhten Preisen abgesetzt worden.

× **Internationaler Geschäftsgang** Ausserordentlich günstig lauten weiter die Berichte aus England und den Vereinigten Staaten, den beiden wichtigsten Wirtschaftsgebieten neben und vor Deutschland. Wie in England die anhaltenden Rekordziffern im Schiffsbau die allgemeine Stimmung am besten kennzeichnen, so in Amerika die Erweiterungs- und Erneuerungsbauten der Eisenbahnen. Die meisten amerikanischen Stahlschienenwerke haben genug Aufträge, um bis in die Mitte von 1907 vollauf beschäftigt zu sein. Wahrscheinlich wird die lebhaft einheimische Nachfrage den Export von amerikanischen Stahlschienen, der in den letzten zwei Jahren recht ansehnlich war, vermindern — was wiederum eine Erleichterung unserer exportierenden europäischen Länder nach sich ziehen würde. Den Wetterwinkel bildet vorwiegend Russland, wenn dieses auch die Folgen neuer Produktions- und Verkehrslähmungen vorwiegend selber tragen müsste, ohne dass der internationale Geschäftsgang im Augenblick dadurch allzustark beeinflusst werden könnte.

× **Kurze Chronik** Die Preiserhöhungen haben sich fast allseitig weiter vollzogen: so für Gips seitens des Gipssyndikats, für Zinkbleche zweimal seitens des ober-schlesischen Zinkverbandes, für Eisen und Eisenbleche seitens der Breslauer Eisengrosshändler, für Formeisen seitens der rheinisch-westfälischen Trägerhändlervereinigung u. s. w. × Der Bericht des Washingtoner Landwirtschaftsamtes vom 4. Juni über die neuen Baumwollanpflanzungen verzeichnet zwar nicht ganz die erwartete Vermehrung der bepflanzten Fläche, aber immerhin eine Zunahme von 27 Mill. Acres, im Vorjahre auf 28 686 000 Acres, also um 6,2 %. Bei ähnlichen Witterungsverhältnissen, wie im Vorjahre, würde das einen Ertrag von 11½ Mill. Ballen ergeben, eine mittelgute Ernte in dem entscheidenden Produktionsgebiet. MAX SCHIPPEN

### Politik

#### **Dreibund**

Der Besuch des deutschen Kaisers in Wien, die dabei von den beiden Kaisern gewechselten Depeschen mit dem König von Italien haben wieder zu aus-

fürhlichen Betrachtungen über den politischen Wert des Dreibundes Veranlassung gegeben. Hatte man noch vor kurzem, unmittelbar nach der Konferenz von Algeciras, den Wert des Dreibundes für Deutschland äusserst gering eingeschätzt, so verfielen die offiziöse Presse und deren Nachbeter nach dem Wiener Besuch wieder ins Gegenteil: man erblickte im Dreibund plötzlich wieder einen Hort des europäischen Friedens. So schwankt die Wertung eines politischen Bündnisses je nach den stark wechselnden Tagesbedürfnissen der sogenannten *hohen Politik*. Auf wie unsicherem Grunde muss aber dieser Dreibund stehen, wenn seine Bewertung solchen Schwankungen ausgesetzt ist! Gerade diese Tatsache, dass der Dreibund heute so, morgen gerade Gegenteil in der nämlichen Presse bewertet wird, ist der beste Beweis dafür, dass zwingende politische Interessen der drei in Frage kommenden Nationen ihn nicht mehr zusammenhalten. Er besteht formell noch weiter, indes, die einzelnen Glieder, vor allem Italien, haben kein Lebensinteresse mehr an ihm. Aber auch für Deutschland hat der Bund keinen grossen praktischen Zweck mehr, weder militärisch, noch politisch, noch wirtschaftlich. Die Entwicklung des Deutschen Reiches seit Begründung des Dreibundes hat so veränderte politische Verhältnisse geschaffen, dass wir heute ganz anderen Gegnern gegenüberstehen, als früher. Heute bildet England den Gegenstand unserer Besorgnisse, wie wir gleichfalls in England als Störenfried gelten. Symptomatisch für diese Umwälzung der politischen Stimmung ist der englische Roman *Die Invasion von 1910* von W. Le Queux, in dem ein siegreicher Einfall der Deutschen in England geschildert wird (deutsche Übersetzung von Traugott Tamm /Berlin, *Concordia*/). So unsinnig auch die Möglichkeit eines solchen Einfalles erscheint, so hat doch der Roman in England grosses Aufsehen erregt und deutlich gezeigt, dass man im englischen Volke in Deutschland den wirtschaftlichen und politischen Rivalen wittert. Über diese Stimmung kann man nicht zur Tagesordnung übergehen, sie ist vorhanden, und mit ihr ist in der Politik zu rechnen. Auch die Aufnahme der deutschen Bürgermeister bei ihrem Besuch in England, ebenso der Besuch deutscher Journalisten in England, ändert an der Tatsache dieser veränderten Stimmung, die zwischen den beiden Ländern herrscht, nichts. Freilich, verkehrt

wäre und ist es, aus dieser veränderten Stimmung heraus auf die Notwendigkeit zu schliessen, die bestehenden und noch weiter wachsenden Gegensätze seien nur mit der Waffe auszutragen — eine Auffassung, für die es leider sowohl in Deutschland, als auch in England, nicht wenige Anhänger gibt. Die politische und wirtschaftliche Bewegungsfreiheit beider Länder ist aber durch die steigenden Gegensätze so lange nicht bedroht, als man von beiden Seiten ernstlich eine Politik treibt, die sich der Verantwortung für die aus einem Krieg zwischen den beiden Völkern entstehenden Folgen stets bewusst bleibt. Zur Verminderung einer solchen Kriegsgefahr würde es nun wesentlich beitragen, wenn das europäische Festland in sich geeinigter wäre. Dahin zu streben, muss Aufgabe der auswärtigen Politik Deutschlands sein. Der Dreibund hat in seiner jetzigen Form unter den heutigen Verhältnissen keinen grossen Nützlichkeitswert mehr für Deutschland; umso mehr muss Deutschland dahin streben, seine Isolierung durch eine Annäherung an das Land zu beseitigen, das in Verkenntnis seiner wahren wirtschaftlichen und politischen Interessen heute zu England hält: wir meinen Frankreich. Mag dieses Ziel auch noch so schwierig zu erreichen scheinen, es eröffnet den einzigen Weg, auf dem wir zu einer Festigung unserer Position und gleichzeitig zu einer Verminderung der Kriegsgefahren innerhalb Europas gelangen. Solange der historisch-politische Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich aufrecht erhalten wird, so lange kann die Spannung, die zwischen den europäischen Völkern wahrnehmbar ist, nicht abnehmen. Der Dreibund hat seinen Wert als Defensivbündnis, als Hort des europäischen Friedens, verloren. Der europäische Friede wird gründlich erst dann wieder gesichert sein, wenn Deutschland und Frankreich sich zu einem Bunde die Hand gereicht haben werden.

×  
**Kolonialamt** Die Reichstagsverhandlungen haben mit einer unerwarteten Niederlage der Regierung geschlossen. In der zweiten Lesung des Etats war die Schaffung eines selbständigen Kolonialamtes beschlossen worden, allerdings gegen die Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie. Niemand erwartete nun noch, dass in der dritten Lesung das Reichskolonialamt wieder fallen könnte. Umso erstaun-

licher war daher der Verlauf der vorletzten Sitzung vor der Vertagung. Dass die südwestafrikanische Bahnlinie Kubub-Keetmanshoop abgelehnt werden würde, war vorauszusehen. Es war daher ausserst ungeschickt von der Regierung, den Obersten von Deimling im Reichstag vorzuschicken, der seinem Unmut über die Ablehnung dieser Bahn in einer solchen Weise Ausdruck verlieh, dass dadurch die Majorität des Reichstages empfindlich vor den Kopf gestossen wurde. Namentlich wurde das Zentrum durch diese Rede so in Erregung gebracht, dass es gleich darauf die Etatsposition eines Staatssekretärs des Kolonialamtes zum Scheitern brachte. Das Zentrum ist sicherlich bis zu einem gewissen Grade im Recht, wenn es sich darauf beruft, dass die Majorität für das Reichskolonialamt nicht präsent gewesen wäre. Aber als wahrscheinlich darf es auch bezeichnet werden, dass ohne die Rede des Obersten von Deimling die Abstimmung anders ausgefallen wäre. Im Zentrum hätte man ohne diese Rede die Schaffung eines Reichskolonialamtes sehr gerne toleriert, und Mittel und Wege hätte es gegeben, um die Abstimmung in dritter Lesung so durchzuführen, dass die Ablehnung verhindert worden wäre. So war auch die Sache offenbar geplant. Denn als die Ablehnung plötzlich erfolgt war, da wussten weder der Präsident des Reichstages, noch die Zentrumsführer, was nun zu geschehen habe. Man stand der unerwarteten Sachlage ganz hilflos gegenüber und musste die Sitzung, in der der Reichstag vertagt werden sollte, abbrechen und eine neue Sitzung anberaumen, um die Folgerungen aus der Ablehnung zu ziehen. Ob die ablehnende Haltung vom Standpunkt der regierenden Partei aus klug war, ist mehr als fraglich. Selbst Kolonialgegner müssen zugeben, dass, nachdem einmal Kolonien vorhanden sind, auch ihre Verwaltung so eingerichtet sein muss, dass sie gut funktioniert. Bis jetzt hat aber die Wirklichkeit gezeigt, dass der Kolonialdirektor viel zu wenig Einfluss besitzt, um den Missständen in den Kolonien mit Erfolg entgegenzutreten. Dass durch eine grössere Selbständigkeit des an der Spitze der Kolonialverwaltung stehenden Beamten wenigstens die Möglichkeit geschaffen worden wäre, die Verwaltung gründlich zu reformieren, das scheint der Zentrumsparlei ganz entgangen zu sein. Es handelte sich im Grunde eben gar nicht um eine Kolonial-

sondern einfach um eine administrative Frage.

× **Russland: Du-** Will man die *Duma* und *ma* ihr Wirken richtig einschätzen, so muss man

drei Punkte im Auge behalten: 1. die Taktik der *Duma* als solche, 2. die Beziehungen der Parteien zu einander, 3. die Stellung dieser Parteien zu den wichtigsten sozialen und politischen Problemen des gegenwärtigen geschichtlichen Augenblicks.

Mit richtigem Instinkt hat die *Duma* als solche ihre Hauptaufgabe erkannt. Sie hat begriffen, dass ihre historische Mission zunächst darin besteht, eine möglichst scharfe Linie zwischen dem alten und dem neuen Russland zu ziehen und die Untauglichkeit des alten Regimes den noch so wenig aufgeklärten Schichten des Volkes klar zu machen. Mit dieser Tätigkeit hat sie Erfolg gehabt. Die *Duma* steht jetzt im Mittelpunkt alles politischen Interesses, die Mehrheit des russischen Volkes hat sie schätzen gelernt, und alle Hoffnungen auf eine friedliche Lösung der jetzigen Krise sind mit der *Duma* verknüpft. Sollte sie aufgelöst oder auseinandergejagt werden, so kann dies ein Signal zum Ausbruch einer gewaltigen Bewegung werden. Noch glaubt aber das Volk an die Möglichkeit einer friedlichen Lösung und wird daher in diesem Augenblick nicht geneigt sein, einem Appell zu selbständigem Handeln Folge zu leisten. In klarer Erkenntnis der Sachlage hat daher die *Duma* allen Aufforderungen einer gewissen Gruppe radikalisierender Politiker, den legalen Weg jetzt schon zu verlassen, kein Gehör geschenkt. Eine voreilige Mobilisierung des Volkes könnte in entgegengesetzter Richtung wirken, als die besagten Politiker erwarten; es wäre daher unverantwortlich, nach deren Rezept zu handeln.

Von einer scharfen Trennung der Parteien und Gruppen kann in der *Duma* einstweilen noch keine Rede sein. Mit Ausnahme einer kleinen Zahl von extrem rechtsstehenden Abgeordneten sind alle Parteien darin einig, dass das neue Regime auf konstitutioneller Grundlage aufgebaut werden müsse. In der Auffassung und Tragweite der konstitutionellen Prinzipien differieren die Parteien freilich. Die konstitutionell-demokratische Partei geht da fast durchweg mit der *Arbeitsgruppe* zusammen, während die *Oktobristen* und ihr kleiner Anhang eigene Wege einschlagen. Diese Gruppe

spielt insofern eine Rolle, als sie über so hervorragende Redner und Politiker verfügt, wie den Grafen Heyden und Stachowitsch, die früher eine nicht unbedeutende Rolle in der Opposition spielten und zweifellos genügende Erfahrungen und Begabung besitzen. Nicht so gut ist es in dieser Hinsicht mit der *Arbeitsgruppe* bestellt. Hatte sie in ihrer Mitte ein paar erfahrene und kenntnisreiche Politiker, so hätten sie nicht so leicht Fehler begangen, die ihr Prestige und ihre Stellung gefährden, wie es jetzt manchmal der Fall war. So entschloss sie sich zum Beispiel, angestachelt von den oben genannten radikalisierenden Politikern, in der *Duma* eine eigene Politik zu treiben, die gegen die *Kadetten* gerichtet sein sollte. Doch waren der Anlass und die praktischen Vorschläge, die sie bei dem ersten Schritt auf diesem Wege im Parlament machten, so ungeschickt gewählt, dass es nur eines kleinen Rededuells zwischen den Führern der *Arbeitsgruppe* und der *Kadetten* bedurfte, um die *Arbeitsgruppe* in sich selbst zu spalten: ihre eigenen Mitglieder stimmten gegen den Antrag, der im Namen der Gruppe eingebracht war. Gleichwohl wäre es unrichtig, anzunehmen, dass die *Arbeitsgruppe* überhaupt unpolitisch handelt. Berücksichtigt man das Material, aus dem sie besteht, und die Verhältnisse, unter denen sie arbeitet, so muss man sie im allgemeinen als verständig und ein-sichtsvoll bezeichnen.

Den wichtigsten Beratungsstoff hat bis jetzt die Agrarfrage gebildet. In dieser brennenden Frage konnte die *Duma* keine Einheitlichkeit der Anschauungen, weder insgesamt, noch innerhalb der einzelnen Parteien selber, erzielen. Nur in einem Punkte sind alle fortschrittlichen Parteien einig: dass nämlich die Enteignung des privaten Bodenbesitzes nicht nur zulässig, sondern auch notwendig sei. In allen übrigen Punkten, und namentlich in den einzelnen Modalitäten, gehen die Ansichten weit auseinander. An dieser Stelle kann keine Darstellung der agrarpolitischen Strömungen in der *Duma* gegeben werden. Sie soll demnächst in dieser Zeitschrift in einem besonderen, ausführlichen Artikel erfolgen.

Es ist sehr verfehlt, an die Tätigkeit der *Duma* den Massstab irgend eines *Prinzips* oder *Programms* anlegen zu wollen. Die komplizierten Verhältnisse, die sie bestimmen, lassen keine schablonenhafte Beurteilung zu. Die Unkenntnis der Sachlage und die Verständnislosigkeit,

mit der die westeuropäische Presse — einen Teil der sozialdemokratischen leider nicht ausgenommen — auf Grund einer vorgefassten Meinung oder von einem angeblichen Klassenkampfstandpunkt aus oder nach Erwägungen allgemein *theoretischer* Natur, die hier ganz und gar unpassend sind, die *Duma* kritisiert, hat nicht nur auf das Ansehen dieser Blätter in Russland, sondern zum Teil — da dadurch den Reaktionen willkommene Material geliefert wurde — auch auf die Sache selber einen verhängnisvollen Einfluss ausgeübt. Es ist Zeit, dass man sich von diesen Fehlern bei uns frei zu machen sucht.

× ×  
Kurze Chronik Am 28. Mai wurde der Reichstag bis 13. November vertagt. In

Österreich hat das Ministerium Hohenlohe infolge des Zolltarifkonflikts mit Ungarn demissioniert. Als neuer Ministerpräsident wurde Freiherr von Beck berufen. × Das Nationalkonzil der französischen Bischöfe hat sich dem Gesetze über Trennung von Staat und Kirche unterworfen. × Auf den König von Spanien wurde bei seiner Hochzeitsfeier am 31. Mai ein Bombenattentat verübt; der König wurde nicht verletzt, wohl aber wurden Personen seiner Umgebung getötet. × In Bialystok fand eine von den Behörden inszenierte furchterliche Judenhetze statt; die *Duma* entsandte eine Kommission, um diesmal endlich die treibenden Kräfte festzustellen. RICHARD CA. WER

## Sozialpolitik

Neuseeland Die staatlichen Aktionen bergen im allgemeinen recht geringe umwälzende Kräfte in sich. Die Schöpfungen der wirtschaftlichen Entwicklung sanktioniert durchweg der Staat nur in seiner Gesetzgebung. Revolutionäre Bahnen schlägt der Staat selten ein, er verallgemeinert vielfach nur das, was sich auf wirtschaftlichem Gebiete neu gebildet hat. Ein Zug revolutionärer Kühnheit charakterisiert am Schluss des XIX. Jahrhunderts eigentlich nur die Sozialpolitik Neuseelands. Dieses Land erlebte in etwa 1½ Jahrzehnten eine wirkliche Reform an Haupt und Gliedern. Im Jahre 1889 begann der Triumphzug der fortschrittlichen Sozialpolitik Neuseelands mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Bis um das Jahr 1890 teilten sich einige

Hundert überreicher Grundbesitzer in den leicht urbar zu machenden Boden Neuseelands. Es erfolgte nun zuerst die Einführung eines neuen Steuerobjektes, die Besteuerung des *gangbaren Wertes* des Bodens, des Grundwerts, der für gewöhnlich auf das 33fache des Wertes der Bodeneinnahme berechnet wurde. Grundwerte unter 500 Lstrl. blieben durchweg von der Steuer befreit; sie wurden nur dann besteuert, wenn der Grundbesitzer über 1500 Lstrl. beweglichen Kapitals besass. Ferner ging die Gesetzgebung gegen die Bodenmagnaten mit einer progressiven Grundwertbesteuerung vor, und zwar mit der Besteuerung der Grundwerte über 5000 Lstrl. Die Bodenkönige sahen sich gedrängt, ihren Boden urbar zu machen, oder ihn Hals über Kopf zu verkaufen. Der Staat kaufte überdies grosse Landkomplexe an und tat sie an Pächter aus. Ja er wurde durch ein Gesetz berechtigt, Areale über 260 ha Land erster Klasse und über 800 ha Land zweiter Klasse zu expropriieren. Die Interessen der neu entstandenen Landwirte förderte der Staat überdies mit Nachdruck durch die Begründung einer Landwirtschaftsbank. Er schuf ein mustergültiges landwirtschaftliches und gärtnerisches Schulwesen. Nach dem Staate Viktoria hatte Neuseeland bald den grössten Rinderbestand aller australischen Staaten. Im Galopp schritt das Meiereiwesen Neuseelands fort. »Während der Export von Butter und Käse im Jahre 1881 kaum 1000 Lstrl. einbrachte, so schreibt A. Bojsen in seinem Schriftchen *Das Land der sozialen Reformen* /Leipzig, Dietrich/ »ist der Ertrag des selben nun auf 1½ Mill. Lstrl. gestiegen, wovon Käse allein ¼ Mill. Lstrl. einbringt.«

Die Ära der Sozialreformen zu gunsten des Arbeiterstandes setzte in Neuseeland etwa mit dem Jahre 1891 ein. In diesem Jahre wurde dort ein Arbeitsministerium begründet. Dieses organisierte in erster Linie die Berichterstattung über die Arbeitsmarktverhältnisse. Das Ministerium gewährte nicht nur freie Fahrt den Arbeitslosen nach guten Arbeitsplätzen, sondern es öffnete diesen selbst zahlreiche Arbeitsstellen durch Veranstaltung grossartiger Staatsarbeiten. »Seit der Errichtung des Ministeriums, schreibt Bojsen, dem wir diese interessanten Tatsachen verdanken, hat das selbe über 30 000 Arbeitslosen mit über 70 000 Anverwandten Staatsarbeit und ungefähr 10 000 Arbeitslosen

Privatarbeit verschafft.« Die Staatsarbeit wird durchweg mit 7 bis 10 s bei achtstündiger Arbeitszeit gelohnt. Die Staatsarbeiter bilden vielfach Gruppen von 6 Mann, diese wählen die Gruppenführer und übernehmen die Staatsarbeiten im Akkord. Die Arbeitszeit ist für Frauen auf 45 Stunden wöchentlich eingeschränkt, und es ist ferner gesetzlich ein Minimallohn für diese von 2½ bis 5 s mit Doppeltaxen für Überarbeit, festgesetzt. Die männlichen Arbeiter erfreuen sich durchweg einer 48stündigen Arbeitszeit in der Woche. Hohe Minimallohne von 42 bis 60 s wöchentlich bestehen für sie, »doch mit gewissen Dispensationen«. Die Läden schliessen sich in Neuseeland um 6½ Uhr gewöhnlich an Wochentagen, am Mittwoch oder Donnerstag um 1 Uhr. An Sonntagen öffnen sich die Läden nicht.

Einen wichtigen Abschnitt in der sozialen Geschichte Neuseelands bildet die Einführung der Zwangsschiedsgerichte. Das Schiedsgerichtsgesetz ordnet die Errichtung einer Reihe von Vergleichskommissionen an, die sich in gleicher Anzahl aus Arbeitgebern und Arbeitern zusammensetzen. Glückt diesen Kommissionen nicht die Beilegung der Streitigkeiten, so werden sie dem staatlichen Schiedsgericht, das aus je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber und aus einem unparteiischen Obergerichtsanwalt besteht, zur endgültigen Entscheidung unterbreitet.

Im November 1898 trat in Neuseeland das Alterspensionsgesetz in Kraft, das den Personen über 65 Jahren, die kein Vermögen über 34 Lstrl. besitzen oder kein jährliches Einkommen über 50 Lstrl. haben, 18 Lstrl. jährlich gewährt. Die Alterspensionen stufen sich nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der über 65 Jahre alten Personen ab. Die Zahl der Pensionäre beträgt jetzt etwa 13 000, und an diese fliessen zirka 210 000 Lstrl. jährlich. Durchschnittlich erhält der Pensionär 16 Lstrl.

Das Staatsmonopolwesen hat in Neuseeland eine sehr grosse Ausdehnung erhalten, es umfasst bereits zum Teil schon das Bank- und Versicherungswesen, und es wird ferner nicht zu Steuerzwecken ausgebeutet. Es stehen in Neuseeland folgende Reformen in naher Aussicht: die Verstaatlichung der Dampfschiffahrt im Inneren und sämtlicher Kohlengruben des Landes, die staatliche Brandversicherung, die vollständige Durchführung des Zonentarifs, die Ausnutzung der Wasser-

fälle zur elektrischen Triebkraft für Eisenbahnen und Fabriken, Erhöhung der Alterspensionen, die Einführung des Sechstundentags und die unentgeltliche Rechtspflege. Neuseeland besitzt die gleichmässigste Verteilung des Wohlstandes von allen zivilisierten Ländern. Das jährliche Durchschnittseinkommen beträgt dort per Einwohner nach Mulhalls *Dictionary of statistics* 880 M., in England dagegen 720 M., in Deutschland 440 M. Die Sterblichkeit ist die kleinste der Welt, sie erreicht kaum 1 % (in Deutschland 2,1 %).

Neuseeland ist noch sehr schwach bevölkert. Kaum 200 Einwohner kommen auf 1 qkm. Es ist im wesentlichen ein Bauernland.

✕ **Jugendfürsorge** . Der verlogenen Poesie vom goldenen Kinderparadiese stellt Otto Rühle in seiner Schrift *Kinderland* /München, Birk/ die bitterwahre, harte Prosa der Nöte und Ängste unserer proletarischen Kinderwelt entgegen. Aus seinem wichtigen statistischen Material über die Kinderarbeit, über die Fürsorgeerziehung, über die Bestrafung Jugendlicher, über Kinderselbstmorde schreit der ganze Jammer einer millionenköpfigen Schaar enteelter, entehrter und entarteter Proletarierkinder zum Himmel empor. Gedanken zu einer Reform der heutigen Erziehungsverhältnisse klingen da und dort in dem trefflichen Schriftchen an. Für die Institution der Generalvormundschaft hegt O. Rühle recht warme Sympathien.

Über den heutigen Vormundschaftsrichter will der Amtsrichter Dr. Ernst Goldmann einen neuen sozialen Geist ausgiessen. Von dem Vormundschaftsrichter erhofft er in seinem Schriftchen *Der Richterstand und die sozialen Aufgaben der Gegenwart* /Berlin, Liebmann/ eine tiefgreifende Sozialarbeit. Durch seine Berufstätigkeit dringt der Vormundschaftsrichter tief in das Gebiet der Jugendfürsorge ein. Für seine Mundel wird er die Mittel privater Wohlfahrtsinstitute zu erschliessen suchen. Neben den direkt bevormundeten Kindern stehen grosse Gruppen halberwachsener und von ihren Familien vernachlässigter Kinder, die dringend schutzbedürftig sind. Unzweifelhaft kann ein sozial geschulter und sozial führender Vormundschaftsrichter sehr segensreich auf dem Gebiete der Kinderfürsorge wirken, wenn ihm wirksame Fürsorge-

erziehungseinrichtungen zur Seite stehen. Gerade die Begründung derartiger Einrichtungen muss in den Vordergrund aller Bestrebungen zur Rettung verwaarloster Kinder gestellt werden.

✕ **Heimarbeit** In London eröffnete die *Daily News* im Mai eine Heimarbeitsausstellung. In London stellt man nun nicht nur die Erzeugnisse der Heimarbeit, sondern auch die Heimarbeiter selbst aus. Die Vertreter der einzelnen Industrien, gegen 40 Frauen, verrichten vor den Augen der Ausstellungsbesucher ihre Arbeiten. Schaudlöhne von 8 bis 15 Pf. für eine Arbeitsstunde werden auch in der englischen Hausindustrie noch gezahlt. In der Ausstellung präsentieren sich dem Besucher 260 mit Lohnangaben versehene hausindustrielle Erzeugnisse. Eine Frau mit 5 Kindern erblickt der Ausstellungsbesucher, deren Mann wegen Schwindsucht seit sechs Jahren nicht mehr arbeitet. Sie stellt Zündhölzerschachteln für 2 d pro Grossher. Sie arbeitet 12 Stunden täglich und verdient im Durchschnitt noch nicht 5 s die Woche. Die ganze Familie von 7 Personen wohnt in einem Zimmer und bezahlt 2 s 6 d Miete wöchentlich. Der mit Photographieen trefflich ausgestattete Katalog enthält Aufsätze mit Vorschlägen zur Reform der hausindustriellen Zustände. »Die Abhilfe, so schreibt die *Frankfurter Zeitung*, »sehen die Verfasser teils in Sir Charles Dilkes *Lohnkommissionsgesetz*, welches die Einsetzung von Kommissionen, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitern einer bestimmten Hausindustrie, behufs Festsetzung der Löhne vorschlägt. Ein Gesetz dieser Art besteht im australischen Staate Victoria; dort sind 38 Lohnkommissionen für verschiedene Hausindustrien in Tätigkeit. Zum Teil erblicken die Verfasser die Abhilfe auch in der Registrierung und Konzessionierung der Hausindustrie, wie sie zuerst im Staate Illinois eingeführt wurde und seitdem auch in anderen Staaten Nordamerikas gesetzlich vorgeschrieben ist.«

In Frankfurt a. M. beabsichtigt man ebenfalls, eine Heimarbeitsausstellung ins Leben zu rufen. Namentlich ist im Taunus die Hausindustrie noch bodenständig. Die Hausindustrie des Taunus fand einen trefflichen Darsteller in dem wahrheitsmutigen Sozialpolitiker Dr. Schnapper Arndt.

✕

✕

**Reform der  
Versicherung**

In der *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* hat der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Mugdan einige Ideen zur *Reform der Arbeiterversicherung* veröffentlicht. Dr. Mugdan will die Krankenversicherung auf territorialer Grundlage ausbauen. Die grossen territorialen Krankenkassen schöpfen ihre Mittel aus Beiträgen, die zur Hälfte von den Unternehmern und zur Hälfte von Arbeitern eingezahlt werden. Die Generalversammlungen und Vorstände der Kassen setzen sich zur Hälfte aus den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter zusammen. Die Vorsitzenden der Kassen werden von den städtischen Behörden respektive von den Kreisausschüssen gewählt. Die grossen territorialen Krankenkassen besorgen die Geschäfte der heutigen Landesversicherungsanstalten. Das Reichversicherungsamt übernimmt das gesamte Vermögen der jetzt bestehenden Landesversicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen. Die Krankenkassen treiben die Beiträge für die Invalidenversicherung ein und führen sie an das Reichversicherungsamt ab. Dieses führt die Heilstätten, Invalidenhäuser der heutigen Arbeiterversicherungsinstitute in seinen Besitz über.

Masslos übertreibt Dr. Mugdan den Einfluss der Sozialdemokratie auf die Krankenkassen. Er meint sogar, aus der falschen Organisation der heutigen Krankenkasse schöpfe die Sozialdemokratie jedes Jahr neue Kraft. Eine merkwürdige Vorstellung über die wirklichen Kraftquellen der Sozialdemokratie scheint sich Dr. Mugdan gebildet zu haben! Eine unerhörte Verdächtigung der Kassenbeamten lässt Dr. Mugdan in seine sonst meist sachlichen Ausführungen einfließen. Er meint, die Kassenbeamten wünschen nicht die ärztliche Organisation, weil sie eine Schwächung ihrer Macht fürchten, «einige unter ihnen vielleicht auch den Ausfall gewisser dunkler, fast nie beweisbarer, aber sicher manchmal vorhanden gewesener Einnahmen». Über die augenfälligen Mängel in der praktischen Handhabung der Unfallversicherung durch die Berufsgenossenschaften setzt sich Dr. Mugdan mit einem lustigen Sprunge hinweg. Herr Dr. Mugdan möge doch nur einen einzigen Blick in die Berichte unserer deutschen Arbeitersekretariate werfen, um sich von seiner Überschätzung der Leistungen der Berufsgenossenschaften zu überzeugen. Eine blutige Kritik an der

Verwaltungsarbeit der bayerischen Bauwerksberufsgenossenschaft vollzog erst vor kurzer Zeit der Verwaltungsdirektor dieser Berufsgenossenschaft selbst, Herr Dr. Stiegler. In der Katasterabteilung dieser Berufsgenossenschaft wurde das Mitgliederverzeichnis sehr mangelhaft geführt. 3056 Akten blieben unbearbeitet liegen, man schaffte sie kurzer Hand auf den Speicher. Viele Mitglieder reichten Lohnnachweisungen ein, allein sie wurden niemals zu Zahlungen aufgefordert. Die Rückstände bedeuteten einen jährlichen Umlageausfall von 20 000 M. Die gewährten Unfallentschädigungen waren manchmal zu hoch, manchmal zu niedrig. Die Zahl der Unfälle hätte sich verringern lassen, wenn mehr auf die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften gesehen worden wäre. Eine Reform der Arbeiterversicherung, die die Berufsgenossenschaften als durchführende Organe der Unfallversicherung bestehen liesse, würde nur halbe Arbeit verrichten. Wie eine Reform wirklich in die Wege geleitet werden könnte, haben die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* aus dem im vorigen Bande (pag. 469 ff.) veröffentlichten Artikel des Zentralarbeitersekretärs Robert Schmidt *Eine einheitliche Arbeiterversicherung* ersehen.

×  
**Kurze Chronik** Am 9. Juni verstarb plötzlich der Premierminister Neuseelands Richard J. Seddon. Dieser grosse Reformner Neuseelands begann seine Laufbahn als Goldgräber. Sein Werk ist vor allem die Durchführung folgender Gesetze: das Haftpflichtgesetz, das Schiedsgerichtsgesetz zur Schlichtung der Arbeitsstreitigkeiten, das Gesetz zur Beschränkung der Trunkenheit, das Alterspensionsgesetz. × In Frankreich scheint die neue Regierung im Verein mit der neugewählten Kammer jetzt ernstlich an eine soziale Reformgesetzgebung gehen zu wollen.

×  
**Literatur** Robert Boehring hat Macaulays *Rede über den Zehnstudentag* ins Deutsche übertragen und mit einer Vorbemerkung versehen /Bern, Scheitlin/. × Im 9. Heft der von Dr. Zadek herausgegebenen *Arbeitergesundheitspolitik* /Berlin, Buchhandlung Vorwärts/ behandelt Dr. Paul Bernstein das Thema: *Wie sollen wir uns kleiden?* × Das 68. Heft der Flugschriftensamm-



lung *Sozialer Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ betitelt sich *Wald und Waldverwüstung*. Franz Hoemann tritt in dieser Flugschrift für eine sorgfältigere Pflege und eine wesentliche Mehrung der deutschen Waldbestände ein. X. Trefflich für den praktischen Gebrauch eignet sich die in 2. Auflage erschienene Schrift des Magistratssekretärs Max Schön *Die Invalidenversicherung des Deutschen Reiches im täglichen Leben* /Berlin, Troschel/. PAUL KAMPFMEYER

### Soziale Kommunalpolitik

**Wahlrecht** Eine sehr interessante Entscheidung hat das Oberverwaltungsgericht in einer

Klagesache mehrerer Frankfurter Arbeiter gegen den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung dieser Stadt gefällt. Nach § 13 des Gemeindeverfassungsgesetzes ist zur Aufnahme in die Bürgerliste der Bezug eines Jahreseinkommens von 1200 M. erforderlich. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung hatten nun das *Beziehen* des Jahreseinkommens als *Versteuern* interpretiert, und zahlreiche Wähler, die zwar 1200 M. bezogen, aber nicht versteuerten, von der Aufnahme in die Wahlerliste ausgeschlossen. Das Oberverwaltungsgericht hat, im Gegensatz zu dem Bezirksausschuss, festgestellt, dass nicht die Besteuerung, sondern der Bezug eines Einkommens von 1200 M. für die Erwerbung des Bürgerrechtes entscheidend ist. Der Bezug eines Einkommens sei etwas ganz anderes, als dessen Besteuerung. Hätte das Gesetz den Erwerb des Bürgerrechtes von der Besteuerung eines Einkommens von 1200 M. abhängig machen wollen, so hätte es doch nahe gelegen, nach Art der östlichen Städteordnung den Steuersatz massgebend sein zu lassen. Nach dem Vorbilde anderer Städteordnungen stelle das Frankfurter Gesetz eine selbständige Ermittlung des Einkommens auf. Dem Oberverwaltungsgerichte ist die Fassung des Gesetzes so klar, dass über seinen Inhalt keine Zweifel bestehen können. Diese Zweifel sind dem Magistrat und dann auch der Stadtverordnetenversammlung nur deshalb gekommen, weil es durch die Interpretation des Bezugs eines Einkommens als dessen Besteuerung möglich war, eine ganze Anzahl von Arbeitern vom Bürgerrecht und der Ausübung der Wahlrechte auszuschliessen und dadurch die sozialdemokratische Partei künstlich zu schwächen. Es ist bezeichnend, dass dieser An-

griff auf das Wahlrecht zahlreicher Einwohner vor allem von früheren freisinnigen Stadtverordneten unterstützt wurde, und es ist merkwürdig, dass auch die demokratischen Mitglieder der Körperschaft, die programmässig für eine Ausdehnung des Wahlrechtes eintraten und auch für Anträge, den Zensus von 1200 M. auf 900 M. herabzusetzen, gestimmt haben, sich dem Vorgehen des Magistrates und der freisinnigen Stadtverordneten angeschlossen haben. Die unmittelbare Folge des oberverwaltungsgerichtlichen Urteils wird ein starkes Anwachsen der Zahl der Arbeiterwähler sein. Ein Jahreseinkommen von 1200 M. wird wohl von der Mehrheit, namentlich der qualifizierten Arbeiter in Frankfurt, bezogen, während es mit der Versteuerung allerdings anders aussieht.

X  
**Bodenpolitik** Die preussischen Ministerien haben in den letzten Jahren zu wiederholten Malen in ausführlichen Erlassen den städtischen Verwaltungen die Notwendigkeit einer weitsichtigen, kommunalen Bodenpolitik gepredigt und ihnen dringend empfohlen, im Interesse der Gesundheit ihrer Einwohner den kommunalen Bodenbesitz zu erhalten und zu vermehren. Die schonen Lehren gelten aber nur für die städtischen Verwaltungen. Die selben von bodenreformerscher Weisheit tiefenden Minister treiben mit dem staatlichen Grundbesitz eine Bodenpolitik, die den gepredigten Lehren direkt ins Gesicht schlägt. Die Taten des Landwirtschaftsministers in der Nähe von Berlin sind bekannt: man braucht nur die Worte *Botanischer Garten, Schönhauser Forst* etc. zu nennen. Herr von Podbielski beschränkt sich aber nicht darauf, Berlin und die grossen Berliner Vorortgemeinden mit seinem Wohlwollen zu überschütten. Er ist so unparteiisch, auch den grossen Provinzstädten die Segnungen seiner fiskalischen Bodenpolitik zuzuwenden. Dieses Mal ist es Elberfeld, welches das Vergnügen hat, sich mit dem die Volksgeundheit dieser Stadt rücksichtslos bedrohenden Fiskalismus des preussischen Landwirtschaftsministers heranzuschlagen. Es handelt sich um die geplante Abholzung des Burgholzes, das der einzige Hochwald in der Umgebung Elberfelds ist und eine unentbehrliche Erholungsstätte für den grossen Industriebezirk bildet. Herr von Podbielski stellte die Stadtverwaltung vor die Wahl, entweder Abholzung des

Forstes und dessen Verkauf an die privaten Bauspekulanten oder Zahlung von 2 Mill. M. seitens der Stadt. Ausserdem sollte sich die Stadt verpflichten, bei Weiterverkäufen abzüglich 3% die Hälfte des Kaufüberschusses an die Staatskasse abzuführen. Die Stadt hatte 300 000 M. geboten, der Minister selber in einer Antwort auf eine Interpellation im Herrenhause einen Preis von 1½ Mill. M. für angemessen bezeichnet. Der Preis von 2 Mill. M. könnte von der Stadt nur dann bezahlt werden, wenn sie den Forst als Baugelände ausschachten, also gerade das tun würde, was im Interesse der Volksgesundheit unbedingt vermieden werden sollte. In der Elberfelder Stadtverordnetenversammlung kam es zu scharfen Äusserungen. Ein Stadtverordneter meinte, dass sich die Regierung scheuen würde, eine Tat auszuführen, die einer Tat von Vandalen gleichzustellen wäre und ihr Ansehen in der Bevölkerung für alle absehbare Zeit schädigen würde. Der Redner scheint preussische Minister nicht zu kennen. Ob ihn die guten Elberfelder für eine Vandalen halten, wird Herrn von Podbielski ziemlich gleichgültig sein. Er hat niemals aus seiner Feindschaft gegen die Grossstädte ein Hehl gemacht. Auch diese Vorgänge in Elberfeld gehören zu dem Bilde der heutigen inneren Politik, deren einziger Grundsatz *Gegen die Städte!* zu lauten scheint.

X

X

**Wertzuwachssteuer** Mit der Wertzuwachssteuer beschäftigt sich ein ausführlicher Artikel des Privatdozenten Dr. Köppe im *Jahrbuch der Bodenreform*, sowie R. Brunhuber in einer selbständigen Schrift *Die Wertzuwachssteuer* /Jena, Gustav Fischer/. Nach einigen allgemeinen Bemerkungen über den Charakter und die Entstehung der Bodenwertsteigerung gibt Köppe eine systematisch geordnete Darstellung der geltenden und projektierten Wertzuwachssteuerordnungen. Es werden von ihm der Reihe nach die Art der Feststellung des Wertzuwachses, die Steuerfälle, die Höhe der Steuer, die Steuerskalen etc. besprochen. Daran schliesst sich eine Untersuchung über die finanzielle und die wirtschaftliche Wirkung der Steuer. Bei der wirtschaftlichen Wirkung handelt es sich vor allem um die Überwälzung der Steuer auf den Käufer und die Mieter. Köppe ist der Ansicht, dass die Steuer in der Regel nicht abgewälzt werden könne. Denn die Höhe des Preises

eines Grundstückes werde durch die Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens, nicht aber durch die Kalkulationen des Verkäufers bestimmt. Mit oder ohne Zuwachssteuer bekomme der Verkäufer so viel, als er unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse einerseits und in den Grenzen der Zahlungsfähigkeit der Kaufinteressenten andererseits von diesen zu erlangen vermöge. Nicht, was er an Gewinn beim Verkauf bekomme, sondern, was er nachher an Gewinn behalte, nachdem das Geschäft abgeschlossen sei, entscheide die Zuwachssteuer. Sie regle die Teilung des Gewinns zwischen dem Verkäufer und der Gemeinde. Zum Schluss geht Köppe noch auf die Erfahrungen, die in Frankfurt und Cöln mit der Wertzuwachssteuer gemacht sind, kurz ein. Doch hat ihm dabei zum Beispiel der letzte, wichtige Bericht der Frankfurter Stadtverwaltung noch nicht vorgelegen. Grössere Bedeutung kommt der Brunhuberschen Schrift zu. Sie sucht auf Grund «exakter Detailforschung durch positive Darstellung und kritische Untersuchung der vorhandenen Steuerordnungen» zu einem neuen Ergebnis zu gelangen, das der Verfasser als eine induktive Systematik der Wertzuwachssteuer bezeichnen will. Mit einer solchen systematischen Untersuchung des Wertzuwachssteuerproblems hofft er aber auch praktischen Zwecken zu dienen, indem er den Kommunen, Politikern und sonstigen beteiligten Kreisen das Material unterbreitet und ihnen die Hilfsmittel an die Hand gibt, die Gründe der Gegner auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen und zu widerlegen. Diese praktischen Teile der Abhandlung sind unseres Erachtens die wertvollsten. Geringere Bedeutung kommt dagegen seinen steuertheoretischen Ergebnissen zu. Was er an theoretischen Erörterungen vorausschickt, ist weder vollständig, noch besonders wertvoll. Er will, um eine Systematik der Wertzuwachssteuer zu erreichen, zwischen direkter und indirekter Wertzuwachssteuer unterscheiden. Bei der ersteren wird die Steuer periodisch von dem durch die Bodenwertsteigerung herbeigeführten Wertzuwachs erhoben, während die zweite Form, die indirekte Wertzuwachssteuer die Besteuerung an irgend einen Vorgang, sei es an ein Verkehrsrechtsgeschäft, an den Erbgang oder ähnliches anknüpft. Diese Unterscheidung ist eine durchaus äusserliche, da im Grunde auch

die indirekte Wertzuwachssteuer periodisch zur Erhebung kommt, nur dass die Perioden nicht gleich lang sind. Wir können hier nicht weiter auf die Frage der Systematik eingehen. Eine direkte, periodische Wertzuwachssteuer gibt es nur in Kiautschu. Alle anderen Wertzuwachssteuern sind indirekte. Mit gutem Grunde. Die Schwierigkeiten der Schätzung sind, wie auch Brunhuber zugeibt, praktisch unüberwindlich, und seine Hoffnung, dass die direkte Konjunkturgewinnbesteuerung bald in der praktischen Besteuerung eine ganz bedeutende Rolle zu spielen bestimmt sei, können wir durchaus nicht teilen. Die Einwendungen, die Weber in seinem bekannten Buche aus diesem Grunde gegen die Besteuerung nach dem gemeinen Werte erhoben hat, treffen in gleichem Masse auch auf die direkte periodische Wertzuwachssteuer Brunhubers zu. In sehr eingehender Weise stellt dann der Verfasser die Wertzuwachssteuerordnungen Frankfurts, Colns und anderer Städte dar. Ein weiteres Kapitel beschäftigt sich mit den Einwänden gegen die Wertzuwachssteuer, die er in engem Anschluss an die Geschichte der Cölnner Steuerordnung bespricht. Der Kampf um die Wertzuwachssteuer in Cöln ist sehr interessant, und seine Darstellung in der Brunhuberschen Schrift kann jedem Kommunalpolitiker zu eingehendem Studium empfohlen werden. Hier sind alle Einwände fast vollständig zusammengestellt und unserer Meinung nach in der Regel von Brunhuber zutreffend widerlegt worden. Bemerkenswert ist die Rolle, die das Zentrum bei dieser ganzen Angelegenheit gespielt hat. Diese Partei, deren Bodenpolitiker mit besonderer Vorliebe die Einführung der Wertzuwachssteuer zwecks Bekämpfung der Bodenspekulation fordern, ist in Cöln dafür verantwortlich, dass die Wertzuwachssteuer finanziell bedeutungslos geworden ist. Wir können hier nicht im einzelnen auf die Rückwärtsrevidierung des Steuerordnungsentwurfes durch das Zentrum eingehen. Es sei nur das eine hervorgehoben, dass durch das Zentrum alle vor dem 1. April 1905 liegenden Wertsteigerungen ausgeschlossen wurden und nur die zukünftigen der Besteuerung unterworfen wurden. Wir halten die Ausführungen Brunhubers, wie schon gesagt, in der Regel für zutreffend, nur in einigen Punkten weichen wir von seiner Auffassung ab. Bei der Klage über die

starke Belastung des Grundbesitzes hatte doch darauf hingewiesen werden müssen, dass die heutige Besteuerung des Grundbesitzes diesen gar nicht trifft, sondern von ihm restlos auf die Mieter abgewälzt wird. Brunhuber will ferner unverdiente Wertverluste entschädigen, falls sie durch Massnahmen der Kommune direkt herbeigeführt sind. Er erwähnt als Beispiel die Entwertung der Häuser durch die Anlage von Schweben- und Hochbahnen. Ebenso will er gestatten, dass die Verluste an einem Grundstücke gegen den Gewinn an einem anderen aufgerechnet werden, falls es sich um einen Komplex von Grundgeschäften handelt. Da bei der gewerbmässigen Bodenspekulation das immer der Fall ist, so wurden tatsächlich alle ihre Geschäfte steuerfrei, also gerade das Ziel der Steuerordnung nicht erreicht werden. Denn auch Brunhuber sieht in der Wertzuwachssteuer das spezifische Spekulationserschwungsmittel und tritt für sie gerade aus diesem Grunde ein.

Das 5. Kapitel sucht eine praktische Systematik der Wertzuwachssteuer zu geben. Brunhuber behandelt hier zum Teil die selben Punkte, wie Kopp zum Teil ergänzt er dessen Ausführungen. Ein weiteres Kapitel ist den Wirkungen und Ergebnissen der Wertzuwachssteuer gewidmet. Das Buch schliesst mit einem Hymnus auf die Wertzuwachssteuer als die Grundsteuer der Zukunft, deren Prinzip, die Gewinnbesteuerung, das allgemeine Steuerprinzip der Zukunft sein werde. In finanzieller, steuerpolitischer, sozialer und bodenreformerscher Hinsicht sind die Wirkungen dieser Steuer nach Brunhuber ideale. Die Wertzuwachssteuer wird den Gemeinden grosse Erträge bringen. Sie entspricht dem Prinzip der gerechten Steuer und ist daher besonders geeignet, die rohe Umsatzsteuer abzulösen. Sie reguliert den Grundstückverkehr, erschwert die ungesunde Spekulation und übt eine unmittelbar präventive Wirkung auf den Grund und Boden aus. Was will man mehr von einer Steuer?

X  
 Kurze Chronik Die Stadt Leipzig hat bei Adorf eine Lungenheilstätte errichtet, in der zunächst 86 Krankenbetten vorgesehen sind. Die Kosten der Anstalt belaufen sich auf zirka 700 000 M. X Die Stadtverordnetenversammlung von M.-Glad-

bach beschloss die Kanalisation des gesamten Stadtgebietes. Die Gesamtkosten betragen 4 577 800 M. An Gebühren werden 3 M. pro Meter Strassenfront erhoben. × Der Gemeinderat von Bitsch hat die Zulassung der Presse zu den Gemeinderatssitzungen abgelehnt, weil die Gemeinde für die Öffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen noch nicht reif sei. × Die Hanauer Stadtverordnetenversammlung beschloss die Einführung der Wertzuwachssteuer. × In der Colner Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag gestellt, eine städtische Zahnklinik zur unentgeltlichen Behandlung unbemittelter zahnkranker Schulkinder zu errichten. × Der Leipziger Stadtrat hat die von den privaten Strassenbahngesellschaften gewünschte Erhöhung der Fahrpreise abgelehnt. × Der Stadt Mühlhausen: L. ist die Aufnahme einer Anleihe von 7 Mill. M. von der Regierung genehmigt worden. Zwecks Errichtung einer elektrischen Zentrale am Rhein hat die Stadtverwaltung bereits Unterhandlungen mit der Regierung und anderen interessierten Städten eingeleitet, um das Eindringen privater Gesellschaften zu verhüten. × Die Deputation, die zur Errichtung eines öffentlichen paritätischen Arbeitsnachweises in Bremen im Jahre 1898 eingesetzt worden ist, beantragt nunmehr in ihrem Berichte, von der Errichtung eines solchen Arbeitsnachweises abzusehen, nachdem sie im Frühjahr 1905 einen Gesetzentwurf für die Errichtung eines solchen aufgestellt hatte. Zur Begründung ihrer Meinungsänderung führt die Deputation aus, dass bei der geplanten Arbeitsnachweisstelle die sozialdemokratischen Arbeiter trotz aller paritätischen Vorschriften auf die Verwaltung einen schädlichen Einfluss gewinnen würden.

HUGO LINDEMANN

### Sozialistische Bewegung

**Gemeindevahlen** Bei den Stadtverordnetenwahlen zu Copenick wurden die beiden Kandidaten der Sozialdemokratie glatt gewählt; gegnerische Kandidaten waren nicht aufgestellt. In zwei neu eingemeindeten Vororten von Cassel wurden die 2 sozialdemokratischen Kandidaten durchgebracht, so dass die Partei im Stadthaus jetzt durch 4 Genossen vertreten wird. In Badenstedt (Hannover) wurde 1 Sozialdemokrat, der erste im Gemeindeparlament, gewählt. In Thale a. H. gelang es, in der Stichwahl einen

der beiden sozialistischen Kandidaten durchzubringen. Einen Gemeindevahl-sieg erfochten auch die Braunschweiger Parteigenossen bei einer Stichwahl; ihr Kandidat erhielt 1002, der der Gegner 833 Stimmen.

Im Grossherzogtum Baden hat in der letzten Zeit eine ganze Anzahl Gemeindevahlen stattgefunden, an denen Sozialdemokraten beteiligt waren und Mandate eroberten. So in Knielingen bei Karlsruhe, wo die sozialdemokratische Fraktion nunmehr 21 Mann stark ist. In Ruppur bei Karlsruhe wurde in der III. Klasse ein vollständiger Sieg erfochten, in der II. Klasse wurden 6, und in der I. Klasse 1 sozialistischer Kandidat durchgebracht. In Weinheim ziehen zu den 3 bisherigen noch 11 weitere sozialistische Gemeinderäte ins Stadtparlament ein. Ferner wurden in Schriesheim 11, in Lörrach 20 Genossen gewählt; auch in Sankt Georgen und Wieblingen siegte die sozialdemokratische Liste.

× **Parteitage und Konferenzen** Die 1. Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Hamburgs nahm

ein Organisationsstatut an, nach welchem die drei Hamburger Wahlkreise, die aus dem schleswig-nolsteinschen Provinzialverband ausgeschieden sind, einen Zentralverband für sich bilden. Mit der Führung der Geschäfte sind zwei Parteisekretäre betraut. In Sachen der Bürgerschaftswahlen von 1907 wurde entgegen der Meinung einzelner der Beschluss gefasst, sich an der Wahl zu beteiligen und eine intensive Agitation zur Gewinnung von neuen Bürgern in die Wege zu leiten.

Der schlesische Parteitag war von 30 Delegierten aus 19 Wahlkreisen besetzt. Die Zahl der organisierten Genossen in Schlesien beträgt jetzt über 16 000 (im Vorjahr 8500); hiervon entfallen 8400 auf den Breslauer Bezirk. Die Breslauer Organisationsturm, besonders aber die Agitation von Haus zu Haus, hat so vorzügliche Erfolge aufzuweisen, dass sie überall nachgeahmt wird. Die Verfolgungen der *Volkswacht* waren in diesem Jahre geradezu ungeheuerliche. Während 1905 nur 600 M. Geldstrafen zu verzeichnen waren, sind in den ersten 5 Monaten dieses Jahres bereits 1 Jahr 3 Monate 10 Tage Gefangnis und 710 M. Geldstrafe über ihre Redakteure verhängt worden. Beschlossen wurde, beim Parteivorstand zu beantragen, auf die

Tagesordnung des nächsten Parteitages den Punkt *Presse* zu setzen: ferner auf die Errichtung einer Schule zur Heranbildung von Agitatoren und Redakteuren hinzuwirken.

Der Gautag der südbayerischen Sozialdemokratie nahm nach einem Referat Vollmars über die nächsten Landtagswahlen eine Resolution an, wonach die Partei mit allen Kräften in die Wahlbewegung einzutreten hat; namentlich soll alle Kraft auf diejenigen Wahlkreise konzentriert werden, wo ein Erfolg für unsere Partei zu erhoffen ist. Das neue Statut der Wahlkreisorganisation, entsprechend den Jenauer Beschlüssen, wurde angenommen.

× **Polnische Sozialdemokratie in Österreich** ×

Der Parteitag der polnischen Sozialdemokratie tagte Ende Mai in Lemberg. Aus dem Rechenschaftsbericht der Parteileitung ist ein Aufschwung der Partei auf allen Gebieten zu entnehmen. Unter den schwierigsten Verhältnissen, mit denen die Presse in einem Lande des Analphabetismus und der schrecklichsten Not zu kämpfen hat, ist die Arbeiterpresse in stetem Wachsen begriffen. Die Parteiorgane haben grosse Fortschritte gemacht und sind zum Teil erweitert worden. Die Verfolgungstatistik weist an Verwaltungsstrafen aus: 7 Monate 10 Tage; an Gerichtsstrafen: 27 Jahre 2 Monate 6 Tage und an Untersuchungshaft: 15 Jahre 17 Tage.

Nach einem Referat Daszynskis wurde in einer Resolution das vorliegende Wahlreformprojekt der Regierung trotz mancher Mängel als annehmbar bezeichnet; konform mit den Beschlüssen der Wiener Zentralleitung fordert der Parteitag das industrielle und das landwirtschaftliche Proletariat auf, sich für den Massenstreik bereit zu halten. Beschlossen wurde ferner die Gründung eines Tageblattes für Lemberg, sowie die Gründung jüdischer Sektionen.

× **Frankreich: Kammerwahlen** ×

Die Bedeutung der allgemeinen Wahlen vom 6. und 20. Mai für die fortschreitende Entwicklung der Demokratie und des Sozialismus in der französischen Republik wird in dieser Zeitschrift in besonderen Artikeln gewürdigt und gewürdigt werden; und zwar kommen dabei sowohl die Vertreter der geeinigten Partei, sowie der unabhängigen Sozialisten zu Worte. Hier seien nur die zahlenmässigen Erfolge aufgeführt. Die

geeignete Partei hatte in 346 Wahlkreisen eigene Kandidaten aufgestellt, die nach einer vielleicht nicht ganz korrekten Aufstellung des *Socialiste* — insgesamt 894023 Stimmen auf sich vereinigten. Das Wahlmanifest der Partei wurde in 67753 Exemplaren als Plakat angeschrieben und ausserdem als Flugblatt in 1184500 Exemplaren verbreitet. Im ersten Wahlgang wurden von ihren Kandidaten 33 gewählt, wozu in den Stichwahlen dann noch weitere 21 kamen. Ihre Fraktion besteht also jetzt aus 54 Mitgliedern (in der vorigen Session betrug sie 40). Die unabhängigen Sozialisten, das heisst diejenigen, die sich der geeinigten Partei nicht angeschlossen haben, eroberten zu den 16 Sitzen, die sie in der vorigen Session inne hatten 5 neue, so dass sie jetzt deren 21 haben. Insgesamt haben wir also in der neuen Kammer 75 Sozialisten.

Die im Juni eröffnete neue Legislaturperiode weist unseren französischen Genossen grosse Aufgaben zu. Es wird sich bald erweisen, ob die neue Gruppierung innerhalb des französischen Sozialismus auch einen massgebenden Einfluss auf die gesetzgeberische Tätigkeit im Parlament ausüben wird.

× **Belgien: Kammerwahlen** ×

Die Hoffnung der Sozialisten und Liberalen Belgiens, die klerikale Reaktion schon bei dieser Wahl weggehen zu können, hat sich leider nicht erfüllt. Die eifrige Agitationsarbeit, welche unsere Genossen geleistet, hätte einen solchen Erfolg wohl verdient; es liegt aber in dem Pluralwahlssystem begründet, dass das Proletariat um die Früchte seiner Mühen betrogen wird. Seit Wochen waren unsere Genossen nicht bloss in den Städten, sondern vor allem in den ländlichen Gebieten tätig, um für den Sozialismus zu werben. Grosses hat darin besonders die Brüsseler Parteiorganisation geleistet; wurden doch von ihr allein in der nächsten Umgebung von Brüssel insgesamt 324 Versammlungen abgehalten, nicht eingerechnet die in der Hauptstadt selbst. Ferner wurde über eine Million Flugschriften und Broschüren verbreitet. Die Wahlen vom 27. Mai erstreckten sich auf die eine Hälfte des Königreichs und zwar auf die, welche als die Hochburg des Klerikalismus bezeichnet werden kann. Von den 166 Abgeordneten der Kammer hatten diesmal 85 auszuscheiden. Von diesen 85 Mandaten hatte die klerikale Partei 54

inne, 20 gehörten den Liberalen, 10 den Sozialdemokraten und 1 den christlichen Demokraten. Bisher verfügten die Klerikalen über 93 Sitze, denen 73 der Opposition gegenüberstanden. Die Parteien der Opposition hätten also, um die Mehrheit zu erlangen, 12 neue Sitze gewinnen müssen. Das ist nicht geschehen, sondern die Majorität der Klerikalen besteht weiter, sie ist nur um 4, also auf 89 Mandate gesunken, die Opposition hat jetzt deren 77. Die 10 ausgeschiedenen Sozialisten sind sämtlich wiedergewählt, ausserdem sind 2 neue Sitze erobert worden. Wenn man die Wahlstimmen betrachtet, kann der Ausfall der Wahlen für unsere Partei als ein befriedigender nicht bezeichnet werden. Das zeigt am deutlichsten Brüssel. Für diese Stadt kann man, da eine gemeinsame Liste der Oppositionsparteien dort nicht bestand, die Resultate für die einzelnen Parteien feststellen und mit früheren Ergebnissen vergleichen. Danach ist das ganze Wachstum der oppositionellen Stimmen den Liberalen zu gute kommen. Während unsere Genossen gegen 1902 kaum 200 Stimmen mehr auf ihre Kandidaten vereinigten (1902 57 526, 1906 57 720), stiegen die der Liberalen von 59 934 auf 89 179. Auch in Löwen, Nivelles, Brügge und anderen Orten war ein Steigen der Stimmenzahl nicht zu verzeichnen. In Antwerpen, wo unsere Genossen gehofft hatten, einen zweiten Deputierten (neben Terwagne) durchzubringen, erhielten sie im Verhältnis zu den anderen Parteien weniger Stimmen als 1902. Vandervelde erklärte im *Peuple* diese Erscheinung dadurch, dass die Liberalen seit 1902 eine entschiedene Schwenkung nach links vollzogen und hierdurch viele der früheren Mitläufer der Sozialisten gewonnen hätten.

×  
**Dänemark:**  
**Folkething-**  
**wahlen**

×  
Die Wahlen zum dänischen *Folkething* fanden am 29. Mai statt. Von den 299 763 Stimmen, die insgesamt abgegeben wurden, erhielten die 62 Kandidaten der Sozialdemokratie zusammen 76 566 Stimmen. Das Wachstum der Partei seit ihrer Gründung im Jahre 1878 drückt sich in folgenden Zahlen aus: Im Jahre 1879 beteiligte sich die Partei zum erstenmal an den Wahlen; ihr einziger Kandidat brachte es auf 767 Stimmen. Bei den Wahlen von 1881 kandidierten 2 Sozialdemokraten und erhielten 1686 Stimmen; gewählt wurde keiner. Im Jahre 1884 stieg die Stimmenzahl auf

6806, und von den 3 aufgestellten Kandidaten wurden 2 gewählt. Seitdem ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von Wahl zu Wahl ständig gestiegen. Die drei letzten Wahlen hatten folgendes Ergebnis: 1901 wurden auf 30 Kandidaten 42 972 Stimmen abgegeben, gewählt wurden 14; 1903 auf 55 Kandidaten 55 593 Stimmen, gewählt 16; diesmal waren 62 Kandidaten aufgestellt, von denen 24 gewählt wurden. Damit ist die Sozialdemokratie im dänischen *Folkething* zur zweitstärksten Partei geworden; die Regierungspartei hat 55, die Radikalen haben 11, die Rechte hat 12 Sitze inne.

×  
**Russland**

×  
Wie man voraussehen konnte, hat der Einigungsparteitag der russischen

Sozialdemokraten, der vor wenigen Wochen in Stockholm abgehalten wurde, die heiss ersehnte Einigung nur formell auf dem Papier, aber nicht *de facto* gebracht. In Wirklichkeit ist die Kluft zwischen den beiden Fraktionen, den Leninianern und den Martowianern, nicht nur nicht kleiner, sondern grösser und vielleicht schon unüberbrückbar geworden. Der Streit der Meinungen wird immer rücksichtsloser, keine Mittel, seien sie noch so bedenklich, werden gescheut, um den *Feind* zu diskreditieren.

Den Kernpunkt aller Differenzen, soweit sie nicht persönlicher Natur sind, bildet die verschiedene Auffassung der jetzigen Situation und der daraus sich ergebenden Taktik. Die Leninianer sind fest davon überzeugt, dass die revolutionären Kräfte des Reiches schon so stark sind, dass es nur einer gewissen Anstrengung und der Entschiedenheit bedarf, um einen Sieg über die Reaktion zu erringen. Sie betrachten deshalb die *Duma* als Hindernis der Revolution, die schon vorhandene revolutionäre Kraft schläfrig mache, sie mit *konstitutionellen Illusionen* speise. Aus dem selben Grunde betrachten sie die Tätigkeit der *Kadetten* und der Martowianer als eine verräterische, die die wichtigsten Interessen der Volksfreiheit preisgibt. Die Martowianer stehen auf fast diametral entgegengesetztem Standpunkte. Ihre Augen sind nicht durch die *revolutionäre* Phrase geblendet, und sie sehen klar, dass die Sammlung der revolutionären Kraft durchaus nicht so weit vor sich gegangen ist, wie es wünschenswert wäre, und wie die Leninianer es behaupten. Sie finden es deshalb unverantwortlich, die Kräfte der bürger-

lichen Opposition von sich und dem Proletariat abzustossen und sie unausgenutzt zu lassen. Ein Kampf gegen die *Duma* ist Kampf für die Regierung, für die Reaktion und isoliert das Proletariat von der gesamten Freiheitsbewegung. Das Proletariat muss die bürgerliche Opposition unterstützen, um auf diese Weise Freiheiten für sich zu erkämpfen, die ihm erst die Möglichkeit geben werden, unter leichteren Bedingungen seinen Kampf für den Sozialismus weiter zu führen.

Man sieht: Zwei entgegengesetzte Auffassungen — eine realistische und eine abenteuerliche — kämpfen mit einander, und eine Verständigung wird leider nicht so bald möglich sein. Fast scheint es unter diesem Gesichtswinkel schon zweckmässiger, dass beide Gruppen sich von einander gänzlich lostrennen, dass jede ihre eigenen Wege wandelt; eine Ansicht, die von nicht vereinzelt russischen Genossen geteilt wird.

× **Kurze Chronik** Am 26. Mai starb im schweizerischen Orte Emishofer, der unmittelbar an Constanz grenzt, der Genosse Haug im 74. Lebensjahre. Haug hat unter dem Sozialistengesetz der Partei durch Organisation und Leitung des Schriftenschmuggels am Bodensee grosse Dienste geleistet. Er verstand es meisterhaft, seine Konterbande allen polizeilichen Schnüffeleien zum Trotz über die deutsche Grenze zu bringen. × In Genf haben bei den Stadtverordnetenwahlen unsere Genossen ihre bisherigen 5 Sitze verloren. × Der grosse Rat des Kantons Bern zählt nur noch 14 Sozialdemokraten gegen 18 vor den Wahlen. × Bei den Gemeinderatswahlen in Seraing (Belgien) siegten sämtliche sozialistische Kandidaten im ersten Wahlgange, und zwar mit grossen Majoritäten. Gewählt sind 9 Sozialdemokraten; 1 Genosse sass bisher schon im Gemeinderat. × Die englische *S. D. F.* hat kürzlich ihr neues Heim, 21a Maiden Lane, Strand, London W. C., bezogen.

× **Literatur** *Wilhelm Liebknecht, sein Leben und Wirken*: dieses Büchlein Kurt Eisners, entstanden unmittelbar nach dem Tode Liebknechts, war seit längerer Zeit vergriffen. Jetzt hat die *Fortwärtsbuchhandlung* es dankenswerterweise neu aufgelegt. Es ist ein Bedürfnis, und nicht nur der Pietät, das Bild des *Allen*, der in

seinem Lebensgang die Geschichte der Partei verkörperte, vor den Jungen neu erstehen zu lassen. Dem Werkchen — das der Verfasser neu durchgesehen und vielfach ergänzt, und das der Verlag geschmackvoll ausgestattet hat — ist daher die weiteste Verbreitung sicher. Der Preis beträgt 1,50 M.; für Vereine u. s. w. kostet eine billige Ausgabe 60 Pf. × Die Autobiographie Peter Krapotkins, die vor einigen Jahren in deutscher Sprache erschien, ist jetzt, unter dem Titel *Memoiren eines russischen Revolutionärs* /Stuttgart, Lutz/, in einer einbändigen Volksausgabe zum Preise von 4 M. erschienen. Wir brauchen auf den Inhalt des prächtigen Werkes hier nicht einzugehen, nachdem dieses bei seinem ersten Erscheinen in den *Sozialistischen Monatsheften* (1900, pag. 733 ff.) in ausführlicher Weise gewürdigt worden ist.

HUGO POETZSCH

### Gewerkschaftsbewegung

**Gerichtliche Verfügung** Im April vorigen Jahres wurden auf der Tagung des *Verbandes der Lithographen und Steindruckere* und des *Senefelderbundes* diese beiden Organisationen zu einer einzigen verschmolzen unter Weiterführung des Namens *Deutscher Senefelderbund* (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1905, II Bd., pag. 708). Mit dieser Verschmelzung, die vorher auch von der Mehrheit der Mitglieder des *Senefelderbundes* durch Urabstimmung gebilligt worden war, und die eine bedeutende Stärkung der gewerkschaftlichen Position der Lithographen bedeutete, waren schon aus letzterem Grunde 31 Mitglieder dieser Organisation nicht einverstanden, und sie erhoben deshalb gegen die Verschmelzung des Bundes mit dem Lithographenverband und deren Ausdehnung auf die Gewerkschaftskasse gerichtliche Klage. Das Landgericht gab auch dieser Klage teilweise statt, das heisst, es erklärte, dass die Satzungen, soweit sie die Ausdehnung der Zwecke des Bundes auf eine Gewerkschaftskasse betreffen, un- gültig seien, bezeichnete es aber als eine Pflicht der Kläger, den für Unterstützungszwecke vom Bund festgesetzten Beitrag zu bezahlen. Diesem gewerkschaftsfeindlichen Urteil trat auch das Oberlandesgericht bei; es liess zwar die Gewerkschaftskasse bestehen und anerkannte auch die Zahlungspflicht aller Mitglieder für diese, nahm aber seinerseits verschiedene die Entwicklung

und gewerkschaftliche Wirksamkeit des Bundes schädigende Einschränkungen vor. Noch ehe das von der Bundesleitung angerufene Reichsgericht in der Sache urteilen konnte, erwirkten die 31 Kläger vom Gericht eine einstweilige Verfügung gegen den Bund, wonach diesem die gewerkschaftliche Tätigkeit unterbunden werden soll. Begründet ist dieses Vorgehen damit, dass infolge einer grossen Aussperrung der Bund grosse Geldmittel braucht, und dass darum die Gefahr besteht, dass nicht nur die Gelder der Gewerkschaftskasse, sondern auch die der Unterstützungskasse verwendet werden. In dem Statut des Bundes heisst es aber ausdrücklich, dass die Kassen getrennt geführt werden, und dass das Vermögen dieser Kassen unteilbar ist.

Es mag zur Charakteristik des Vorgehens der 31 Kläger dienen, wenn wir noch sagen, dass der *Senefelderbund* zurzeit eine schwere Aussperrung, die ein Viertel seiner Gesamtmitgliedschaft umfasst, abzuwehren hat, und dass die aussperrenden Unternehmer der Klage gegen den Bund nicht ganz fernstehen. Wohl selten ist ein solch niederträchtiger Streich gegen eine Organisation geführt worden, doch dürfte er kaum zur Kampfunfähigkeit der gewerkschaftlich organisierten Lithographen führen. Die Leitung des Bundes macht bekannt, dass die gerichtliche Verfügung auf die Lohnbewegung keinen Einfluss hat, und bereits ist eine Kommission gewählt worden, die ausschliesslich die Bewegungen des Bundes leiten soll.

Der Vorfall zeigt uns auch, wessen wir eventuell uns zu versehen haben werden bei den deutschen Gerichten, wenn das mehrfach angekündigte Gesetz zur Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zur Tatsache wird.

#### × Metallindustrie.

In der deutschen Metallindustrie fordert das Aussperrungsieber des Scharfmachertums neue Opfer. Diese Elemente sind anscheinend unbelehrbar, sonst hätten sie nach den zahlreichen Aussperrungen des letzten Jahres eingesehen, dass diese Kampfaktik die Unternehmer niemals zum Ziele ihrer Wünsche, zur Zerschmetterung der Arbeiterorganisationen, führen kann, da noch jede Aussperrung für die betroffene Gewerkschaft eine Quelle neuer Kräfte bedeutete. So haben die im *Gesamtverband deutscher Metallindustrieller*

organisierten Scharfmacher vor kurzem gegen den Metallarbeiterverband aufs neue eine Aussperrungsaktion in Szene gesetzt, und sie haben sich bei dieser Gelegenheit eine gründliche Blamage zugezogen. Die im Metallarbeiterverband organisierten Former, die trotz ihrer schweren und verantwortungsvollen Arbeit recht ungünstig gestellte Arbeiterkategorie, traten vor einigen Monaten in eine allgemeine Lohnbewegung ein. Es waren bescheidene Forderungen, die sie stellten, und es wäre der stark beschäftigten und mit Riesenprofiten arbeitenden Metallindustrie ein leichtes gewesen, sie zu bewilligen. In Württemberg, Baden, in Frankfurt a. M.-Offenbach, Aachen, Düsseldorf und anderen bedeutenden Metallindustriestellen kam es auf der Grundlage dieser Forderungen auch zu einer Einigung zwischen den Arbeitern und Unternehmern, nur in den Bezirken Breslau, Dresden, Braunschweig und Hannover kam es, und zwar wesentlich gerade unter dem Einfluss an der Giessereiarbeiterbewegung gar nicht beteiligter, scharfmacherischer Metallindustrieller zu Streiks und zu einer Massenaussperrung in den Metallindustriebetrieben beschäftigter Arbeiter. Damit nicht genug, trat am 2. Mai der *Gesamtverband deutscher Metallindustrieller* in Aktion; er beschloss, am 10. Mai 320 000 Metallarbeiter, und zwar vorzugsweise Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, auszusperrn, falls bis an diesem Tage die streikenden Giessereiarbeiter nicht an ihre Plätze zurückgekehrt seien. Mit grossem Tamtam wurde dieser Beschluss von der gesamten *gulgessinnten* Presse verkündet; als aber die gewünschte Wirkung ausblieb, als insbesondere der Metallarbeiterverband keine Miene machte, zu Kreuz zu kriechen, da wurde dieser Beschluss von der selben Presse wieder lebhaft dementiert, da wollten die Herren Scharfmacher am 12. Mai auf einmal nur 30 % ihrer Arbeiter kündigen. Auch dieser Beschluss wurde wieder korrigiert, einmal, weil er wohl gar nicht ernst gemeint war, dann aber, weil dem *Gesamtverband* jede Möglichkeit fehlte, ihn durchzuführen; denn namhafte Unternehmervereinigungen verweigerten ihm ihre Gefolgschaft, sie lehnten es ab, wegen so geringfügiger Forderungen, die in ihren Betrieben längst durchgeführt waren, eine solche Aussperrungsaktion mitzumachen. So beschloss der *Gesamtverband* schliesslich, die Aussperrung,



und zwar von 60 % aller in den Verbandsbetrieben beschäftigten Arbeiter, erst am 2. Juni durchzuführen. Mittlerweile waren aber die so aussperrungswütigen Unternehmer in Dresden, Braunschweig, Dresden und Hannover, wohl auch gewitzt durch den Widerstand, den sie mit ihren Scharfmachern im eigenen Lager hervorgerufen hatten, den Arbeitern recht weit entgegengekommen, und die Differenzen in diesen Bezirken wurden beigelegt. In Breslau tobte der Kampf noch weiter, von einer Aussperrung wurde aber nicht mehr gesprochen, die Scharfmacher haben an der erlittenen Blamage wohl für einige Zeit genug. Hatten doch ohnedies die Metallindustriellen wichtiger Bezirke die Kündigungen für den 2. Juni nicht vollzogen. Jedenfalls weiss man jetzt, wie man die Drohungen der Scharfmacher einzuschätzen hat.

× **Kongresse und Verbandstage** Auch im Monat Mai hielten noch eine ganze Reihe von Organisationen ihre Verbandstage ab. Zunächst die Schmie de am 13. bis 19. Mai in Berlin. Der Anschluss an den Metallarbeiterverband wurde mit grosser Mehrheit abgelehnt. Beschlossen wurde Einführung einer Erwerbslosen-, einer Umzugs- und einer Sterbefallunterstützung und Erhöhung des Beitrages von 30 respektive 20 auf 55 respektive 35 Pf. Den wegen der Maifeier Gemassregelten wird vom 5. Mai ab eine Gemassregelten- oder eine Erwerbslosenunterstützung gezahlt. Das Grundgehalt der Beamten wurde auf 1800 M. normiert, es steigt jährlich um 50 M. bis zur Höchstgrenze von 2300 M. Die Holzarbeiter tagten vom 20. bis zum 27. Mai in Cöln. Der wichtigste Beschluss ist die Einführung einer Krankenunterstützung und die Erhöhung des Beitrages von 35 auf 50 Pf. Unter bestimmten Voraussetzungen soll den infolge der Maifeier gemassregelten Kollegen von der zweiten Woche ab die Gemassregeltenunterstützung gewährt werden. Einstimmig sprach sich der Verbandstag für die Arbeitsruhe am 1. Mai aus. Im Verbandsbureau sollen 4 Beamte, ferner sollen 5 Gaubeamte neu angestellt werden. Die Gehälter der Beamten wurden aufgebessert, und zwar erhalten künftig die Vorstandsbeamten 2400 M., steigend um 120 jährlich bis 3000 M., die Gaubeamten 2100 bis 2600 Mark, die Hilfsarbeiter 2000 bis 2400 M. Auf dem Verbandstag der Hand-

lungsgelhilfen, welcher am 4. und 5. Juni in Chemnitz tagte, wurden wichtige Statutenänderungen nicht beschlossen; nur die Stellenlosenunterstützung wurde etwas verbessert. Mit den verwandten Organisationen sollen Kartellverhältnisse angebahnt werden.

Ausserordentlich wichtig war der 4. Verbandstag der Gemeindegewerkschafter vom 27. Mai bis 1. Juni in Mannheim stattfindend, weil er entscheiden sollte, ob die Organisation sich den in den modernen Gewerkschaften geltenden Grundsätzen anpassen und sich dem Beschluss der Gewerkschaftsvorstände in Sachen seiner Grenzstreitigkeiten mit den Organisationen der Steinsetzer, Garten-, Handels- und Transportarbeiter und Hafenarbeiter fügen werde. Beides ist geschehen, so dass dem ferneren Anschluss der Gemeindegewerkschafter an die *Generalkommission* erfreulicherweise nichts im Wege steht. Der Betrag wurde von 20 respektive 15 auf 35 respektive 25 Pf. erhöht, und eine Erwerbslosenunterstützung eingeführt. Die Gehälter der Vorstandsmitglieder wurden normiert auf 2400 bis 3000 M., die der Gauleiter auf 2100 bis 2600 M., die der Hilfsarbeiter auf 1600 bis 2100 M., steigend jährlich um 100 M. Dem Verbandstag ging eine Konferenz der Krankenkassenwärtner voraus, und er wurde beschlossen mit einer Konferenz der Gasarbeiter, die vorzugsweise berufliche organisatorische Fragen behandelten. Die Konditionen, die am 4. und 5. Juni in Hamburg tagten, beschloss die Erhöhung der Beiträge von 40 respektive 15 auf 50 und 20 Pf. und einige Verbesserungen der bestehenden Unterstützungsanstalten.

Schliesslich ist noch eine Zieglerkonferenz bemerkenswert, die während der Pfingsttage in Magdeburg stattfand. Sie beschäftigte sich eingehend mit den Verhältnissen der Zieglerarbeiter. Von der Gründung einer besonderen Organisation für diesen Beruf wurde abgesehen, die Ziegler sollen künftig einheitlich im Fabrikarbeiterverband organisiert werden, an den das Ersuchen erging, auf seinem nächsten Verbandstag die Anstellung eines mit den Verhältnissen der Ziegler vertrauten Agitators und Organizers zu vollziehen.

× **Jubiläen** Am 20. Mai hat der deutsche Buchdruckerband, neben dem Tabakarbeiterverband die älteste deutsche

Gewerkschaft, das Fest seines 40jährigen Bestehens feiern können. Am 20. Mai 1866 fand der erste deutsche Buchdruckertag statt, auf dem die Gründung des Verbandes vollzogen wurde. In diesen 40 Jahren hat der Verband schwere Kämpfe durchzuführen gehabt, es sei nur an die grosse Aussperrung im Jahre 1873 und an den Neunstundenkampf im Jahre 1891 erinnert. Er hat es verstanden, die Arbeitsverhältnisse in der Buchdruckindustrie entscheidend zu beeinflussen, und ist nach dieser Richtung heute noch mustergültig für die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Grosses hat dieser Verband aber vor allen Dingen auf dem Gebiete des Unterstützungswesens geleistet, was allein schon aus der Tatsache erhellt, dass er bis Ende 1905 vorausgabte an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung 10 653 822 M., an Invalidenunterstützung 2 489 963 M., an Kranken- und Sterbefallunterstützung 9 564 689 M. Zurzeit steht der Verband, der 44 000 Mitglieder zählt, in einer Tarifbewegung. Und zu Pfingsten waren 25 Jahre seit Gründung des *Bildhauerverbandes* verfloßen. Auch diese Organisation, die zurzeit 4875 Mitglieder zählt, hat sowohl auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes, wie des Unterstützungswesens grosse Erfolge erzielt, und sie bewährte sich vor allem in den letzten Jahren, in denen das Bildhauergewerbe so schwer daniederlag.

× **Kurze Chronik** Der Metallarbeiterverband erhebt infolge der schweren Kämpfe, die er zu führen hat, einen Extrabeitrag von 25 Pf. pro Woche, der Fabrikarbeiterverband auf die Dauer von 5 Wochen einen Extrabeitrag von 20 respektive 30 Pf., der Seemannsverband eine einmalige Extrasteuer von 4 M., der Töpferverband für die Dauer einer von den Unternehmern angekündigten Aussperrung einen doppelten Wochenbeitrag. × Im Kürschnerverband haben sich bei der Urabstimmung 1241 Mitglieder für Erhöhung des Beitrages und Einführung der Kranken- und Sterbefallunterstützung, und nur 238 dagegen ausgesprochen. × Im Malerverband wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch Urabstimmung mit 15 640 gegen 4739 Stimmen abgelehnt. × Der Holzarbeiterverband gibt seit 15. Mai ein der fachtechnischen und künstlerischen Fortbildung seiner Mitglieder gewidmetes *Fach-*

*blatt für Holzarbeiter* heraus. Es erscheint monatlich einmal und wird zum Preise von 1 M. pro Quartal an die Mitglieder abgegeben. ERNST DEINHARDT

### Genossenschaftsbewegung

**Arbeitsbedingungen** Eine der wertvollsten Veröffentlichungen, die der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* während seines 3jährigen Bestehens veranstaltet hat, ist in dem vom Verbandssekretär H. Kaufmann bearbeiteten statistischen Werk *Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse genossenschaftlicher Angestellter und Arbeiter* erschienen. Es ist eine Zusammenstellung des eingehendsten authentischen Materials über die Arbeitsverhältnisse in nahezu sämtlichen dem *Zentralverband* angeschlossenen Konsumgenossenschaften. Wir berichteten bereits über die im Herbst vorigen Jahres vom Verbandssekretariat veranstalteten statistischen Erhebungen, die die Grundlage für die Schaffung weiterer Tarifverträge bilden sollten. Von den befragten Vereinen haben 774 mit 8611 Angestellten geantwortet, 63 mit 99 Angestellten, also eine verschwindende Minorität, haben keine Auskunft gegeben. Die zu beantwortenden Fragen erstreckten sich einmal auf allgemeine lokale Verhältnisse, Grösse, innere Organisation des Vereins und zweitens auf die besonderen Arbeitsverhältnisse der verschiedenen Angestellten- und Arbeiterkategorien. Es war Auskunft zu geben über Mindest- und Höchstdauer der Arbeitszeit, Überstunden, Pausen, Sonntagsarbeit, Ferien, Ladenschluss, Anfangs- und Höchstgehalt, Mankovergütung, Versicherungsbeiträge und anderes mehr.

In der vorliegenden Zusammenstellung sind die Vereine der besseren Übersicht und Beurteilung halber nach Grösse und Betriebsintensität in 6 Gruppen geteilt, und in jeder dieser Gruppen sind wiederum die Vereine zusammengestellt, die in Orten mit gleichen Lokalzuschlägen nach dem Buchdruckertarif liegen. Vereine, die unter gleichen inneren und äusseren Bedingungen arbeiten, sind also zusammengefasst, eine zweifellos sehr praktische Einteilung. Jede Arbeiterkategorie ist für sich behandelt, und am Schlusse jedes Abschnittes ist eine Zusammenstellung der Ergebnisse gegeben, die allerdings noch die Gruppeneinteilung der Vereine bestehen lässt. Hier wäre, um eine vollkommene Übersicht zu gestatten, eine noch engere Zusammen-

ziehung empfehlenswert gewesen. Auch vermissen wir Angaben darüber, inwiefern die Arbeitsverhältnisse den bis jetzt zwischen *Zentralverband* und Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträgen entsprechen.

Eine, auch nur auszugsweise erfolgende Wiedergabe der Zusammenstellungen ist in Anbetracht des Missverhältnisses zwischen dem Stoff — es handelt sich um 20 verschiedene Kategorien! — und dem uns hier zur Verfügung stehenden Raum undenkbar. Wir können deshalb nur allen sich für die Materie interessierenden Personen und vor allen Dingen den verschiedenen Arbeiterkorporationen und Bibliotheken empfehlen, sich das viel bietende Werk selbst anzuschaffen. Jedenfalls wird durch diese Veröffentlichungen bestätigt, was von genossenschaftlicher Seite stets den sich auf einzelne Vorkommnisse stützenden Anklagen aus gegnerischem und auch aus Partei- und Gewerkschaftslager geantwortet wurde: dass nämlich die Arbeitsverhältnisse in den Konsumvereinen im allgemeinen jeden Vergleich mit den in Privatunternehmungen aushalten, ja meist sogar einen gewaltigen Fortschritt darstellen. Am eklatantesten ist wohl der Unterschied zwischen privaten und genossenschaftlichen *Bäckereien* betrieben. Man weiss, dass der gesetzlich als Maximum vorgeschriebene 12stündige Arbeitstag für die Gesellen in Privatbäckereien sehr häufig nur auf dem Papier steht, dass Arbeitszeiten bis zu 17 Stunden vorkommen. Demgegenüber stellt sich die Arbeitszeit der in Konsumvereinen beschäftigten Bäckergesellen folgendermassen: von 606 Gesellen hatten 383, also mehr als die Hälfte, eine Arbeitszeit von 45 bis 48 $\frac{1}{2}$  Stunden pro Woche, 230 eine solche von 50 bis 60, 64 63 bis 72 und 19 über 72 bis zu 80 Stunden. Die letztgenannten Fälle bedürfen natürlich einer raschen Abhilfe. Auch die Gehaltsverhältnisse sind, ganz abgesehen davon, dass hier das Kost- und Logiswesen selbstverständlich nicht besteht, im Durchschnitt weit günstigere, als in Privatbäckereien: 88 % aller Gesellen erreichten Monatsgehälter von 100 M. und darüber, 13 $\frac{1}{2}$  % 125 M. und darüber, und 9 % 150 bis 175 M.

Dass auch noch Missstände vorhanden sind, wie besonders die übermässig lange Arbeitszeit vieler Lagerhalter, die freilich meist keine intensive Arbeit bedingt, aber doch durch Mittagslادenschluss behoben werden könnte, soll nicht geleugnet

werden. Das vorliegende Werk gibt zu ihrer Beseitigung durch Tarifvertrag und Druck der öffentlichen Meinung die beste Grundlage.

× **Besteuerung** ×  
Während in Preussen die eingetragenen Konsumgenossenschaften mit offenem Laden Einkommensteuer zu zahlen haben, waren bis jetzt die nicht eingetragenen Konsumvereine von dieser Verpflichtung befreit. Das wurde bei der allgemeinen Bedeutungslosigkeit dieser letzteren wahrscheinlich gar nicht aufgefallen sein, wäre nicht gerade der grösste deutsche, der Breslauer Konsumverein, zufällig solch freier Verein. Dieser Verein mit seinen Millionenumsätzen und -gewinnen (vergl. die Rundschau im vorigen Bande, pag. 441) ist naturgemäss seit jeher den Mittelständlern im allgemeinen und dem ansässiger Breslauer Händlertum im besonderen ein Dorn im Auge. Obwohl im vergangenen Jahr mit Gewerbe- und sonstigen Steuern in Höhe von 37 453 M. belastet musste er stets als Schulbeispiel dienen, wenn gegen die angebliche Steuerfreiheit der Konsumvereine Sturm gerannt wurde. Auch der am 9. Mai im preussischen Abgeordnetenhaus beratene Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Lusensky zum Gesetzentwurf, betreffend Aenderung des Einkommensteuergesetzes, ist eigentlich eine *lex Breslau*. Wenigstens wurden die Breslauer Verhältnisse in erster Linie zu seiner Rechtfertigung herangezogen. Der Antrag will der Ziffer 5 des § 1, der die Einkommensteuerpflichtigen aufzählt, folgende Fassung geben: 1. Vereine, einschliesslich eingetragene Genossenschaften, zum gemeinsamen Einkauf von Lebens- oder hauswirtschaftlichen Bedürfnissen im grossen und Ablass im kleinen, auch wenn ihr Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht. Diese Fassung weicht von der bisherigen in 3 Punkten ab: 1. werden auch die nicht eingetragenen Vereine hinzugezogen, 2. ist das Kriterium des offenen Ladens, das ursprünglich wiederum ein Ersatzkriterium für den Verkauf an Nichtmitglieder war, und das den Genossenschaften eine Möglichkeit bot, sich der Steuer zu entziehen, fallen gelassen, und 3. wird durch das Wort *hauswirtschaftlich* ein Ausnahmezustand konstituiert zu gunsten der Rohmaterialien (nebenbei aber auch Wirtschaftsbetriebe!) einkaufenden Handwerker- und landwirtschaftlichen Ge-

nossenschaften. Dass diese mittelstands-freundlichen Genossenschaften um jeden Preis geschützt werden müssten, wurde von allen Rednern unverhohlen zugegeben. Nur der freisinnige Genossenschaftsanwalt Dr. Crüger forderte gleiches Recht oder Unrecht für alle mit Ausnahme — seines Schosskindes, der Kreditgenossenschaften. Der Antrag, durch den die eingetragenen Konsumgenossenschaften auch gegenüber dem Privatgewerbe schwer benachteiligt werden, da ihnen die gleichen Pflichten auferlegt werden, ohne dass sie die gleichen Rechte besitzen, wurde mit grosser Majorität angenommen. Ein Antrag Hammer, der eine ähnliche Änderung hinsichtlich des Kommunalabgabengesetzes vornehmen will, wurde am 14. Mai einer Kommission überwiesen.

Steinen in den Weg des Rades der Entwicklung!

× ×

**Schweiz** Das Jahr 1905 bedeutete insofern ein Merkjahr für die schweizerische Konsumvereinsbewegung, als in ihm diese Bewegung sich nunmehr über alle Kantone ausgebreitet hat. Kein Kanton ist jetzt mehr ohne Konsumvereine, und auch der *Verband schweizerischer Konsumvereine* besitzt jetzt in allen Kantonen Mitglieder. Die Zahl der ihm im letzten Jahre beigetretenen Vereine betrug 29, der ihm am Jahreschluss angehörenden 204. Die engere Fühlung mit diesen Vereinen wurde durch 10 Kreiskonferenzen aufrecht erhalten.

Das *Verbandssekretariat* hat eine Erweiterung erfahren durch Anstellung eines deutschen und eines französischen Adjunkten. Es beschäftigte Ende 1905 12 Personen. Seine Hauptaufgabe ist die Herausgabe der Genossenschaftszeitungen. Das eigentliche Fachblatt, der *Schweizerische Konsumverein*, wird gegenwärtig in 3000 Exemplaren gelesen. Das *Genossenschaftliche Volksblatt* erhöhte seine Auflage von 64000 auf 70000 Exemplare, eine kolossale Ziffer, besonders wenn man das kleine Verbreitungsgebiet des Blattes, die deutsch-sprechende Schweiz, in Betracht zieht. Daneben erscheint dann noch eine französische Ausgabe, *La Coopération*, in 7600 Exemplaren. Und endlich gibt das Sekretariat seit Dezember 1905 noch ein kleines monatlich einmal erscheinendes Blättchen für das italienische Sprachgebiet heraus, *La Cooperazione*, das bis April 800 Leser zählte. Ausserdem ver-

anstaltete das Sekretariat 38 Lichtbilder- und andere Vorträge. Der Absatz an kleinen und grösseren Propagandaschriften im Laufe des Jahres betrug 9850 Exemplare.

Die *Zentralstelle* hat wieder gewaltige Fortschritte gemacht. Ihr Umsatz stieg von 7673 238 fr. in 1904 auf 9 143 129 fr., er wurde im Verkehr mit 204 Verbands- und 25 Nichtverbandsvereinen erzielt. Eine bemerkenswerte Neuerung ist das seit dem 1. Oktober 1905 eröffnete Laboratorium, das von Oktober bis Dezember 149 Warenuntersuchungen vorzunehmen hatte, von denen 37 zu Beanstandungen Ursache gaben. Nach Verteilung von 38 698 fr. Rückvergütung an die Vereine vor Abschluss der Jahresrechnung ergibt sich ein Geschäftsergebnis von 87 140 fr. Die Verwaltung beantragt, davon 40 838 fr. zu Abschreibungen zu verwenden, 30 000 fr. dem Verbandsvermögen und 10 000 fr. der Unterstützungskasse zuzuweisen.

Die am 12 und 13. Mai dieses Jahres in Bern abgehaltene *Delegiertenversammlung* des Verbandes, die von 300 Delegierten und einer grossen Anzahl in- und ausländischer Gäste besucht war, gab dieser Verteilung ihre Zustimmung und billigte ausserdem der Verbandsdirektion 3000 fr. für ihre Mühewaltung zu. Der wichtigste Beschluss des Kongresses betraf die Errichtung eines grossen Lagerhauses in Pratteln, für dessen Bau ein Kredit von 450 000 fr. genehmigt wurde. Des weiteren billigte die Versammlung die seitherige Politik des Verbandsvorstandes gegenüber dem *Lebensmittelpolizeigesetz*, indem sie mit einer Majorität von über 100 Stimmen einen Antrag annahm, durch den der Verband zu einer energischen Stellungnahme gegen dieses konsumentenfeindliche Gesetz verpflichtet wird.

Es ist nicht das erste Mal, dass die schweizerischen Konsumgenossenschaftler aktiv in der Wirtschaftspolitik ihres Landes eingreifen. Es geschah das bereits — mit negativem Erfolge — beim Zolltarifentwurf und bei kleineren Anlässen. Möge es dem vereinten Machtansturm der organisierten Konsumenten diesmal gelingen, ein der Entwicklung des Landes schädliches Gesetz beim Referendum zu Fall zu bringen!

× ×

**Kurze Chronik** Auf dem süddeutschen Verbandstage der Konsumvereine wurde festgestellt, dass heute die württembergischen

Konsumvereine bereits ein Viertel ihrer Verkaufsgegenstände von landwirtschaftlichen Genossenschaften beziehen. X Auf der Mailänder Ausstellung ist auch das Genossenschaftswesen, und zwar in der Abteilung *Providenza*, vertreten. Es haben ausgestellt Hilfskassen, Konsum-, Produktiv-, Wohn-, Arbeits- und landwirtschaftliche Genossenschaften; vertreten sind die Länder Italien, England, Frankreich, die Schweiz und Belgien. X Die finnische Grosseinkaufsgesellschaft, die mit Juni vorigen Jahres ihre geschäftliche Tätigkeit begann, hatte in dem ersten 6 Monate zählenden Geschäftsjahr im Verkehr mit 27 Verbands- und 90 Nichtverbandsvereinen einen Umsatz von rund 1 Mill. M., bei dem ein Überschuss von 17 000 M. erzielt wurde. GERTRUD DAVID

### Sozialpädagogische Bewegung

#### Universitätsausdehnung

Anton Menger sagte einmal, dass das soziale Ideal der Universitäten nur in der weitesten Verbreitung des Wissens bestehen könne, und in Wien wird denn auch diese Anschauung in alleroffiziellster Form betätigt. Die seit 10 Jahren dort eingerichteten volkstümlichen Kurse werden von einem Ausschuss der Universitätsbehörden geleitet, und auf diese Weise übt die Universität einen direkten geistigen Einfluss auf weitere Kreise der Bevölkerung. Rein theoretisch mag man nun der Meinung sein, hiermit habe Wien Berlin ein nachahmenswertes Beispiel gegeben, und wir befanden uns hierzulande in einem nun endlich wettzumachenden Rückstand. Praktisch muss man aber sagen, dass es bei der bekannten politischen Gesinnungstüchtigkeit der Berliner Universitätsbehörden schon besser ist, wenn sie sich nicht weiter bemühen. Vollkommene politische Unparteilichkeit und Vorurteilslosigkeit muss bei der Leitung solcher Kurse oberster Grundsatz sein. Allem Anscheine nach fehlt es daran nicht in Wien, in Berlin könnte es sehr leicht daran fehlen. Darf man in Wien nach Menger mit der Möglichkeit rechnen, dass durch die Einrichtung der Hochschulkurse die Universität in der Beeinflussung der Volksmassen allmählich in Wettbewerb mit der Kirche treten kann — in einen Wettbewerb also, der ganz dem inneren Wesen der Wissenschaft entspricht —, so dürfte bei der Geistesverfassung hiesiger Professorenschaft ein Wettbewerb mit der Sozialdemokratie — also ein von aussen her bestimm-

ter — das Ideal sein. Dazu aber genügt schliesslich auch der Privatcharakter tragende Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern.

Die Berichte der Wiener Universitätskanzlei sind vor allen ähnlichen Berichten dadurch ausgezeichnet, dass sie eine weitverzweigte Statistik bringen, eine ganze Reihe von Tabellen, die dem Interessenten nach allen Richtungen hin Auskunft erteilen, wobei allerdings hinzugefügt werden muss, dass auch diese so eingehende Statistik einen fragmentarischen Zug aufweist, weil nur ein Teil des Publikums die ihm vorgelegten Fragebogen und Nationale beantwortet. Von den Resultaten dieser Statistik, insbesondere von der Untersuchung über den Nutzen der Hochschulkurse war in den *Sozialistischen Monatsheften* (1904, I. Bd., pag. 499) die Rede, und schon dort wurde hervorgehoben, dass für den weitaus grössten Teil der Arbeiterschaft diese, wie andere volkstümliche Hochschulkurse leider nicht in Betracht kommen, dass dieser vielmehr bei den Mängeln der Volkschulbildung vorläufig zu seiner Weiterbildung auf Elementarkurse angewiesen ist. Die neueren Berichte und Statistiken der Wiener Universitätskurse scheinen diese Annahme zu bestätigen, denn der Prozentsatz der (wirtschaftlich) nicht selbständigen Personen ist sich während der 10 Jahre nahezu gleich geblieben, was in dem Bericht mit Recht als die auffallendste Tatsache bezeichnet wird. Rechnet man die gewerblichen Gehilfen (Arbeiter), die Angestellten in Handel und Gewerbe, ihre Angehörigen und die Handels- und Gewerbeschüler zusammen, so sind es 1895-1896 bis 1897-1898 47,7 %; 1898-1899 bis 1900-1901 54,4 %; 1901-1902 bis 1904-1905 53,3 %; total in 10 Jahren also 52,2 % — wobei auf gewerbliche Gehilfen und Lehrlinge 29,4 %, auf Angestellte und Privatbeamte 18,8 % entfallen. Ausserhalb Wiens ist die Beteiligung der Arbeiter allerdings stärker, hier haben sie, wie der Bericht sagt, eine besonders energische Agitation für die Kurse entfaltet. Da aber hier etwa 30 % der ausgegebenen Fragebogen ohne Berufsangabe zurückkamen, ist das Bild ein recht undeutliches. Es verzeichnet in dessen einen Rückgang. Die Nichtselbständigen betragen 1898-1899 bis 1900-1901 60,1 %; 1901-1902 bis 1904-1905 53,0 %, dabei sanken speziell die gewerblichen Gehilfen und Lehrlinge von 49,6 auf 36,9. Über die Beteiligung der

landwirtschaftlichen Bevölkerung an den Kursen ausserhalb Wiens schweigt der letzte Bericht, der für 1898-1899 bis 1900-1901 erwähnte noch eine solche von nicht viel mehr als 1 %.

× **Berliner Volkschor** Der 2. Jahresbericht dieser Vereinigung, die im Februar 1904 gegründet wurde,

liegt vor. Bis vor wenigen Jahren wusste man wenig oder nichts von einer Pflege der Musik innerhalb der Arbeiterschaft der Grossstädte. Eine Änderung trat damals ein, indem sich in mehreren Städten Deutschlands gemischte Chöre aus Arbeitern und Arbeiterinnen bildeten, die es unternahmen, grössere Chorwerke mit Orchester zu möglichst billigen Eintrittspreisen für die Angehörigen der Arbeiterklasse aufzuführen. Derartige Chöre bildeten sich in Barmen, Dresden, Frankfurt a. M. und anderwärts. Besonders in Dresden war die Bewegung von Erfolg begleitet, die dortige *Volkssingakademie* ist jetzt mit etwa 450 singenden und etwa 1000 zuhörenden Mitgliedern der grösste gemischte Chor Deutschlands.

Der *Berliner Volkschor* durfte selbstverständlich von Anfang mit Sicherheit auf einen bedeutenden Zuwachs an Mitgliedern rechnen, aber diese Hoffnung ist auch im zweiten Jahre nicht in dem zu erwartenden Masse in Erfüllung gegangen. Zwar ist die Zahl der Konzertbesucher auf 12000 gestiegen (gegen 8000 im Vorjahre), aber es haben sich nur überraschend Wenige veranlasst gesehen, dem Chor als Mitglieder beizutreten, obwohl hierzu, wie der Bericht sagt, weder Notenkenntnis, noch besonders gute Stimme erforderlich ist. Die Aufführungen — unter anderem Haydns *Jahreszeiten* — fanden bei Publikum und Kritik grossen Beifall, und man kann wohl sagen, der Verein befindet sich auf dem allerbesten Wege zur Lösung, wenn auch nicht der finanziellen, so doch der künstlerischen Seite des wichtigen Problems, dem arbeitenden Volke die Freude an der Ausübung der Gesangskunst zu erobern. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die Bemühungen des Dirigenten und Vereinsleiters Dr. Zander an dem Widerstande der misslichen äusseren Verhältnisse scheitern müssten, aber zieht man alles in Betracht, so darf man doch annehmen, was die Arbeiterschaft in Dresden und anderswo konnte, das kann sie in Berlin auch. Umsomehr muss man zu dieser Annahme gelangen,

wenn man sieht, wie sich sehr hervorragende Solokräfte der sozialpädagogisch so überaus guten Sache in selbstlosester Weise zur Verfügung stellen. Jetzt hat sich sogar das gefeierte Joachim-Quartett bereit erklärt, für den *Volkschor* einen Kammermusikabend zu veranstalten.

× **Charlottenburg: Freie Volksbühne** Auch dieser junge Verein hat vorerst noch um seine Existenz zu ringen. Er ist

eine Nachbildung der grossen Berliner Volksbühnen und wurde von den dem Charlottenburger *Volkshause* nahestehenden Arbeiterkreisen im März 1905 gegründet. Ungeachtet ganz besonders schwieriger Verhältnisse — bisher stand kein Theater, sondern nur die Saalbühne des *Volkshauses* zur Verfügung —, kamen schon im ersten Geschäftsjahre höchst achtenswerte künstlerische Leistungen zu stande. Von den Vorstellungen heben wir hervor: Schnitzlers *Liebelei*, Ibsens *Gespenster*, Shaws *Schlachtenlenker*, Gorkijs *Nachtasyl*, Hartlebens *Sittliche Forderung*. Die Generalversammlungen am 2. November und 29. Februar brachten die Geschäfts- und Kassenberichte. Danach war das Interesse für den Anfang nicht allzu gering, und der Verein konnte bei sehr vorsichtiger und sparsamer Geschäftsführung mit einem Bestand von ungefähr 500 Mitgliedern ohne alle fremde Unterstützung über Wasser gehalten werden. Neuerdings hat der Verein durch das gewaltsame Eindringen der Polizei in die geschlossene Vereinsvorstellung vom 16. März und deren Inhibierung eine empfindliche Störung seiner Tätigkeit erleiden müssen. Augenblicklich schwebt das gegen diese, durch nichts gerechtfertigte Massnahme eingeleitete Verwaltungsverfahren.

Die Charlottenburger *Freie Volksbühne* hat aber trotzdem begründete Aussicht, zu gedeihlichem Leben aufzublühen. In Gestalt des im Bau begriffenen Charlottenburger *Schillertheaters* ist ihr ein Stern am Horizont erschienen, auf den sie auch sogleich Kurs genommen hat. Mit dieser Bühne hat der Verein ein Abkommen getroffen, das mit Januar 1907 in Kraft tritt. Alsdann wird es nicht lange mehr an der bisher noch nicht genügenden Mitgliederzahl fehlen.

× **Kurze Chronik** In richtiger Erkenntnis der Tatsache, dass es um die Erziehung der noch nicht schulpflichtigen Proletarierkinder min-

destens ebenso schlecht bestellt ist, wie um die der schulpflichtigen, und dass die bestehenden Erziehungsstätten ausnahmslos das Bestreben aufweisen, die Seele der Arbeiterkinder vom zartesten Alter an mit Anschauungen zu erfüllen, wie sie den herrschenden Klassen erwünscht sind, hat eine kleine Gruppe sozialistischer Frauen in Charlottenburg einen nach modernen Grundsätzen geleiteten Kindergarten begründet, eine Erziehungsstätte, die von jeder religiösen und politischen Beeinflussung frei bleiben soll. Für das neue Unternehmen, dem man anderwärts nur Nachahmung wünschen kann, weil es einem argen Missstande abhelfen will, zeigt sich bereits lebhaftes Interesse, in den Kreisen, für die es begründet ist; es wird von Frau Toni Sussmann geleitet. X Dem Arbeiterabstinenzbund, welcher sich an der die Schäden des Alkoholismus darstellenden, mit der amtlich eingerichteten Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt zu Charlottenburg verknüpften Sonderausstellung beteiligt hatte, wurde wegen seines ausliegenden Flugblattes *Neue Waffen im Befreiungskampfe* durch den amtierenden Vorsitzenden die weitere Auslage von Flugblättern unmöglich gemacht, und dem Vertreter des Bundes wurde der Eintritt in das Gebäude verweigert. Da der Bund beim Leiter der Sonderausstellung, Dr. Eggers-Bremen, keinen Schutz fand, trat er von dem gemeinsamen Werke zurück. Diese Verdrängung sozialdemokratischer Mitarbeit von einem gemeinnützigem Unternehmen und Bruskierung der Arbeiterabstinenz durch die Regierung wird gewiss nicht ohne Einfluss auf die Partei bleiben, so dass die Alkoholgegner vielleicht hoffen dürfen, auf dem nächsten Parteitage der Sozialdemokratie günstiger, als bisher, abzuschneiden.

X Literatur X  
 Einen rein darstellenden, nicht agitierenden Beitrag zur Alkoholfrage bedeutet

Wilhelm Bodes Schrift *Die norwegische Ordnung des Schankwesens und Getränkehandels* /Leipzig, Scheffer/. Bode hat die Verhältnisse im Lande selbst beobachtet, die Mittel zur Reise gab die *Gesellschaft für Wohlfahrtseinrichtungen* zu Frankfurt a. M. Die glückliche Entwicklung der norwegischen Mässigkeits- und Enthaltensamkeitsbewegung ist nach Bode der Selbstregierung des Volkes und seinem grossen Gemeinsinn zuzuschreiben.

Von der Monatsschrift für pädagogische Reform *Der Säemann* liegt nunmehr der 1. Jahrgang abgeschlossen vor, ein anscheinlicher Band, in dem das Streben der *Hamburger Lehrervereinigung für die Pflege der künstlerischen Bildung* sich zu Geltung bringt. Programmatisch heisst es im Einführungsartikel des Schriftleiters Carl Gotze: »Künstlerisch erziehen bedeutet nicht nur für edle Lebensereignisse genussfähig machen; der tiefere Staat ist, die produktiven Kräfte wecken und pflegen, Kräfte zu bilden, die wertvoll sind, weil sie Werte schaffen können — geistige, sittliche und materielle Werte. . . . Das gilt für den Hochsten und den Geringsten. Ein einheitliches Bildungsideal muss alle mit einander wirkenden Kräfte umfassen. Diese Satze klingen schon, sind aber nicht mit jedem Artikel, der nachfolgt, in Harmonie zu bringen. Insbesondere ein beissender Aufsatz von Arthur Bonus gegen die Einheitsschule passt nicht recht dazu. X In Paris erschien im Januar das 1. Heft des *Bulletin des bibliothèques populaires*, einer Monatsschrift, die den Aufschwung der Volksbibliotheken bezweckt. Das Unternehmen wird von offizieller Stelle unterstützt. Im Programmartikel heisst es, dass Frankreich im Bibliothekswesen gerade so hinter Deutschland rangiere, wie dieses hinter England. Den Volksbibliotheken in Frankreich fehle es noch dringender an Freunden, als an Geld. Zur Veröffentlichung sollen theoretische und informatorische Artikel, In- und Ausland betreffend, gelangen, hauptsächlich aber kritische Berichte über Neuerscheinungen des französischen Buchermarktes zum Gebrauche der Verwaltung und der Besucher von Volksbibliotheken und ähnlichen Instituten. Redaktionssekretär ist Herr Pellisson

FRANZ LINDHEIMER

**Frauenbewegung**

**Neomalthusianismus** Eine neue und ausserordentlich begrussenswerte Bewegung bereitet sich, wenn nicht alle Zeichen trugen, im deutschen Frauentum vor: eine Revision der Stellung zur Bevölkerungsfrage. Der *Bund für Mutterschutz* hat schon länger, sowohl als Gesamtheit, wie auch durch Einzelmütglieder, zu ihr Stellung genommen. Neuerdings folgen auch Draussenstehende, und selbst das Zentralorgan des *Bundes deutscher Frauenvereine* hat seine Spalten einer ebenso sachlichen, wie besonnenen Darlegung über *Mutterschutz durch Beschränkung*

der *Kinderszahl* geöffnet. Sehr mit Recht rollt darin Clara Elben, die frühere Beamtin der Gewerbeinspektion, das Problem von der wirtschaftspolitischen Seite auf. Die Tatsachen der Bearbeitung unergiebigen Bodens, die bei uns gang und gabe ist, der Unterbietung auf dem Arbeitsmarkt und der Hungerlöhne, die Auswanderungsziffern und die übergrosse Säuglingssterblichkeit, alles das weist darauf hin, wie sehr es an der Zeit ist, dass die Sozialpolitik und Gesetzgebung sich mit der Bevölkerungsfrage im Sinne einer Einschränkung der Geburten, aber auch im Sinne eines durchgreifenden Mutter- und Säuglingsschutzes betätige. Und dass man auch in amtlichen und halbamtlichen Kreisen sich ernsthafter mit dieser Frage zu beschäftigen beginnt, geht aus einer umfassenden und übersichtlichen Darstellung hervor, die das *Reichsarbeitsblatt* über das bringt, was im In- und Ausland in Bezug auf Mutterschaftsversicherung und Mutterschutz bereits vorhanden oder geplant ist.

× **Mutterschutz** Der *Bund für Mutterschutz* hat in dem ersten Jahre seines Bestehens bereits eine ausserordentlich rührige Tätigkeit entfaltet. Aus dem im Bundesorgan veröffentlichten Jahresbericht geht hervor, dass er recht schöne Erfolge sowohl auf dem Gebiet praktischer Fürsorgearbeit, wie auf dem der ethischen Propaganda zu verzeichnen hatte. In ebenso erfreulicher und interessanter Weise entwickelt sich der geistige Gehalt der Bewegung, wie er im *Mutterschutz*, der Zeitschrift des Bundes, zum Ausdruck kommt. Umso befremdlicher mutet die Rückschrittlichkeit an, die der Verein *Frauenbildung-Frauenstudium* auf seiner letzten Tagung in Freiburg i. B. durch seine Stellungnahme gegen die neue sexuelle Ethik bekundet hat. Für den modern und unabhängig Denkenden sollte es heute eigentlich ausgeschlossen sein, in der bestehenden, eigentumsrechtlichen Ehe neben der Staatseinrichtung zugleich ein Sakrament oder ethisches Postulat zu sehen.

× **Wahlrecht** In London hat eine Demonstration zu gunsten des Frauenstimmrechts stattgefunden. Eine Deputation begab sich, von Hunderten von Frauen geleitet, zum Premierminister, um ihm eine von 180 Abgeordneten unterzeichnete Petition zu

überbringen, und im Parlament selbst kam es bei Beratung der Frauensache zu stürmischen gegen die gegnerische Verschleppungstaktik gerichteten Szenen.

In der russischen *Duma* gewinnt die Forderung des Frauenwahlrechtes wie überhaupt der völligen politischen Gleichstellung der Frauen immer mehr an Boden. Sie wird von allen Parteien vertreten, die eine Neugestaltung des Staatslebens erstreben.

Der finnländische Landtag hat die Verleihung des Wahlrechtes auch an die Frauen definitiv beschlossen. Jetzt fragt es sich nur, ob die ganze Verfassungsänderung in Kraft tritt oder von Petersburg aus vereitelt wird.

Auch in Schweden wird der Kampf um das politische Wahlrecht der Frauen trotz des diesmaligen Misserfolges rüstig fortgeführt.

×

×

× **Kurze Chronik** Der allgemeine deutsche Lehrertag, der kürzlich in München stattge-

funden hat, hat sich durch seine energische Stellungnahme gegen das Überhandnehmen der Lehrerinnenanstellung, sowie gegen die Lehrbefähigung der weiblichen Lehrpersonen ein bedauerliches Armutzeugnis ausgestellt. × Der *Bund für Mutterschutz* fordert in einer Eingabe an sämtliche deutsche Kultusministerien die Einführung der geschlechtlichen Belehrung in den Schulunterricht. × Die badische Regierung hat beschlossen, eine Abänderung der Gemeinde- und Städteordnung dahin vorzunehmen, dass Frauen Sitz und Stimme in den betreffenden Kommissionen für Armenwesen, Unterrichts- und Erziehungs-, sowie öffentliche Gesundheitsangelegenheiten haben sollen. Die Vertreter der Städte beantragen darüber hinaus auch die Teilnahme von Frauen an den Kommissionen für Arbeitsnachweis, Krankenhäuser, Wöchnerinnenasyle etc. × In der letzten Session des dänischen Reichstags wurde einstimmig eine Gesetzesbestimmung angenommen, nach der Frauen künftig die selbe Möglichkeit, wie die Männer, haben sollen, als Sachanwälte bestellt zu werden. × Das neue englische Arbeitslosengesetz sieht vor, dass in den ausführenden Organen, den Notstandskommissionen zur Untersuchung der Sachlage, ferner in der Zentralbehörde mindestens je ein weibliches Mitglied sein muss.

×

×



**Literatur** Die hauswirtschaftliche Tätigkeit der Frau wird ökonomisch nicht genügend gewertet. Das ist der überaus begrüßenswerte Standpunkt, den Dr. K. Schirmacher in ihrem nunmehr als Broschüre vorliegenden Vortrag *Die wirtschaftliche Reform der Ehe* /Leipzig, Dietrich/ vertritt. Mit ihren Schlussthesen, die neben dieser Bewertung der Frau die völlige Berufsfreiheit respektive Möglichkeit zur ausschließlichen, wie zu der mit Hausarbeit kombinierten Berufsarbeit geben will, kann man durchaus einverstanden sein. Anderes will aber auch im Grunde Maria Lischnewska nicht, und es ist daher unerfindlich, wie Dr. Schirmacher zu einer so scharfen Frontstellung gegen diese kommt, wie sie hier vorliegt. Ist auch nicht, wie Frau-lein Lischnewska will, die verheiratete Arbeiterin in der Fabrik, so, wie die Dinge heute liegen, der erwünschte Typ der neuen Frau, so ist doch, bei entsprechenden Reformen der Arbeitszeit und Arbeitsweise, in der Tatsache der sich ständig verallgemeinernden Berufsarbeit der Frau der Keim zu der Neuordnung enthalten, die auch von Dr. Schirmacher angestrebt wird. × In einer schwülstigen und stark übertriebenen Sprache empfiehlt Dr. Paul Gerhardt (*Die Mittel zur Vorbeugung der Empfängnis* /Berlin, Krüger/) die Anwendung antikonzeptioneller Mittel. In der Sache muss man ihm beipflichten, die Form stösst ab. Jedenfalls wäre diese so überaus ernste Frage einer ebenso nüchternen, wie sachlich gut begründeten Würdigung wert. × Als ein ehrlicher Freund der Frauensache zeigt sich Dr. Max Thal in seinem beifällig aufgenommenen *Mutterrecht, Frauenfrage und Weltanschauung* /Göttingen, Peters/. Seine Gedankengänge sind nicht eben tiefgründig, aber allemal klar und übersichtlich und fast immer sympathisch. Schablonenhaft und von Sachkunde wenig getrübt ist seine Auffassung der Arbeiterinnenfrage und der Sozialdemokratie. Deshalb ist er im eigentlichen Sinne als ein Interpret und Befürworter der *Damenfrage* anzusprechen. Mit seinen Forderungen kann man in der Hauptsache einverstanden sein, da die lebendigen Geschehnisse ja nicht vor den Schranken der Stände Halt machen. Er verlangt: die Zulassung der Frau zu allen Berufen und Bildungsmitteln, ihre bürgerlich-rechtliche und politische Gleichstellung mit dem Manne,

die Beseitigung der doppelten Moral und endlich Mutterschutz; die sozialistischen Forderungen und den Kampf gegen den Kapitalismus lehnt er ab. Trotzdem kann das Buch, das ein reiches und umfassendes Material verarbeitet, zur Lektüre empfohlen werden. HENRIETTE FURTH

## WISSENSCHAFT

### Philosophie

**Weitanschauung** Der Basler Philosoph Karl Joel, der über *Nietzsche und die Romantik* ein belebtes Buch geschrieben und in einem dicken Werk den wahren Sokrates von dem Xenophontischen zu unterscheiden gewagt hat, will in seiner neuesten Arbeit *Der Ursprung der Naturphilosophie aus dem Geiste der Mystik* /Jena, Diederichs/ überraschenderweise zeigen, dass die ältere Naturphilosophie Thales, Anaximander etc. ebenso aus dem Geiste der Mystik geboren sei, wie die Mystik des Mittelalters, die Wissenschaft der Renaissance und die Epoche Schellings. Joel ist im Stil gewandt, oft blühend, er zeigt eine grosse Belesenheit, die Namen und Zitate der Philosophen schwirren oft wie Kranichzuge an unvorüber, dass man sich solcher Gelährtheit gegenüber ganz klein fühlt. Aber eine nüchterne, stark philologisch-historische Untersuchung, die das Buch zu sein beansprucht, ist es denn doch nicht. Dazu ist es zu sehr in behauptender, zu wenig in begründender Manier abgefasst. Dabei sind die Behauptungen keineswegs auf vorgangige sorgsame begriffliche Scheidungen gebaut. Gleich in der Vorrede fällt uns das auf. Da heisst es: »Erkenntnis ist Spaltung, Gliederung, Sonderung und nachherige Verbindung.« Das trifft aber ebenso für die wildeste Phantasiespekulation, wie für die wirklich auf kontrollierbaren inneren oder äusseren Tatsachen gegründete Erkenntnis zu. Dann: »Wer vom Baum der Erkenntnis ist, scheidet aus dem Paradies des Gefühls.« Sonderbar! Gefühl, wie Wille sind doch nie von dem Vorstellen zu trennen, sondern nur zu unterscheiden, die scharfste Erkenntnis kann unter Umständen von stärkerem und feinerem Fühlen begleitet sein, als planloses Phantasieren. Aber Phantasie verschuldet Joel begrifflich mit Gefühl. »Die erste Erkenntnis wächst im Mystischen auf, das heisst [1] als Gefühlspekulation.« Was ist *Gefühlspekulation*? Von starkem Fühlen getragenes Phantasieren:

Denn Gefühl als solches spekuliert doch nicht, sondern fühlt nur. Oder Spekulation über das Fühlen, dessen mehr oder minder phantastische Mitverarbeitung? Oder endlich willentliches Streben, sich fühlend einem klarer oder verschwommener vorgestellten Objekt hinzugeben, sich mit ihm in eins zu fühlen? Welch letzteres denn wohl wirklich das Merkmal eigentlicher Mystik der Tauler, Suso etc. sein dürfte. Von solcher Mystik hat indessen Thales schwerlich etwas verspürt. Dieser Mangel begrifflicher Unterscheidung bei Joël wurzelt aber wohl in einem Mangel historischer Scheidung. Ob die Denker, wie die alten Naturphilosophen, dem aufsteigenden Aste einer sozialen Entwicklung entspringen, also vorhergehende kindlichere Phantasien zu überwinden streben, oder ob sie einer absteigenden Richtung angehören, also greisenhaft sich vor den kalten Stürmen des Lebens in die warme Stube der Gefühlseligkeiten zurückziehen, das untersucht Joël gar nicht. So dürfte er kaum, wie er glaubt, »ein Netz von schweren Problemen heraufgezogen«, sondern vielmehr nur eine Menge von geistigen Erscheinungen und Problemen geistreich kaleidoskopisch durcheinandergeworfen haben.

Weit mehr wirklich modern wissenschaftlichen Gedankenzusammenhängen geneigt ist die durch ihre Vorträge und Schriften berühmt gewordene Schülerin Nietzsches Ellen Key, die uns einen neuen Band *Der Lebensglaube, Betrachtungen über Gott, Welt und Seele* (Berlin, S. Fischer) vorlegt, in dem sich Aufsätze, betitelt *Das Verblühen des Christentums, Die Umwandlung des Gottesbegriffs, Der Lebensglaube, Das Glück als Pflicht, Die Evolution der Seele durch Lebenskunst und Ewigkeit oder Unsterblichkeit?*, finden. Den Inhalt zeigen die Titel selber an, nur die letzte Überschrift könnte undeutlich sein. E. Key will hier gegen die Forderung persönlichen Unsterblichkeitsglaubens den Gedanken, dass wir »aus ganzer Seele im ganzen vergehen wollen«, als massgebend lehren. Wenn auch manches sprunghaft, widersprechend und phantastisch erscheint, im wesentlichen ist Ellen Key auf die Erde zurückgekehrt, und selbst ihre Evolutionsreligion der *Seelenvollen* verliert, wenn man eingehender liest, etwas von dem barocken Anklang, den sie zuerst erweckt. Dabei ist die *Kulturidealistin* bei all dem *Individualismus*, den sie predigt, der sozialistischen Meinung, »erst

wenn volle gesellschaftliche Interessensharmonie erreicht sei, könne die Seelenkultur ernstlich beginnen«. Freilich, sie verfolgt weder, woher die sozialen Antriebe der Arbeiterklasse kommen, noch wodurch sie bewusst zielbestimmt werden, wohl aber sagt sie richtig, worin die Triebkraft besteht. »Die Triebkraft der Sozialisten ist das Gemeingefühl«, nicht »allgemeine Gleichheit, sondern Gleichstellung in Bezug darauf, sich recht entwickeln zu können«, ist ihr das wirtschaftliche, »nicht Glück gegen das Leid, sondern höhere Formen des Glücks und des Leids gegen niedere Formen« ist ihr das innere Ziel. Ellen Keys Predigt des neuen Menschen wendet sich nicht so sehr an die Arbeiterschaft, als an die vorgeschritteneren Kreise des Bürgertums, und von Nietzsche kommt ihr die Überzeugung, dass Herren- und Sklavensinn von Natur geschieden seien. Jedenfalls ist es ein Genuss, auch dies Buch der hochbegabten und universell gebildeten Frau zu lesen; insbesondere darf auf die treffliche Behandlung der beiden ersten Fragen hingewiesen werden, die mit aller sachlichen Schärfe der Zergliederung eine vorzügliche Gabe der Veranschaulichung und eine wohlthuende Wärme der Empfindung verbindet.

×  
Religion

×  
In der *Deutschen Schule* hat Paul Natorp einen Aufsatz *Religionsunterricht oder nicht? Bemerkungen zur Denkschrift der Bremer Lehrerschaft* veröffentlicht. Natorp stellt bekanntlich auf dem Standpunkte, dass nicht der Religionsunterricht als solcher, sondern nur der konfessionelle Religionsunterricht aus der Schule zu verbannen und hier stets ein auf Religionsgeschichte gegründetes Verständnis der religiösen Innentatsachen zu vermitteln sei. Damit berührt er sich mit einem Gedanken, den auch Ellen Key in ihrer oben besprochenen Schrift, freilich die Religionskunde umfassender in Kulturkunde erweiternd, ausdrückt. Wenn man nun auch versteht, was Natorp im Grunde will, und das für vollberechtigt ansieht, so möchte doch die Art, wie er es gegen die Bremer Lehrer empfiehlt, praktisch als eklektische Mittelstellung erscheinen und wirken. Es handelt sich heute um den Kampf zweier sich ausschliessenden Richtungen, derjenigen, welche die Religion als Gängelungsmittel für das Volk erhalten will, und einer anderen, welche die Er-

ziehung zur Selbstbestimmungsfähigkeit als grundlegende Forderung einer Gemeinschaft aufstellt. Den heutigen, im Prinzip der Gängelung bestimmten Religionsunterricht gilt es gründlich aus der Schule auszuweisen, ein Ergebnis, zu dem ja neuerdings auch Naumann gekommen ist. Dass dann, wenn dies gelungen ist, diejenigen Werte gepflegt werden, an die Natorp denkt, das wird sich schon von selbst aufdrängen. Jedenfalls sollte man die Diskussion hierüber, die vielleicht vielen heute noch kaum verständlich ist, gesondert halten und sie nicht mit dem notwendig durchaus radikalen Kampfe gegen die Gewissensbindung der Kirchenreligion vermengen. Den führt die Bremer Lehrerschaft ganz folgerecht, und man sollte dabei auch nicht einmal den Schein erwecken, als wolle man hier Halbheiten. Sonst möchte man verwirren, statt zu klären, und in der Sorge, den Kern erhalten zu wollen, der doch in sich unzerstörbar ist, gerade die Fessel erhalten helfen, die zu zerstören eine der eifrigsten Sorgen sein muss.

× **Neuausgaben** × Die kleineren philosophischen Schriften Jos. Dietzgens sind soeben von seinem Sohne Eugen Dietzgen mit einer Einleitung und einer Abhandlung über Stirner und Dietzgen versehen, in englischer Sprache erschienen, unter dem Titel *Some of the philosophical essays of Joseph Dietzgen* /Chicago, Kerr/. In dem rühmlichst bekannten philosophischen Verlage der Dürrschen Buchhandlung in Leipzig erscheinen *Leibniz' Philosophische Werke*. Die ersten beiden Bände, die die *Hauptschriften zur Grundlegung der Philosophie* enthalten, sind, wie bereits in einer früheren Rundschau erwähnt, von Dr. A. Buchenau übersetzt und von Dr. E. Cassirer herausgegeben und erläutert; der III. Band, *Neue Abhandlungen über den menschlichen Verstand*, ist von C. Schaarschmidt, der IV., *Die Theodicee*, von J. H. von Kirchmann übersetzt. Auch die Kant-Ausgaben des selben Verlags, die Vorländer besorgt, nehmen einen raschen Fortgang. Wir haben das letztmal versäumt, das Erscheinen der *Kleineren Schriften zur Logik und Metaphysik* und der *Prolegomena* anzuzeigen. Nun ist auch dort von demselben Herausgeber die *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten*, im Grunde Kants ethisches standard work, in 3. Auflage er-

schienen. Alle diese Ausgaben sind mit gründlichen wissenschaftlichen Einleitungen und Erläuterungen versehen. Sie enthalten, nehmehi bemerkt, auch noch Namen- und Begriffsregister, die für den Gebrauch beim Nachschlagen sehr wertvoll sind. Beachtung gebührt gleichfalls einer bei Diederichs in Jena erschienenen Auswahl von Schleiermachers Werken (*Harmonie*, herausgegeben und eingeleitet von H. Mulert), die den VI. Band der verdienstvollen Sammlung *Erziehung zu deutscher Bildung* darstellt. In der *Philosophischen Bibliothek* /Leipzig, Dürr/ ist auch Shaftesburys *Untersuchung über die Tugend* erschienen: die deutsche Ausgabe besorgte P. Ziertmann. *Goethes Philosophie aus seinen Werken* von Max Heynacker /Leipzig, Dürr/ ist ein Buch, das zur raschen Orientierung geeignet scheint.

× **Kurze Chronik** × Am 6. Juni ist Eduard von Hartmann gestorben. × Als Les- und Erbauungsbuch ist Leo Tolstois *Für alle Tage* /Dresden, Reissner/ zusammengestellt: eine Sammlung von Lesefrüchten und eigenen Gedanken Tolstois. Eine Geschichte *Die Erdherren* soll alle Woche, ein Stück über Militärdienstverweigerung alle Monate gelesen werden. Ob bei uns in Deutschland dazwischen viele tun werden?

× **Literatur** × Die Schrift August Horneffers *Nietzsche als Moralist und Schriftsteller* /Jena, Diederichs/ gibt uns eine feine und von Überschwenglichkeiten freie Untersuchung über Nietzsches, nicht sowohl als Moralphilosophen, wie als Moralisten, das heisst als Vertreter einer Mischgattung zwischen Künstler und Philosophen, der gleich dem Philosophen die begriffliche Abstraktion ins Auge fasste, aber das Bild, das eigentliche Material des Künstlers zu Hilfe nimmt. »Die Psyche der Moral« — nicht die Moral als Pflichtenlehre — möchte Nietzsche »unter das Glas nehmen«, er treibt »Naturgeschichte der Moral«. Aber »er sah alle Dinge nur in Bezug auf sich, treibt die Gedanken auf die Spitze, hat etwas »Voreiliges, oft Schauspielerisches . . . nicht das Ruhende und Befriedigende anderer Moralisten (Larochefoucauld, Lichtenberg, Goethe)«. Er blieb sodann nicht bei der Moralkritik stehen, er wurde Moralprediger und zeigt als sol-

cher widersprechende Züge. Sehr interessant sind die Abschnitte über Nietzsche als Schriftsteller, über seine Arbeitsweise etc., über die Horneffer durch sein Studium der Manuskripte ja kompetent urteilen kann. Da zeigt er, wie Nietzsche alles, was er las, nicht nur auszog, sondern sofort verarbeitete, aber fast nur in Bezug auf innere Erlebnisse: wie er rang, die Gedanken zu runden, dann aber nicht Geduld hatte, sie ausreifen zu lassen und dann lose Sentenzen, die er früher zu anderem Zwecke geprägt — so in seinem *Zarathustra* — ohne vorbedachten inneren Zusammenhang, wie »Perlen an der Schnur«, aneinanderreichte. Wir müssen es bei diesen Andeutungen bewenden lassen. Das Büchlein presst viel Gedanken zusammen und ist für solche, die sich mit Nietzsche beschäftigt haben, überaus interessant. X Von Natorp ist in Giesslers *Klassikern der Pädagogik* /Langensalza, Giessler/ eine Biographie Pestalozzis nebst einer Auswahl aus dessen Werken erschienen, die vom Wesen des Mannes und seiner Leistung für die Menschheit einen Begriff geben soll. Natorp ist Kenner und Anhänger des grossen Pädagogen, den er bereits in *Pestalozzis Ideen über Arbeiterbildung und soziale Frage* /1894/ und in seinen Vorträgen über Herbart und Pestalozzi /1898/ bearbeitet hat. Diese neue Arbeit kann daher nur warm begrüsst werden, vor allem die gediegene Biographie. Endlich lenken wir noch die Aufmerksamkeit auf eine von Hugo Renner in Charlottenburg seit vorigem Jahre neu herausgegebene *Philosophische Wochenschrift und Literaturzeitung*. Sie ist 2 Bogen stark und enthält ausser Abhandlungen und Referaten über neuerschienene Werke auch eine Zeitschriftenschau. Der Herausgeber, ein gediegener, junger Gelehrter, gibt sich nach den vorliegenden Proben grosse Mühe, die Zeitschrift emporzuarbeiten. Sein Aufsatz über historischen Materialismus und Ethik scheint freilich nach der gestellten Alternative, ob der Sozialismus eine historisch notwendige Erscheinung sei oder vom Willen abhängt, das Verständnis des springenden Punktes vermissen zu lassen.

FRANZ STAUDINGER

## KUNST

### Dichtkunst

#### Erzählungen

Beim Lesen neuer Bücher, die an spitzige Probleme von Weibefreiheit sich trauen, kommt der tote Ibsen immer

wieder in das Nachdenken. Sein Wille, mit harter Hand soll die Fessel zerschellt werden, die Lüge, Gewöhnung und Faulheit der Frau gefügt haben, ist so ein Postulat der Wirklichkeit geworden, dass es wie Ziffernweisheit nun im Munde von tausend Epigonen kindisch fast und dumm klingt. Das war es; dieses Riesen Geist drang bis ans Ende, bis an den Schlusspunkt seiner Ideen, wo kein Hinüberschauen mehr möglich ist. Die jetzt nach gleichem Ziele auslugen, auf Ibsens Bahn gehen sie. Aber nicht so hurtig und so starkspurig und nicht so schend. Sie stapfen seinem Tritte nach, mühselig und kurzatmig. Bis zu seinem Horizont gelangen sie selten, und wenn, dann mit Qual und Ermattung. Darum sind sie langweilig, darum sticht kein Stachel und kein Sporn aus ihrem dichtenden Behaben.

Wenn einer los käme von Ibsen und trotz ihm neue Horizonte entdeckte! Möglich wäre das, doch sind wir vorläufig noch weit davon entfernt. Von weit Geringeren ist diesmal die Rede. Unter ihnen soll am meisten gelten Felix Paul Greve, der einen Roman *Fanny Essler* /Stuttgart, Juncker/ schrieb, ein fleissiges und überlegt gearbeitetes Werk. Fanny Essler geht mit ihrem singenden Blut in die Welt, nach Berlin, nach München, zur ewigen Stadt. Ihr begegnen Männer, denen sie gehört, haltlose Schwärmer, kalte Geschäftsmenschen, müde Dandies, lasterhafte Satane. Fanny kann eigentlich bei niemandem von der durchkosteten Schar den Hort ihrer Seele finden, weil sie zu glücksdurstig ist. So kommt es, dass ihr jeder Genuss schnell schal wird, dass sie stirbt, ohne einmal ganz restlos in Erdsenseligkeit geschwebt zu haben. Der Verfasser beabsichtigt vielleicht diese Quintessenz. Ich glaube, er wollte ein Buch von der sentimental Erziehung des Weibes, das Opfer der Schöpfung ist und zum Flend bestimmt, auch Dirne aus Instinkt und Makel der Gegenwart als geknechtetes Ding, auch Krone der Zukunft als innige, stürmende Kraft des Begehrens. Die Technik dieses Buches ist seitenlang nur gut, meist roh, im Naturalistischen stecken bleibend, die Sprache drückt sich zuweilen entsetzlich ungebührend aus.

Immerhin darf Felix Paul Greve, dieser emsige Übersetzer, mit seinem Eigenwerk den nützlichen Unterhaltungsschriftstellern heigereicht werden gleich dem ungefährlichen Freiherrn Georg von Ompteda. Bei Fleischel in

Berlin veröffentlicht dieser in den *Vor-mahn-menschen* die Geschichte eines Offiziers, der säuberlich durchs Dasein kommt, dem während der Jahre die Mucken aus dem Haupte flattern, der als-korpulent gewordener Batteriechef mit Schrecken an ungehörige Liebeleien, mit Schmunzeln an entgleiste Plane denkt und schliesslich sich lustiert mit seiner rundlichen Gemahlin und den gemeinschaftlich erworbenen Sprosslingen. Ompteda schrieb weit besser, als er noch ungewandter schrieb. Jetzt ist sein Stil gar oft fahrig, unter das Niveau eines anständigen Schriftstellers sinkend. Und er ging eben erst in die Vierziger.

Dann wäre zu nennen Elisabeth Siewert (*Kinder und Leute*, eine Novellensammlung /Dresden, Reissner/). Sie fühlt sehr anerkennenswert. Sie hat auch Perspektive für literarische Darstellung. Sie ist sogar interessant, wenn sie den Backfischen ihr dämmerndes Sinnieren von Mannespracht und Mannesklugheit ablauscht. Aber sie musste sich noch gewissenhafter aus hergebrachter Formübung losreissen, um den guten Geschmack zu befriedigen.

× Lyrik ×  
 Der liebenswerte und um-gängliche Mensch Georg Zeppler hat seine *Stimmung im Herbst* /Dresden, Pierson/ zu Versen gedichtet und den zweiten Band Lyrik hiermit gegeben. Wieder freut man sich an der Gesinnung eines Mannes, der sich fest in die Kreise seiner Betätigung hineinstellte und gewissermassen von den Realitäten des Berufes poetisierend rastet. So ist er als Poet ein Schwärmer beinah, der Szenen der Not mit romantischer Rhetorik verbräunt, der sich in einer nicht eben leidenschaftlichen und fortreissenden Reimsprache bemüht, einem gemütlichen, mit schlan-ken Idealen vollgestopften Lebenstheorem zu folgen. Sicher ist Zepplers Gesinnung besser, als seine Kunst, die nicht schenken genug dem zu oft Gesagten ausweicht. Aber dennoch steht in dem Büchlein so manches Bild, mancher schöner Gedanke, den man sich merken soll.

× Hart † ×  
 Am 12. Juni ist Heinrich Hart gestorben, nachdem er kaum das 50. Lebens-jahr überschritten hatte. Und mit ihm ging ein Teil jener Kraft hin, die unsere moderne Literatur aus epigonenhaftem Nachstammeln vergötterter Vorbil-der riss, die allem jungen, nach Selb-

ständigkeit ringenden Leben Mut ein-flossete und, was noch mehr war, ihm Wege andeutete, in die Öffentlichkeit zu kommen. Ich habe bei den Hart- immer vor allem ihren unverwundlichen Glauben an das Neue bewundert, ihre entschlos-sene Emanzipation aus allen historischen Vorurteilen, ihre mit praktischem Sinn verzierte Spurfähigkeit für die aestheti-schen Forderungen der Gegenwart. Da- es ihnen mit solchen Anschauungen je-derzeit heiliger Ernst war, und nicht bloss spielende- Geschäft, das gab ihrer literarischen Haltung stets die priester-liche Note, die ja nicht eines jeden Ge-schmack ist. Der nun Verstorbene der Bruder kam in Vergessenheit als Lyri-ker, obwohl seine Absicht auf ein grosses Welt-schöpfung-gedicht sogar den Schutz der Monarchie einmal empfangen hatte. Man darf es mit dem Hinblick auf die schönen Verdienste des Toten ruhig aus-sprechen: seine dichterische Eigenbegi-bung war nicht sehr gross, sie entsprang zu sehr einem feinen, und tiefen Ver-stand; sie wurde weit übertroffen von dem kritischen Instinkt des Kunststich-ters. Nicht ohne Ursache sage ich *Instinkt*. Denn er besass ein angeborenes-Empfinden für die erlesensten Regungen eines poetischen Gemütes. Diese Scharfe seiner Genussorgane hat ihn wohl auch an der kompakten, herzhaften Produk-tion gehindert. Der Dichter Heinrich Hart schweifte dann ins Land der Erwartung, und er wollte in die *neue Gemeinschaft* seines erträumten Paradieses empfängliche Junger einführen. Ein goldner Traum, ein Traum nur, der zer-stob, weil die Wirklichkeit des XX. Jahr-hunderts sich regelt nach anderen Ge-setzen, als nach der Sehnsucht köstlicher Schwarmgeister.

× Kurze Chronik ×  
 Die unglaublichen Zu-stände der amerikanischen Fleischindustrie sind in der letzten Zeit aufgedeckt worden, und die Enthüllungen haben in der ganzen Welt einen Schrei der Entrüstung hervorgerufen. Es sei daran erinnert, dass ein belletristisches Werk, ein Roman des amerikanischen Erzählers Upton Sin-clair, den Anstoss zu der Bewegung brachte. *The Jungle* heisst der Roman, der den englischen Arbeitern gewidmet ist. /New York, *The Jungle Publishing Co.*/ Er ist, wie alle Tendenzromane, nicht frei von Längen, von ermüden-den Beschreibungen und Auseinander-setzungen, im ganzen jedoch ist er ein

schriftstellerisches Produkt von ersten und starken Qualitäten. × Allen Freunden einer merkwürdigen, vom Alltag abgewandten, Lektüre sei die *Griechische Anthologie* empfohlen, die bei Piper in München Otto Rieser herausgibt und orientierend einleitet. × Wieder ist ein Band des *Ersieher zu deutscher Bildung* /Jena, Diederichs/ erschienen. Er ist auf Winckelmann und Lessing verteilt, und sein Programm als klassische Schönheit gedacht, als ein Wegweiser, die ersten deutschen Vermittler dieses Kulturgutes, die mit modernem Denken sich genährt halten, einem weiteren Leserkreis begreiflich zu machen. Die einführenden Essays des Freiherrn von Gleichen-Russwurm, der auch die Auslese herstellte, versuchen dies. Für Winckelmann, dessen Werk immerhin schwer zugänglich und auch sonst nur mit historischem Blick geniessbar ist, mag das gelten. Lessing aber sollte man nicht so portionenweis zerschneiden.

× **Literatur** ×  
In der Sammlung *Die Literatur* /Berlin, Bard/ hat Rudolf Kassner einen Band *Denis Diderot* erscheinen lassen. Dieser fesselnde Essayist hat ein Temperament, das an dem Kleinen, den Bijouterieen, dem spielenden Gemütschatten eines Denkers oder Künstlers seine hochgeschraubte Subjektivität mit Erfolg betätigt. Wo jedoch metaphysische Probleme anzugrüheln sind, und entschiedenes Ja und Nein statt der artistischen Stimmung das Resultat zu sein hat, da versagt er. × Und desgleichen Otto Wittner, der *Österreichische Porträts und Charaktere* skizziert, Grillparzer, Lenau, Grün, Lorm. Er weiss von den viel Beschriebenen nichts Neues, von den weniger Bekannten interessante Einzelheiten, wegen derer das Buch seinen Wert behält. × Als eine populäre Biographie Heinrich Heines möchte ich Achim von Winterfelds anständig geschriebene Lebensgeschichte des Dichters empfehlen /Dresden, Pierson/. × Im gleichen Verlage erscheinen gerade zur rechten Zeit die Vorlesungen Emil Reichs über *Ibsens Dramen* in 2. Auflage. MAX HOCHDORF

## **Musik**

**Mozartproblem** Soll die Musikerschau ihren Zweck erfüllen, ein Spiegelbild unseres Musiklebens zu sein, so muss ich auch jene

Probleme berühren, die nie aktuell werden, weil sie es immer sind, und die nicht zum mindesten unserer Zeit ihr charakteristisches Gepräge geben. Auf solche Probleme stösst man immer wieder, sobald man — die eigentliche und fruchtbarste Aufgabe des Musikschriftstellers — den Strömungen nachgeht, um ihre Quellen zu finden.

Ich bin den Lesern einen Bericht über Mozart schuldig. Ich will nicht wiederholen, was zur Feier seines 150. Geburtstages bis zur Unerträglichkeit oft wiederholt ist; nicht das Individuelle will ich herausgreifen, sondern das Typische, das nicht der Strömung um Mozart, sondern der Strömung unserer Kultur überhaupt eigen ist. Die Richtung unseres Geschmacks scheint mir eine durchaus einheitliche zu sein. Die Statistik der Konzerte und des Besuchs der Konzertsäle zeigt deutlich ein Abwenden von der modernen Kunst und ein stets wachsendes Interesse zum Beispiel an der Bachs oder Brahms. Ich glaube, hier liegt überall ein und die selbe treibende Kraft vor: der Wille zur Verspersönlichung. Darum erscheint es mir als etwas ganz Selbstverständliches oder zum mindesten Natürliches, dass beispielsweise in der Kirchenmusik Bach Mendelssohn verdrängt. Ich sehe in einer solchen Bevorzugung oder Vernachlässigung eines Komponisten nicht eine Tat, über die man rechten, sich Vorwürfe machen oder sich Lob erteilen dürfte, sondern eine blosser Tatsache, die ein Zeichen dafür ist, dass jener Komponist nicht oder nicht besonders gut in unsere Zeit hineinpasst. Wir lieben Bach, weil wir in ihm die überzeugende Persönlichkeit finden, die wir suchen, und wir würden ihn auch lieben, wenn wir uns keine Vorwürfe über die bisherige Vernachlässigung zu machen hätten. Mozart wird freilich vernachlässigt, und die Mozartartikel am 27. Januar haben nur einen kleinen interessierten Leserkreis gefunden. Man könnte daraus schliessen, dass Mozart *überwunden* ist. Indessen, neben jenen Mozartschwärmern, deren wachgepeitschte Liebe sich nach wenigen Wochen müde wieder gelegt hat, gibt es eine Gemeinde, die einen anderen Mozart verehrt, und die keines Jubiläums und keiner Gewissensaufüttelung bedarf, um ihn zu feiern. Bei jenen war Mozart Mode geworden, bei diesen ist er modern.

Mozart ist eine einzige Persönlichkeit, die indessen von Verschiedenen auf völlig verschiedene Weise gesehen wird;

das erst gibt die Zwiespaltigkeit. Die Kunstläden sah man vor einigen Monaten ausgefüllt mit jenen Genrebildern: Mozart am Hofe oder mit seiner Schwester spielend oder als Knabe oder reisend oder auch niedlich sterbend — mit dem heiteren Mozartgesicht, dem typischen Mozartöpfchen und den galanten Bewegungen. So wurde er auch vielfach literarisch dargestellt: man pflegte ihn stets mit den selben Phrasen den *Ewigheiteren*, den *Apollo* zu nennen, seine Kunst die *leichte, lichte, himmlisch-reine*, man stellte ihn in Gegensatz zu Beethoven, dem schwerfälligen Grübler, dem tief sinnigen Denker; man dachte ihn sich als Vertreter des spielenden italienisch-französischen Rokoko mit einer Portion deutscher Gemütlichkeit. So stellt ihn ein kleines, hübsch geschriebenes und illustriertes Buch dar, das sein Verhältnis zu einigen Damen aus der galanten Zeit schildert: Carola Belmonte *Die Frau im Leben Mozarts* /Augsburg, Reichel/. So auch Fr. Kersts Begleittext zu seinem *Mozartbrevier* /Berlin, Schuster & Löffler/, dessen Wert von dem eigentlichen Inhalt, Aussprüchen Mozarts selber, aber weit übertroffen wird. Darin zeigt sich, dass Mozarts herrliche Persönlichkeit doch weit grösser war, als Kerst es zu glauben scheint. So auch Mozarts Briefe, ausgewählt und herausgegeben von K. Storck (*Bücher der Weisheit und Schönheit* /Stuttgart, Greiner & Pfeiffer/). Die Ursache, dass Mozart hier meist oberflächlich erscheint, liegt aber mehr an der Auswahl Storcks, der wohl bis zum 27. Januar ein gangbares Buch hat zusammenstellen müssen. So viel Interesse die Herausgabe der Beethovenbriefe beanspruchen (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1905, II. Bd., pag. 1078), so wenig können es diese.

Wäre Mozart wirklich nur Rokokokünstler — Jass er sich selten ganz und gar davon entfernte, wird niemand leugnen, das ist zeitlicher Dialekt, zeitlicher Heimatsduft —, so wäre seine Kunst zeitlich und damit vergänglich. Für eine solche Kunst haben wir heute wenig Raum. Wir wollen nicht jene ewig lächelnde, bescheidene, bloss anmutige Musik; was uns fesselt, ist das grosse Wollen. Wir achten einen Mozart, der spielend alles beherrscht, wir lieben aber Bach, Beethoven, Brahms, die ringend die Herrschaft erzwingen, wir neigen uns vor ihnen, wenn wir sie unterliegen sehen, weil sie zu gross wollten. Die Persönlichkeit wollen wir: das ist vielleicht das

zentrale Problem unserer kunstlerischen Kultur. Die finden wir zweitens in jenem geschilderten Mozart nicht, das aus erkläre ich mir die Aussichtslosigkeit, diesen Mozart wieder zum Leben zu erwecken, und es ist nicht ganz ungerührt fertig, diesen Mozartkultus *Mozart-heuchelei* zu nennen, wie es P. Zschisch in einer Broschüre dieses Titels tut /Leipzig, Rothbart/, die im übrigen nur eine Zusammenstellung leerer Phrasen ist.

Mozart war aber mehr, als ein Kind seiner Zeit. Er hat sich durch sie hindurchgerungen und stand nicht in, sondern über seiner Zeit. Das ist der Mozart jener Gemeinde, die ihn jetzt nicht noch mehr feiern kann. Dort wird es nicht als Pietätlosigkeit empfunden, wenn man aussondert, was er fürs Publikum geschrieben hat, was also zeitlich und heute veraltet ist. Ist es Zufall, dass dort von seinen Klavierwerken am meisten die in Moll geschätzt werden: Ist es auch Zufall, dass gerade in diesen Sonaten das beliebte Menuett fehlt: Liegt nicht hier ein Weg zu Beethoven vor, der auch zu viel zu sagen hatte, als dass er sich ganz im Menuett aussprechen konnte, und der an seine Stelle das Scherzo setzte, das Beethovensche Scherzo? Jene Gemeinde weiss, dass der *ewig lächelnde, sonnige* Mozart auch ernst sein, dass er auch anders, als tanzenden Schritten, schreiten konnte; dass auch er grubelte, dass er herb werden konnte, selbst hart, und dass er Tiefe hatte, Tiefe gerade auch im Einfachsten. Mogen andere in Mozart nur den Gegenpol zu Beethoven suchen, ich sehe in ihm den Mitvollenden und Mitschaffenden. Nur nach der Stärke dieses Wollens und Schaffens messen wir die Persönlichkeit. Und von der Stärke der Persönlichkeit ist das Mass unserer Liebe abhängig, also die Modernität. Unsere *Modernen* sind vielleicht nur Mode; Bach, Mozart, Beethoven, Brahms sind modern und müssen es bleiben.

Vielleicht ist hier eher die geeignete Stelle, einige Bücher über Mozart anzuführen. Mit das Wertvollste, was zur 150. Geburtstagsfeier erschienen ist, ist ein Vortrag von K. Krebs in der öffentlichen Sitzung der Akademie der Kunst. Hier ist in schöner Weise zusammengedrängt, was in den Zeitungsartikeln oft so breit getreten wurde: eine kurze, scharfe Charakteristik und eine Darstellung dessen, was man beim Hören Mozartscher Werke empfindet. In ähnlicher

Weise hat der selbe Verfasser vor Arbeitern gesprochen und diese Vorträge gesammelt in dem Werk *Haydn, Mozart, Beethoven (Aus Natur und Geisteswelt / Leipzig, Teubner/)*. Ein erschöpfendes — wenn man den Zweck im Auge behält — und wirklich populäres Buch. Von Interesse ist der Faksimileneudruck des wertvollen, sehr alten Werkes Fr. Niemetscheks *Mozarts Leben*; es erschien bei Taussig in Prag.

×

**Kurze Chronik** In seiner letzten Oper *Die vier Grobiane* hat sich **Wolf-Ferrari** nach keiner Seite hin weiter entwickelt. Wir schätzen an dieser Arbeit das selbe, wie an seinen *Neugierigen Frauen*, die hübsche Erfindung, geschickte Hand, den Fluss in der Form und das Reizvolle, aber wenig Persönliche im Klang. × Das neueste Werk des Grafen **Hochberg** vermehrt unsere Kammermusikliteratur um ein Klavierquartett von gediegenster Arbeit, ohne sonstige hervorstechende Eigenschaften. × Eine Orchesterhumoreske von **Kaun** *Sir John Falstaff* fand eine gerechtfertigte Ablehnung wegen der rein äusserlichen und klangunschönen Wirkung. × Eine Reihe polnischer junger Tonsetzer (**Fitelberg**, **Lubomirski**, **Rozycki**, **Szymanowski**) haben es nicht vermocht, das Interesse auf sich zu lenken. × Der in Berlin tätige Organist und Schriftsteller **Reimann** ist gestorben; sein Eintreten für die ältere deutsche Gesangskomposition war eine Tat von grösster Bedeutung. × Eine Musikfachausstellung in Berlin bot im Mai Gelegenheit, das vereint zu sehen, was man sonst nur einzeln und unvollkommen kennen lernen konnte: die Fortschritte in der gesamten mit Musik zusammenhängenden Technik: Instrumentenbau, Notendruck u. s. w. Diese Ausstellung bot die Veranlassung, die königlichen Instrumenten- und Originalmanuskriptsammlungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen; sie waren für diese Zeit durch viele Stücke aus privatem Besitz bereichert. ERNST AARMANN

## DIVERSA

### Bücher

**Debogorij-Mokriewitsch: Erinnerungen eines Nihilisten** Die Erinnerungen des Nihilisten Debogorij-Mokriewitsch (deutsch von H. Röhl, 2. Auflage / Stuttgart, Lutz/) beziehen sich hauptsächlich auf die inter-

essanteste Epoche der russischen revolutionären Bewegung, die sich über die siebziger und den Anfang der achtziger Jahre erstreckt, und deren Kulminationspunkt das Jahr 1881 bildet. Debogorij-Mokriewitsch hat in dieser Bewegung, wenn auch keine führende, so doch immerhin eine hervorragende Rolle gespielt, er stand in mehr oder weniger nahen Beziehungen zu mehreren führenden Persönlichkeiten jener Zeit. Er ist der Typus eines *gemeinen* Revolutionärs der siebziger Jahre, und aus diesem Grunde bekommen seine Aufzeichnungen einen besonderen Wert für die Geschichtswissenschaft. Mehr, als ein anderes Buch, werden sie dem Historiker helfen, sich in die Psyche der damaligen Revolutionäre hineinzusetzen. Das Buch Debogorij-Mokriewitschs ist nicht glänzend geschrieben und steht in dieser Hinsicht nicht so hoch, wie die bekannten Memoiren Peter Krapotkins. Doch ist meines Erachtens das Debogorij-Mokriewitschs Buch viel wertvoller für die Erkenntnis der revolutionären Bewegung der siebziger Jahre, es gibt die Stimmungen und Ansichten der damaligen Revolutionäre viel richtiger und wahrheitsgetreuer wieder. Krapotkin ist eine allzu eigenartige Persönlichkeit, um als ein typischer Vertreter jener Zeit zu gelten, und seine Tätigkeit war auch mehr der internationalen, als speziell der russischen Bewegung gewidmet. Ausserdem war er vom Jahre 1876 ab nicht in Russland, während gerade um diese Zeit die revolutionäre Flut immer höher zu schlagen beginnt. Debogorij-Mokriewitsch schrieb seine Memoiren Ende der neunziger Jahre, in der Zeit, als die finstere Reaktion das ganze Land mit ihrer Last drückte, als die Morgenröte der nahenden Befreiung noch nicht für alle Augen sichtbar war. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn man, besonders in den letzten Zeilen seines Buches, die mehr der Zukunft, als der Vergangenheit, gewidmet sind, auf ein Misstrauen in die Aussichten der Revolution stösst. Die Geschichte unserer Tage scheint diese Befürchtungen zu widerlegen, und gewiss wird Debogorij-Mokriewitsch nicht der letzte sein, der sich darob freuen wird. Den Aufzeichnungen Debogorij-Mokriewitschs ist sein Bild und eine im allgemeinen zutreffende Charakteristik des Buches und seiner Bedeutung beigegeben, die aus der Feder des französischen Schriftstellers Alexander Ular stammt und eine gute Einführung in die Lektüre des Buches selbst bildet. ROMAN STRELTZOW